

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich. Einzelnummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 Erhöht für die sechsheftige Kolonialsache oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Fortbildungszweige 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das selbgedruckte Wort 20 Pf. (auflöflich 2 selbgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 25. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Staatlicher Gebärzwang.

Die Reaktion feiert zurzeit wahre Orgien. Auf der ganzen Linie, auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiete. Um Jahrzehnte, und wenn es ginge, um Jahrhunderte möchte sie die Menschheitsentwicklung nach rückwärts revidieren. Zur Stabilisierung der Militärdiktatur als eines rocher de bronze, eines ehernen Felsen, kommen die perfiden Verträge gegen das Koalitionsrecht, kommen die Bestrebungen zur Verfassung der Schule und der Fortbildungsschule, kommen die verschämten und unverschämten Ley-Heinze-Gelüste, kommen Gesetzesentwürfe gegen die intimsten und persönlichsten Menschenrechte. Ist man doch am Werke, den Gebärzwang von Staatswegen einzuführen. Versucht es doch eine abgründige Moralheuchelei, das Volk mit einem Verbot aller Schutzmittel gegen die Empfängnis und gegen geschlechtliche Ansteckung zu beglücken. Wie herrlich weit haben wir es doch gebracht!

Durch Gesetzesparagrafen soll der Staat in eine „moralische Anstalt“ und in eine riesige Zeugungsfabrik verwandelt werden, auf daß die alte patriarchalische „Tugend“ wieder zu Ehren kommt und es dem Kapitalismus nicht an Ausbeutungsböcken, dem Militarismus nicht an Kanonensutter gebricht. Als ob die sexuelle Moral sich verschlechtert und nicht verbessert hätte! Als ob im frommen patriarchalischen Mittelalter nicht die Kirchenkonzilien einen riesigen Troß gefälliger Fräulein nach sich gezogen hätten, als ob damals die Prostitution nicht überall verbreitet gewesen wäre und der biedere Bürgersmann nicht die naivste Freude an den saftigsten Joten empfunden hätte! Von den ausschweifendsten Lustorgien an weltlichen und geistlichen Fürstentönen ganz zu schweigen. Und da wagen es die Wortführer der Reaktionsparteien, über das Sündenbabel der modernen Großstädte zu jactieren und Völkpredigten über den Rückgang der Geburten anzustimmen, den sie auf nichts zurückzuführen, als auf die zunehmende Sittenlosigkeit und Genußsucht.

Daß die Sozialdemokratie mit der Empfehlung des Gebärzwangs als eines Mittels zur sozialen Hebung der Volksmassen nichts zu tun hat, ist — mit Ausnahme der reaktionären Klopffechter, die im Parlament berufsmäßig über Dinge sprechen, von denen sie keine blasse Ahnung haben — jedem bekannt. Die Sozialdemokratie ist in der schärfsten Weise der trüchtigen Einbildung entgegengetreten, als ob der Militarismus durch Geburtenverminderung bekämpft werden könne, da dann höchstens, wie Frankreich eben erst bewiesen, zu längerer Dienstzeit zurückgegriffen wird. Und ebenso hat die Sozialdemokratie dargelegt, daß eine Verminderung des nationalen Proletariats nur den verstärkten Anreiz zur Einfuhr ausländischer Lohnsklaven auflösen muß, deren soziale Rückständigkeit und Rechtslosigkeit nur die Gewerkschaftskämpfe der einheimischen Arbeiterklasse zu erschweren vermag. Freilich: so uninnig eine systematische Verminderung der Geburtenziffer wäre — noch viel aberwitziger und verwerflicher wäre der groteske und empörende Versuch eines Gebärzwanges durch polizeiliche und gesetzliche Maßregeln, durch das Verbot hygienisch unschädlicher Mittel zur Verhütung der Konzeption und der geschlechtlichen Ansteckung. Ein solcher Eingriff in die allerpersönlichsten Angelegenheiten des Individuums wäre ein Hohn auf die Kultur und zugleich auf alle soziale Gesundheitspflege.

Man jammert über den Geburtenrückgang. Ja warum halten die Herren von der besitzenden und herrschenden Klasse nicht erst einmal bei sich selbst Einkehr? Warum tun sie nicht selbst ihre Schuldigkeit bei der Bevölkerungsvermehrung? Eine allgemeine Statistik über die Kinderzahl nach Einkommensgruppen existiert nicht. Aber die Tatsache, daß gerade die Besitzenden am allerwenigsten Ursache haben, sich über die Gebärnlust der Proletarierfrauen sittlich zu entrüsten, ist unbestreitbar. Und ein Ansat zu solcher Statistik existiert immerhin. Hat doch die Reichsregierung bei der Armee ihrer Postbeamten eine interessante statistische Stichprobe vorgenommen. Und da hat sich ergeben, daß gerade die höheren Beamten dem Staate gegenüber am wenigsten ihre Schuldigkeit tun, daß die Kinderzahl der mittleren Beamten schon größer, am allgrößten aber bei den am schlechtesten bezahlten Unterbeamten ist.

Hier die im Jahre 1913 veröffentlichten amtlichen Zahlen: Auf je einen verheirateten, verwitweten oder geschiedenen Beamten entfielen bei den höheren Postbeamten im Durchschnitt nur 1,7 Kinder, bei den mittleren Beamten 1,9, bei den unteren Beamten dagegen 2,4 Kinder. Die Unproduktivität in bezug auf die Kinderzeugung tritt aber noch trasser hervor, wenn man berücksichtigt, daß von den höheren Beamten im Durchschnitt nur 81,4 Proz. verheiratet waren, von den mittleren Beamten dagegen 88,1 Proz. und den unteren Beamten gar 95,1 Proz.

Wenn also wirklich Sittenlosigkeit und Genußsucht die Geburtenabnahme verschulden, um wieviel sittenloser sind dann die höheren Beamten, als die unteren Beamten! Dabei auch noch zu buchen wäre, daß der Prozentsatz der Ehescheidungen bei den höheren Beamten viermal, bei den mittleren Beamten immer noch doppelt so groß ist wie bei den Unterbeamten. Wir Sozialdemokraten ziehen natürlich solch absurde Folgerungen nicht. Aber es ist schon am Platze, unseren reaktionären Moralsergen einmal ihre eigenen Argumente gründlichst um die Ohren zu schlagen!

Verblendung ohne gleichen ist es obendrein, sich einzubilden, daß durch das Verbot der Pessarien und Kondoms die Geburtenzahl künstlich erhöht werden könnte. Das haben ja die Herren vom Bau, die hervorragendsten Mediziner und Gynäkologen, von denen wir gestern eine Anzahl im Auszug zu Wort kommen ließen, schon zur Genüge dargetan. Aber diese berufensten Beurteiler der unfäglichen reaktionären Gelegenheitsgeheimnismacherei haben zugleich betont, daß durch das Verbot von Präservativmitteln die Geschlechtskrankheiten ungeheuerlich anschwellen würden und dadurch die Volksgesundheit und letzten Endes auch die Gebärfähigkeit einen unendlich viel schwereren Schaden erleiden müßten.

Wie verbreitet die Geschlechtskrankheiten trotz aller sexuellen Aufklärung zurzeit sind, hat ja die amtliche Enquete vom 30. April 1900 bewiesen. In ganz Preußen wurden damals auf je 10 000 Personen 28 Geschlechtskranke gezählt. In den Städten kamen auf die gleiche Zahl der Bevölkerung 58, in Berlin sogar 142 Geschlechtskranke. Sieh deshalb über das „Sündenbabel“ zu entrüsten, liegt freilich auch nicht der geringste Anlaß vor. Denn diese Erkrankungsstiffer bietet natürlich nicht den geringsten Maßstab für die Verbreitung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs. Auf dem platten Lande, wo die Prostitution, dieser sexuelle Ansteckungsherd, viel geringer vertreten ist, kommen selbstverständlich auch entsprechend weniger Fälle von Geschlechtskrankungen vor. Auf diesen Punkt hat denn auch eine von Professor Blaschko und Dr. Fischer verfaßte, unlängst erschienene Broschüre nachdrücklich hingewiesen, indem sie zum Beispiel zeigte, daß in Dänemark bei Trauungen auf dem Lande zwei Drittel aller Frauen bereits geschwängert waren. Allzuviel anders ist es in keinem Lande. Professor Blaschko faßte deshalb sein Urteil in die Worte zusammen:

„Es ergibt sich also die Tatsache, daß die Häufigkeit des außerehelichen Geschlechtsverkehrs mit der Häufigkeit der Geschlechtskrankungen an und für sich nichts zu tun hat.“

Daß aber die Besitzenden auch sonst absolut keine Ursache haben, sich über die Unsitte des industriellen Proletariats zu ereifern, beweist die Feststellung Blaschkos, daß nach den Mitteilungen der Krankenkassen die Verhältnisstiffer der Geschlechtskrankungen bei den Arbeitern 9, bei den Kaufleuten 16 und bei den Studenten 25 betrug! Und wenn man noch erwähnt, daß nach Meixner auf Grund von Feststellungen an der Universität Breslau von den geschlechtskranken Studenten nicht weniger als 45 Proz. sich ihre Krankheit bereits als Schüler zugezogen hatten, so dürften ja wohl den moralischen Heilmachern die Entrüstungsphrasen im Halse stecken bleiben.

Welches Unheil aber würde über Deutschland durch Vermehrung der „Lustkecke“ hereinkommen, wenn wirklich die Polizei das Recht erhielte, den Verkehr von Schutzmitteln gegen die sexuelle Ansteckungsgefahr zu unterbinden!

Man sieht, welche Gefahr die schwarz-blau-reaktionäre, zu der sich auch hier wieder manche nationalliberale Elemente und auch Herr Raumann gesellt haben, durch ihr blindes Sittlichkeitswüten über die Nation heraufzubeschwören gewillt ist. Wäre die wirklich vorhandene Kulturschicht der Bourgeoisie nicht von allen guten Geistern verlassen, so müßte sie wie ein Mann aufstehen, um gemeinsam mit dem Proletariat den ganzen mittelalterlichen Spitz unserer Rückwärtsler der Väterlichkeit und Verachtung preiszugeben!

Die Ankunft der Deportierten.

London, 24. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bis zum letzten Augenblick war der Bestimmungsort und die Ankunft der „Umgeni“ ein tiefes Geheimnis. Die Regierung erklärte den Arbeitervertretern, von den Absichten der Befugten nichts zu wissen. Gegen Mitternacht begaben wir uns mit dem aus Henderson, Anderson, Appleton, Seddon, Bowerman und dem Sekretär der Arbeiterpartei Middleton bestehenden Empfangskomitee nach Tilbury an der Themsemündung, wo wir die ganze Nacht hindurch die Ankunft der Deportierten erwarteten. Erst kurz vor 8 Uhr morgens traf der Dampfer in Tilbury gegenüber Gravesend ein und ankernte in der Mitte des Stromes. Wir fuhrten im Motorboot zum Schiff und bald war die Verbindung mit den deportierten Arbeiterführern hergestellt. Henderson, der Vorsitzende des gemeinschaftlichen Komitees der drei Zentralorganisationen, begrüßte vom Boot aus die neun Ankömmlinge in warmen Worten im Namen der britischen Arbeiterschaft. Bain erwiderte den Gruß und dankte für den herzlichen Willkomm. Er erklärte dann im Namen seiner Kollegen, daß sie gewaltsam auf das Schiff geschafft worden wären und beschlossen hätten, es nicht freiwillig zu verlassen, wenn man sie nicht nach Südafrika zurückschickte.

Als dann die britischen Vertreter den Kapitän ersuchten, an Bord der „Umgeni“ mit ihren südafrikanischen Kollegen konferieren zu dürfen, wurde dies abgelehnt, da es gegen die Befehle der Eigentümer verstoße. Die Deportierten überreichten dem Empfangskomitee eine längere Denkschrift über ihre Verhaftung und Ausweisung, die der Presse übermittelt wurde. Um weitere Schritte zu beraten, entfernte sich darauf nach lebhafter Unterhaltung

das Empfangskomitee unter begeisterten Klängen der „Roten Flagge“, die von den Ausgewiesenen mit entblöttem Haupte mitgeführt wurde.

Nach stattgehabter Beratung versuchte das Empfangskomitee durch schriftlich geführte Verhandlungen die Afrikaner zu bewegen, ihren Beschluß, zu dem juristische Erwägungen Anlaß gegeben hatten, aufzugeben und ans Land zu kommen. Erfolg hatten diese Bemühungen aber erst, nachdem die Besitzer des Schiffes zwei der britischen Arbeitervertreter erlaubt hatten, an Bord zu kommen. Kurz vor 4 Uhr nachmittags fuhr das Empfangskomitee mit den Ausgewiesenen von Gravesend nach London ab, wo in einem Hotel für ihre Unterkunft geortet ist.

Wie plötzlich die brutale Ausweisung der neun Genossen erfolgt ist, beweist am besten das geringe Gepäc, das sie mit sich führten. Einer hatte keine ganzen Habseligkeiten in einer Zigarrenkiste. Wir hatten eine interessante Unterhaltung mit Poutisma, dem ausgewiesenen Sekretär der südafrikanischen Eisenbahner. Poutisma, der sich als Sozialdemokrat der deutschen Schule bezeichnet, macht den Eindruck eines gebildeten und belebten Mannes; er führt keine Ausweisung auf den persönlichen Satz Smuts ihm gegenüber zurück. Genosse Poutisma kandidiert nämlich in Pretoria-West, das jetzt im Unionsparlament von Smuts vertreten wird. In dem Wahlkreis leben sehr viele Eisenbahner, und Poutisma, der äußerst beliebt ist, würde Smuts das Mandat bei der nächsten Wahl sicher abgenommen haben. Vor zwei Monaten wurde Smuts in einer Versammlung seiner eigenen Wähler niedergeschrien. Daher der Haß gegen den Führer der Eisenbahner, daher die Ausweisung, die sich Genosse Poutisma, der noch während der Unruhen des letzten Jahres in Johannesburg von der Bothschen Regierung als der besonnenen und mächtigen Mann gepriesen wurde, sonst nicht erklären kann.

Der Tag der Genarrten.

Paris, 23. Februar. (Fig. Ver.)

Ein großes politisches Drama war für den heutigen Faschingsmontag angelegt, aufgeführt aber wurde ein richtiges Faschingspiel. Die Barthou und Briand hatten gehofft, heute ihren entscheidenden Schlag gegen das Ministerium zu führen. Sie wollten die Nichtstimmung, die die Demonstration der Regierung für das Dreijahresgesetz — genauer die Intervention des Unterstaatssekretärs Maginot und der Gändebredou Doumergues — am letzten Freitag auf der äußersten Linken erregt hatte, zu einem Manöver ausnützen. Es galt, die Regierung in die Enge zu treiben und zu Erklärungen zu provozieren, die entweder durch ihre militärische Tonart die Sozialisten in die Opposition oder wenigstens zur Stimmhaltung treiben oder durch ein den Militärreformen bezichtigtes Entgegenkommen die Gelegenheit zu einer großen, die schwankenden Elemente der radikalen Regierungsparteien anlockenden patriotischen Paukerei liefern sollten. Diesen Anschlag wollte die äußerste Linke durch einen Beschlußantrag parieren, der ihr, ohne die Regierung zu einer Desavouierung ihrer eigenen Haltung zu nötigen, doch eine Art Genugung für das Intermezzo von Freitag geben sollte. Augagneur, Faurel und andere Angehörige der äußersten Linken beantragten die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Erforschung der sanitären Verhältnisse in der Armee. Der Vorschlag hat in der Briandistischen Presse ein wahres Wutgebrüll hervorgerufen. Der „Temps“ z. B. heulte, daß der Antrag darauf ausgehe, Leute, wie den ehemaligen Kommandeminister Baillant, in die Lage zu versetzen, die Generale Frankreichs zu demütigen. Trotz dieser lächerlichen, ihre Erklärung auf der Stirn tragenden Entrüstungskomödie wäre die Absicht der Briandisten, der Regierung ein Bein zu stellen, vielleicht geglückt. Die Augagneurische Tagesordnung drückte recht deutlich das Mißtrauen gegen die vorige Regierung aus, die die Durchführung des Dreijahresgesetzes vorzusehen hatte. Wollte sich nun, wie bekannt worden war, die jetzige Regierung nicht gegen die Einsetzung der Kommission wenden, so galt es, die Diskussion auf die ganze Militärdoktrin des Ministeriums Barthou auszudehnen, d. h. die dreijährige Dienstzeit in den Mittelpunkt zu bringen. Die Opposition der Rechtsparteien hielt so ihren Gegenzug bereit. Barthou und Briand standen am Fündloch der Kanone.

Und nun ist dieser Plan auf die schneiber einfachste Weise bereitet worden. Hinter dem Augagneurischen Antrag wurde nämlich in einer maskierten Stellung ein zweiter, gemäßigter Antrag aufgeführt. Der Deputierte Abel Ferry forderte wohl eine parlamentarische Untersuchung, aber sie sollte nicht einer besonderen Kommission übertragen werden, sondern der Sanitätskommission, die ohnehin schon die sanitären Vorkehrungen insiziert hat, aber nun ihre Information vervollständigen soll. Ein solcher Antrag aber verlor, wie auch sein Urheber erklärte, jede Spitze gegen bestimmte politische Persönlichkeiten und konnte auch von den gemäßigten Parteien nicht gut abgewiesen werden. Denn die ganze Bevölkerung ist über die Epidemien in den Kasernen aufgeregt und würde es nicht verstehen, daß eine Parlamentarismedreiß eine Regierung stürzte, um die Untersuchung durch die Volksvertreter zu hindern. Doumergues erklärte sich in der

Taf mit dem Prinzip der Unterjochung einverstanden, in einer kurzen, vorsichtigen Rede, die nur in einer Anspielung auf „Manöver“ der Rechtsparteien der Linken Gelegenheit zu demonstrierendem Beifall gab. Nun blieb auch dem Sprecher der Opposition, Millerand, nichts übrig, als sein Einverständnis zu erklären, und da auch der Antrag Augagneur verstand, war nur der Herrsche da und eitel Wohlgefallen.

Natürlich ist die Briandistische Truppe im Herzen wütend, daß sie so hineingelegt worden ist. Es bleibt ihr wohl noch die Hoffnung auf eine Krise wegen der Steuerreform und auf die berühmten „Orangenschalen“, die das Ministerium auf dem so kurzen Weg bis zum Sessionschluss noch zum Fall bringen könnten. Immerhin — eine der günstigsten Gelegenheiten ist verloren.

Den Profit der heutigen Sitzung haben unstrittig die Radikalen allein. Sie haben den Riß zwischen sich und ihrer Regierung verkleinert und dürfen jetzt hoffen, die Wahlen „machen“ zu können. Für die Sozialisten konnte bei dieser Manöverstrategie nichts herauskommen. Sie haben wohl ihre eigene Resolution eingebracht, aber es tatsächlich den Radikalen ermöglicht, sich nach rechts zu konzentrieren. Indes haben die Todesurteile dieses Parlaments keine Bedeutung für sie. Ihre Aufgabe ist es jetzt, die Wahlaktion zu einer mächtigen Werbearbeit für die sozialistischen Ideen und für die sozialistische Organisation zu gestalten.

Die kleine Lex Heinze.

Ein Buchhändler schreibt uns:

Endlich, nach jahrelanger Vorbereitung, ist ein Gesekentwurf „Gegen den Schmutz in Wort und Bild“ an den Reichstag gelangt, dessen Spitze sich gegen die „Schundliteratur“ richten soll. Man konnte in der Tat neugierig sein, was unsere beamteten Größen auf diesem Gebiet leisten würden, und man kann in der Tat sagen, daß sie sich selbst übertroffen haben. Einen Vorzug hat diese Leistung jedoch: der Gesekentwurf ist von sehr geringem Umfange. Zu dem bisherigen ersten Absatz des § 43, der bestimmte: „Wer gewerbmäßig Druckschriften oder andere Schriften oder Bildwerke auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder anderen öffentlichen Orten ausdrucken, verkaufen, verteilen, anbieten oder auslagern will, bedarf dazu einer Erlaubnis der Ortspolizeibehörde und hat den über diese Erlaubnis auszusprechenden, auf seinen Namen lautenden Legitimationschein bei sich zu führen“ ist jetzt der Entwurf eines § 43a gekommen: „Schriften, Abbildungen oder Darstellungen dürfen in Schaufenstern, in Auslagen innerhalb der Verkaufsräume oder an öffentlichen Orten nicht derart zur Schau gestellt werden, daß die Zurschauung geeignet ist, Ketzereien wegen sittlicher Gefährdung der Jugend zu geben.“ II. Nach § 140 ist dann noch § 140a als Strafbestimmung bei Zuwiderhandlung gedacht: „Mit Haft oder Geldstrafe bis zu 800 M. wird bestraft, wer den Bestimmungen des § 43a zuwiderhandelt.“

Wahrlich ein herrlicher Entwurf! Ein Kautschukparagraf schlimmster Sorte soll unter der Marke „Jugendbuch“ hier in die Gesekegebung gebracht werden, der schlimmer als Zensurparagrafen es könnten, die Unsicherheit auf dem Gebiete des Schriftentums, der Karikatur, der Kunst überhaupt, probieren würde. Ein Paragraf, so wunderbar geschmeidig für Zimperlichkeit, Morderei, Spitzerei, politische Unbuddhsamkeit, daß allen Reaktionen das Herz im Leibe locken muß. Man denke: „daß die Zurschauung geeignet ist, Ketzereien wegen sittlicher Gefährdung der Jugend zu geben.“

Schon die Justizdebatten im Reichstage gaben einen Vorgeschmack von den Orgien, die nach Annahme dieses Entwurfes preussisch-deutscher Polizeigeist feiern werde, von dem „Kergebnis“, das so manches „Fettauge des Gesetzes“ „dienstreng“ ausblitzen machen werde. Es ist, wie gesagt, schon heute klar, daß scheinheiliges Duldkentum noch mehr Gelegenheiten zur Betätigung fände,

als es schon hat, daß der Spitzelgeist, das Denunziantentum und alle schändlichen Laster des Reiches, der Heuchelei, der Schadenfreude weit mehr sittliche Verheerungen anrichten würden, als es heute solche „ärgerniserregende Zurschauung“ möglich machen kann.

Was nützt dagegen die schönste Begründung des Paragrafen, wo unsere „Hüter der Ordnung“ sich so überaus häufig unfähig zeigen, den Geist der Geseke, den Willen der Volksovertretung bei Annahme der Geseke zu respektieren. Die Illustrationen zu diesem geben nicht nur die letzten Reichstagsverhandlungen. Gerade die Auffassung der Paragrafen der Gewerbeordnung, die sich mit dem Vertrieb von Drucksachen befassen, durch die Verwaltungsbehörden liefern Beispiele genug. So bestimmt der § 56, daß zum Feilbieten im Umherziehen Druckschriften oder Bildwerke ein genehmigtes Verzeichnis der „zuständigen Verwaltungsbehörde“ erforderlich ist.

Wie aber sahen diese „Zuständigen“ vielfach den Paragrafen auf? „Stehendes“ Gewerbe betreibende Buchhändler wurden vielfach gezwungen, Verzeichnisse einzureichen, um ihre Artikel durch Agenten nach „Probenummern“ vertreiben lassen zu dürfen. Auf diesen Verzeichnissen feierte der Kolportier dann seine Orgien. Werke wie die Sonderausgabenlexika, Wehms Tierleben und ähnliches mehr wurden gestrichen, ebenso wie die Ergebnisse aus der Buchhandlung Vorwärts: „Passenbüchlein“ usw. Erst langwierige Klagen verhalfen damals den Betroffenen zu ihrem Recht gegenüber verwaltungsmäßiger Willkür. Man kann also überzeugt sein, daß auch der so scheinbar begründete § 43a im „Verwaltungswege“ eine Gestalt bekommen werde, die gewiß nach dem Herzen aller Reaktionen wäre.

Politische Uebersicht.

Verkehrsfeinde.

Am Dienstag begann das Abgeordnetenhaus die zweite Beratung des Baucrats. Die Parteien der Rechten, die schon früher mit so großem Erfolge das Projekt des Mittelkanals zu Falle gebracht haben, erklärten sich auch jetzt wieder gegen den Bau des Mittelkanals, überhaupt gegen den Ausbau bestehender Wasserstraßen, solange die Schiffabgaben nicht eingeführt sind. Eine endgültige Entscheidung über die Wasserstraßenfrage ist abgesehen, wie der Minister v. Treitschke betonte, bisher nicht erfolgt. Trotzdem läßt sich heute schon übersehen, daß die Tarife eine solche Höhe annehmen werden, daß die Hauptaufgabe der Kanäle, die Förderung des Verkehrs, wie der fortschrittliche Abgeordnete Lippmann hervorhob, dadurch ernstlich gefährdet wird. Die Verkehrsfeinde haben auf der ganzen Linie gesiegt.

Die Beratung wird am Donnerstag fortgesetzt. Der Mittwoch bleibt Sitzungsfrei.

Ueber den Entwurf eines „Grundteilungsgesetzes“

bringt die „Korb. Allg. Ztg.“ einige Mitteilungen. Dies Gesetz, durch das die sogenannte innere Kolonisation gefördert werden soll, schlägt in seinem ersten Abschnitte zur Abwehr der schädlichen Grundstückszersplitterung vor, daß Zerschlagungen, die von gewerbmäßigen Grundstückshändlern oder Grundstückvermittlern vorgenommen werden, der Genehmigung des Regierungspräsidenten unterliegen. Außerdem wird unter gewissen Voraussetzungen dem Vertragsgegner eines gewerbmäßigen Grundstückshändlers (Grundstückvermittlers) das Recht eingeräumt, von einem bereits abgeschlossenen Kaufvertrage zurückzutreten.

Im zweiten Abschnitte schlägt der Entwurf zur unmittelbaren Förderung der inneren Kolonisation verschiedene Maßnahmen vor, und zwar:

1. um die Beschaffung von Land für Anstiedlerstellen zu erleichtern, ein gegenseitiges Vorkaufrecht für den Staat;
2. zu demselben Zweck in Erweiterung der Gesekegebung über die Unschädlichkeitszeugnisse Vorschriften, um bei Abverkauften von Grundstücken die Regelung der Hypothekenverhältnisse zu erleichtern;
3. zur Förderung der Bildung von Rentengütern die Erhöhung des staatlichen Rentenbankkredits von

bisher $\frac{1}{4}$ auf $\frac{1}{10}$ des Lotwerkes, die Vereinfachung von 75 Millionen Mark zur Gewährung von Zwischenkredit sowie endlich gewisse Erleichterungen des Verfahrens.

Wir werden nach der Bekanntgabe der Einzelheiten eingehender auf die Vorlage zurückkommen.

Rußland darf sich alles leisten!

Vor drei Wochen flog der Pilot einer deutschen Flugzeugfabrik aus Versehen über die russische Grenze, um bei Warschau zu landen. Seitdem sitzt der Mann wegen „Spionageverdachts“ in Numero Sicher. Er hat sich nicht einmal mit seiner Firma in Verbindung setzen dürfen. Angeblich soll ihm der Spionageprozeß gemacht werden, so daß der Termin seiner Befreiung in unabsehbarer Ferne gerückt ist.

Das sollte in Frankreich passiert sein! Wie würden dann unsere deutschen Sympathisanten losgewettert haben! Aber Wäterschens Soldateska und Polizei darf sich alles leisten. Sie darf deutsche Ballons und Flugzeuge, die sich über die Grenze verirren, mit blauen Bohnen regalisieren, wie Koschijewanski seinerzeit die deutschen Fischerboote auf der Doggerbank im wahnwitzigen Schreck vor den Japanern mit Granaten beschossen hat. Sie darf harmlose verirrte deutsche Flugzeugführer unter dem lächerlichsten Argwohn wochen-, ja monatelang einsperren! Das alles darf sich Rußland leisten, bisweilen es ja der Hort der absolutistisch-feudalen Reaktion ist.

Wir Deutschen fürchten eben nur Gott und die zarische Krone!

Ah, sieh da, Herr Neumann!

Auf unseren Nachweis ihrer infamen Fälschung (siehe die Notiz „Denunziant und Fälscher“ im Hauptblatt der letzten Dienstagnummer) antworten die „Berliner Neue Nachr.“ mit einem langen von dem bekannten Allerwelts-Journalisten „F. St. R.“ (Fritz Stephan Neumann) unterzeichneten Leitartikel, in dem dieses seltsame Menschenkind die Fälschung bestrittet und auf Grund allerlei kurioser Verwechslungen zu der weisen Folgerung kommt:

„Die Kautschuktheorie basiert also unüberblümt und unzweifelhaft auf der mittelrussischen Gehorsamsverweigerung im Mobilmachungs- und Kriegesfälle.“

Auf solche kindlichen Albernheiten ernsthaft zu antworten, hat keinen Zweck. Wir haben, da wir die früheren Leistungen des Herrn Neumann kennen, von vornherein gar nicht beabsichtigt und auch nicht darauf geredet, ihn durch logische Gründe irgendwie zu überzeugen. Lediglich um unseren Lesern zu zeigen, zu welchen unsauberen Fälscherkunststücken eine gewisse Presse greift, haben wir die betreffende Notiz geschrieben. Hat sie diesen Zweck erfüllt, so genügt uns das. Wir haben nicht den fragwürdigen Ehrgeiz, auch Herrn Neumann zur Erkenntnis der Unrichtigkeit seiner denunziatorischen Folgerungen zu verhelfen, denn erstens sind wir der Ansicht, daß gegen gewisse Gehirnanlagen selbst alle Götter Griechenlands vergebens ankämpfen, und zweitens lohnt es sich kaum, Personen von der Bedeutung eines Fritz Stephan Neumann zu überzeugen.

Jesuitenmoral.

Graf v. Oppersdorff druckt in der Nr. 8 seiner „Macht und Wahrheit“ den Brief eines einflussreichen Jesuiten ab, um zu beweisen, daß die Jesuiten „zu den Römern“ nur aus lauter Opportunismus in der Hoffnung übergegangen seien, das Zentrum allein könne ihnen die Grenzen Deutschlands öffnen. Der charakteristische Brief des Jesuitenpaters, der an einen französischen Ordensbruder gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut:

„Mein lieber Abbé! Sie waren so gütig, uns ein Maß von Heroismus zuzusprechen, das wir nicht besitzen. Wir hätten das Zentrum, den Volksverein, die zaudernden Bischöfe, München-Gladbach usw. usw. angreifen müssen. . . Wir haben es nicht getan. Wir haben versucht, in wohlwollender Neutralität zu bleiben, ohne ein Prinzip zu verleugnen. Warum? Weil wir noch bierzig

Peuckerts Memoiren.

Dichtung und Unwahrheit.

Joseph Peuckert hat in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der österreichischen Arbeiterbewegung und in der anarchistischen Bewegung der Schweiz und Londons eine zu Zeiten vielgenannte, wenn auch nicht rühmliche Rolle gespielt. Ende der achtziger Jahre mußte er aus der Arbeiterbewegung verschwinden, weil er sich von dem auf ihm lastenden schmähslichen Verdacht, seinen Freund Rebe in die Hände der preussischen Polizei geliefert zu haben, nicht genügend reinigen konnte; er blieb dann jahrzehntelang nahezu verschollen und ist — ein politischer Kotex — am 3. März 1910 im Alter von 66 Jahren in Nordamerika gestorben.

Gustav Landauer hat jetzt im Verlag des Sozialistischen Bundes unter dem Titel: „Erinnerungen eines Proletariats“ aus der revolutionären Arbeiterbewegung“ von Joseph Peuckert, Peuckerts Memoiren herausgegeben und sucht aus dem politisch Vergessenen einen Märtyrer zu machen, der unschuldig in den politischen Tod geführt worden sei. Landauer ist so verblödet in seine eigene Retterrolle, daß er die schreiendsten Widersprüche im Buche selber nicht sieht. Zwar behauptet er sich im Vorworte dagegen, daß er sich mit Peuckerts Standpunkt identifiziere oder seine Beschuldigungen sich zu eigen mache, aber er glorifiziert gleichwohl etwas pathetisch Peuckert als „den geborenen Ehrenmann, der in seinem Leben keiner schmutzigen, lumpigen Handlung fähig gewesen ist“. Das macht dem guten Herzen Landauers alle Ehre, aber er muß den Lesern, die Peuckert und sein Treiben kennen, schon gestatten, Herrn Peuckert nicht nach den Worten seiner Verteidigungsschrift, sondern nach seinen Taten zu beurteilen. Der sentimentale Augenwischler Peuckerts und die pathetische Wortwürgerei Landauers schaffen Tatsachen nicht aus der Welt.

Das Buch ist ausgesprochenemachen eine Verteidigungsschrift und anscheinend aus dem Gedächtnis geschrieben; die darin behandelten Vorgänge sind nicht in chronologischer Entwicklung dargestellt, sondern schwimmen zeitlich und örtlich durcheinander; im ganzen Buche sind nur ein paar Jahreszahlen und Daten angeführt, und selbst diese sind nicht immer richtig. Allem Anscheine nach ist keine einzige Angabe durch spätere Nachschlagen nachgeprüft worden. Das Buch ist daher historisch ohne jede Zuverlässigkeit und inhaltlich ohne jede Glaubwürdigkeit, soweit die darin aufgestellten Behauptungen nicht durch andere Quellen bestätigt werden.

Gewissenlos wie Peuckert im Leben seine Behauptungen aufzustellen pflegte, genau so gewissenlos hat er hier in seinen „Erinnerungen“ seine Behauptungen und Urteile aus jener Zeit wiederholt. Heute, nach 30 Jahren, läßt sich vieles aus jenen Tagen wenn auch nicht blühen, so doch erklären aus der leidenschaftlich erbitterten Kampfstellung jener Zeit, aus dem fanatischen Glauben an die Güte der eigenen Sache. Aber die trodene, heimtückische Wiederholung der nichtwichtigen, schon damals widerlegten Behauptungen, jetzt nach 30 Jahren hier in diesem Buche, läßt sich nur aus dem Vasilio-Charakter des Peuckert erklären. Wenn Peuckert aber mit der bekannten Wiedermeiermene sogar die Hoffnung ausdrückt, daß „der Leser aus dieser ersten,

gewissermaßen dokumentarisch belegten gründlichen Schilderung erkennen werde, daß mich keine Hochgefühle dabei geleitet haben, sondern nur der Wunsch, die wirklichen Tatsachen jedermann zugänglich zu machen“ — so ist das das Gute wirklich etwas zuviel. Gewiß, Peuckert war nie ein Draufgänger. Inderndes Temperament riß ihn weder zu Dummheiten, noch zu Kühheiten hin; er war immer ein Stück nüchternen Schleicher, der sich geschicklich in das Gemüde des Wiedermeiers hällte und geradezu mit Virtuosität die Rolle der gekränkten Unschuld münzte. Aber wenn Most und namentlich Dabé ihm so unredlich getan haben, wie er vorgibt, dann müßte Peuckert bis zur letzten Stunde seines Lebens gegen diese beiden von berechtigtem, leidenschaftlichem Haß erfüllt gewesen sein, denn dann hätte Dabé gegen Peuckert wie ein Schaf gehandelt! Und gegen den Mörder seiner Ehre kann niemand „gerodet“ sein, der Ehre halt Peuckert huldigt immer dem Grundsatze: Die Mache ist ein Verzicht, das man halt genießen muß — und wie er das versteht, dafür legen die paar Stellen Zeugnis ab, in denen er seinen Ex-Genossen Karl Schneidts schildert. Es sind nur ein paar Charakterstriche, aber Schneidts ist für immer peuckertisch gezeichnet!

Und nun ein paar Tatsachen, um das Urteil über das Buch zu rechtfertigen; auch sollen die Peuckertischen Behauptungen nicht unwidersprochen durch die Welt gehen, um so weniger, als seit der Zeit, die Peuckert in den „Erinnerungen“ schildert, ein Menschenalter verfloßen ist, die damals lebenden Zeugen gestorben und die Dokumente nur noch wenigen zugänglich sind.

Die feige deutsche Sozialdemokratie.

Das Sozialistengesetz brach 1878 über die deutsche Sozialdemokratie mit der Wucht eines Elementarereignisses herein. Die Arbeiterklasse, in ihren Organisationen durch die Teschenbörnschen Auflösungen unsicher gemacht und zersprengt, war durch die den Gründerjahren folgende schwere Wirtschaftskrise auch politisch geschwächt. Aber — und das war der große, wenn auch nicht auf einzelne Personen lastende Fehler — die ganze Partei stand unter dem Irrtum, daß das Ausnahmegesetz nur „eine vorübergehende Erscheinung“ sein werde; wenn man im Anfange sich äußerlich dem Geseke fügen werde, so werde man bald innerlich mit ihm fertig werden, genau so wie mit den früheren Perioden, in denen ungeheureliche Verfolgungen mit ebensoviele Strafen auf Grund des Aufreizungs-, Majestätsbeleidigungs- und Gotteslästerungsparagrafen eingeseht hatten. Kein Mensch — auch nicht unter den Wegnern — hatte davon gedacht, daß ohne äußeren Anlaß die Regierung von der Waffe des „Keinen Belagerungszustandes“ Gebrauch machen werde. Das Verbot der gesamten deutschen Arbeiterpresse, mit der Auflösung aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bis hinüber zu den Unterstützungs- und Krankenkasseeinrichtungen, die dadurch bedingte Vernichtung zahlreicher Existenzen, der Verlust großer Vermögen durch die Stilllegung der Geschäfte, die Festung für weitgehende Verpflichtungen, die Sorge um die Existenz zahlreicher in diesen Geschäften beschäftigter Arbeiter, nahm die geistige und physische Arbeitskraft der sogenannten „Führer“ ungeheuer in Anspruch. Und mitten in diese Sorgen und Pläne für Neuaufbau der vernichteten Existenzen kam der Schlag des Belagerungszustandes über Berlin mit den Ausweisungen! Da waren es — man darf das heute offen sagen — nicht die Führer, die verfolgten,

sondern die Massen hatten das Selbstvertrauen verloren. Für den Augenblick! Als aber dann die Verfolgungen der Polizei einsetzten, da gewannen sie rasch wieder ihr Selbstvertrauen und trosteten der stärksten Regierung der Welt mit einer Tapferkeit, welche die Bewunderung der Arbeiter aller Länder erweckte.

Dreißig Jahre nach diesen Schlägen schreibt nun Peuckert: „Mit größter Aufmerksamkeit und Spannung verfolgten wir in Paris die Vorgänge in Deutschland. . . Wir erwarteten, und zwar mit Bestimmtheit, von der so großartig (was großartig? großartig organisiert?) und zielbewußten sozialdemokratischen Partei einen energischen Widerstand. . . Doch keine Spur einer offenen Empörung erfolgte. Die Führer, die so lange großmütig mit der Macht ihrer Arbeiterbataillone gepöhl und gedroht, waren in feiger Angst loslos um ihre eigene Sicherheit besorgt, brandmarkten jede rebellische Bewegung als Verrat, und so wurden einer angeblich revolutionären Partei die Hörsen gespannt und sie ohne Widerstand schimpflich durchgewischt.“

Gewiß; Maulaufreißer im Ausland vom Schlage Peuckerts erwarteten von den anderen die Revolution. Die Führer in Deutschland „brandmarkten“ nicht „jede rebellische Bewegung“, schon deshalb nicht, weil die Massen keine solche Bewegung begeherten; die Führer in Deutschland hatten auch nicht „großmütig gepöhl und gedroht“ — mit Ausnahme von zwei; aber auch diese probierten und drohten erst, als sie — die Ersten! — aus Deutschland ausgereißten waren und im sicheren England und Amerika saßen! Und gerade diese beiden — Most und Hasselmann — waren damals für Peuckert Götter und Helden!

Peuckert steht dieser Vorwurf um so weniger an, als er zwar sein ganzes Leben lang großmütig mit der Revolution gepöhl und gedroht, aber nie auch nur einer Mache ein Haar gekämmt hat. Es ist geradezu belustigend, in den Peuckertischen „Erinnerungen“ zu lesen, wie oft Peuckert, der „Propagandist der Zeit“, in Versuchung war, revolutionäre Gewalttakte zu verüben:

„E. 38 ergriff ich (in Paris) eine solche Mut, daß ich eine Flasche ergriff, auf Biednecht ginstigte und ihm sicher die Flasche auf dem Schädle zerbrechen hätte, wären nicht . . .“

„E. 61 hätte ich mit Vergnügen einen oder zwei dieser Jesuiten (Bernstein, Vollmar, Motteler, Kautsch, Obrist, Herter, Würfel, Schwarzinger) durchgepöhl, und ich war in einer Stimmung, es mit der ganzen Bande aufzunehmen, hätte es nur einer genagt. — mich anzurühren . . .“

„E. 117 hätte ich ihm (dem Wiener Polizeirat Treitschke) am liebsten eine dicke Kautschkelle auf seinen unverzähnten Mund gegeben, aber . . .“

„E. 122 nahm ich mir vor, dem Kerkermeister mit dem schweren Steinwurf den Schädle einzuschlagen, . . . aber“

„E. 211 überlegte ich, ob die beste Antwort nicht sei, den Kerl (Dabé) einfach niederzuschlagen, . . . aber“

„E. 237 wäre (Martin, der Verfasser von „Der Anarchismus und seine Träger“) faktisch nicht so glimpflich davongekommen, leider . . .“

„E. 268 hätte ich mir sicher damals in der Verzweiflung das Leben genommen, wenn . . .“

Selbst Herr Landauer wird zugeben, soviel gute Vorsätze sind für einen „Revolutionär“, dem Landauer das Zeugnis ausstellt, „daß er einer der Seltenen war, die das Zeug zum Führer haben“ zu viel und — zu wenig!

Richard Fischer.

Jahren des Exils, nach dem Ruin unserer Freunde in den katholischen Städten Deutschlands, wieder zurück ins Vaterland wollten. Wir wollten arbeiten zum Heile Deutschlands, und um das zu können, müssen wir zurück. Wer aber könnte uns die Grenze öffnen? Mit der Bitte, um ein wenig Mitleid für so viel enttäuschte Hoffnungen, bin ich, unter Versicherung meiner ergebensten Gräße,

R. R. . . S. J.

Der Brief enthält nur in aller Offenheit, was in den Kreisen, die mit der Geschichte des Zentrumsocialismus näher bekannt sind, längst kein Geheimnis mehr war — nämlich die Tatsache, daß ein großer Teil der deutschen Jesuiten, die früher entschiedene Anhänger der sogenannten Berliner Richtung waren, neuerdings mit den Völkern gehen, weil sie hoffen, daß diese durch ihre geschickte Taktik die Regierung zum völligen Falllassen des Jesuitengesetzes zwingen werden. Durchaus richtig schildert die „Rein-Weiß. Ztg.“ diese Schwächung der Jesuiten in folgender Weise:

Die Jesuiten standen bekanntlich bis vor einigen Jahren auf Seite der Berliner „Quertreiber“. Ihre hervorragendsten Sozialpolitiker, Vater Heinrich Pesch, vertrat deren Sache, und der Leiter des deutschen Jesuitenorgans, der „Stimmen aus Maria Laach“, Vater Frid, sympathisierte derartig mit den „quertreiberischen“ Bestrebungen, daß er sogar an dem Zustandekommen der sogenannten Osterdienstag-Konferenz tätigen Anteil nahm. Dafür rächte sich das Zentrum, daß es sich für das Aufheben des Jesuitengesetzes nicht weiter interessierte. Da war es der als Gelehrte hochgeschätzte Präfeld der vatikanischen Bibliothek, der Jesuit Ghelie, welcher, wie wir bestimmt wissen, nach im Auftrage des Jesuitengenerals Wernig von der stillen Beobachtung sich auf den schlüpfrigen Boden der Politik begab und bei einer Ferienreise im Interesse seines Ordens mit den „Möllnern“ wieder Fühlung zu gewinnen wußte. Die Folge davon war, daß Vater Frid von der Leitung der Laacher Stimmen ausgeschlossen wurde. Heinrich Pesch wurde ein stiller Mann und der ehemalige Rektor der römischen Jesuiten-Dressurankalt für deutsche Meriter, des Kollegiums Germanicum, welcher inwischen als Professor an die theologische Fakultät (Reservat der Jesuiten) zu Innsbruck übergesiedelt war, verteidigte dagegen fortan die sozialpolitischen Grundzüge der Köln-R.-Waldbacher.

Man sieht: auch für die Herren Jesuiten ist die religiöse Heberzeugung im wesentlichen Geschäftsfache. Sehen die Jünger Popolas, daß die „Integralen“ die Oberhand behalten, wechseln sie einfach wieder ihre Meinung.

Ergebnis der Reichstagswahl im Kreise Jerichow.

Burg (Magdeburg), 24. Februar. Endgültiges amtliches Wahlergebnis: Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Magdeburg 3 am 20. Februar d. J. wurden von 86 298 Wahlberechtigten im Ganzen 31 936 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Rittergutsbesitzer Schiele-Schollene (R.) 16 689 Stimmen, auf Erbgutbesitzer Haupt-Magdeburg (Soz.) 15 267 Stimmen.

Der „freiwillige Proporz“

spielt zurzeit in der bürgerlichen Kreise Elb-Elb-Bohringens, wo in diesem Jahre die sechsjährige Wahlperiode der Gemeinderäte abläuft und die allgemeinen Erneuerungswahlen stattfinden, eine große Rolle. Dabei wird mit dem Begriff der größte Unfug getrieben: man möchte einen „freiwilligen Proporz“ in der Weise, daß sich die bürgerlichen Parteien in die Mandate teilen, und daß die Sozialdemokratie, soweit man ihre überhaupt eine Vertretung zugestehen will, mit ein paar Mandaten abgefunden wird, die nicht einmal ihrem Stimmenanteil vor sechs Jahren entsprechen würden. Verhandlungen, die dieses Ziel erkennen lassen, wurden von bürgerlicher Seite in den drei größten Städten des Landes bereits gepflogen. Die sozialdemokratischen Parteiorganisationen in Straßburg und Kälhausen haben diesen sogenannten freiwilligen Proporz für den ersten Wahlgang natürlich als Unfug von sich gewiesen. Eine Verteilung der Mandate entsprechend der tatsächlichen Parteistärke könnte nur erfolgen auf Grund der Stimmenergebnisse des ersten Wahlganges, um für den zweiten den Minderheiten die proportionale Vertretung zu sichern. Ob es dazu kommen wird, hängt von der Bereitwilligkeit der bürgerlichen Parteien ab, die aber anscheinend auf diesen realen Boden gar nicht treten wollen.

Die weimariische Regierung im Hinterhalt.

Die Hauptarbeit der diesjährigen Tagung des Weimariischen Landtages sollte nach den vorjährigen Erklärungen der Regierung die Beratung der neuen Gemeindeordnung sein. Seit drei Wochen beschäftigt sich bereits der Landtag mit wenig bedeutenden Angelegenheiten. Unter Genosse Vaudert forderte daher bei einer sich ihm bietenden Gelegenheit die Regierung auf, ihre Entwürfe zur neuen Landgemeinde- und Städteordnung dem Landtage baldigst vorzulegen, damit dieser nicht unnütz seine Zeit verträdele. Die Regierung erklärte, das, was der Abgeordnete Vaudert vorgebracht habe, sei den Akten entnommen, die nur auf unläutere Weise in unersessene Hände gekommen sein könnten und die deshalb im Landtage nicht verwendet werden dürften. Allerdings seien die Vorarbeiten zur Gemeindeordnung im Gange; doch sei es durch äußere Einflüsse bis jetzt noch nicht möglich gewesen, den Entwurf dem Landtage vorzulegen. Wann dies geschehen könne, lasse sich auch mit Gewißheit noch nicht sagen. Abg. Vaudert erklärte, er mache von solchem Material, das ihm unaufgefordert zugehe, den ihm geeigneten erscheinenden Gebrauch, und er fühle sich dazu besonders verpflichtet, wenn es sich um eine tief einschneidende Frage auf politischem Gebiete handele, wie es die Regierung mit der Umgestaltung der Gemeindeordnung plane.

Gelbfieber in Togo.

Durch eine Sondernummer des Kameruner Amtsblattes wird der Hofen von Lome (Togo) wegen Gelbfieber für verurteilt erklärt. Auch an der englischen Goldküste und in Nigerton sind Fälle von Gelbfieber festgestellt. Eine Einschleppung des Gelbfiebers nach Kamerun würde für die Kolonie von schwerwiegender Bedeutung sein, da gerade in Kamerun die das Gelbfieber verbreitenden Stegomphien sehr zahlreich sind.

Der Streikbrecheragent vor den Geschworenen.

Heute beginnt vor den Geschworenen in Veimery (Böhmen) der auf zwei Tage angelegte Prozeß gegen den vielfach schwer vorbestraften Berliner Streikbrecheragenten und Polizeispitzel Keiling, der vor einigen Wochen in Letzchen a. E. den Tarifvertrauensmann der dortigen Buchdrucker, Genossen Solinger, erschossen hat. Die Anklage lautet auf Mord. Keiling wird verteidigt von dem Leitmeritzer Rechtsanwalt Gläzner. Die Hinterbliebenen des Genossen Solinger haben sich dem Strafverfahren angeschlossen, und es wird daher neben dem Staatsanwalt der Rechtsanwalt Dr. Knöpfmacher die Anklage vertreten.

Die Hausflaverei in Deutsch-Ostafrika.

Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Hausflaverei zugehen lassen. Im vorigen Jahre hat der Reichstag beschlossen, die Slaverei in Deutsch-Ostafrika nur noch bis zum 1. Januar 1920 zu dulden. Der Zweck der Denkschrift besteht nun in der Hauptsache darin, nachzuweisen, daß die Hausflaverei bis zu diesem Termin nicht beseitigt werden kann, wenn nicht die Gefahr großer Aufstände heraufbeschworen

werden soll. Raub der Denkschrift wäre das Los der Hausflaverei in Deutsch-Ostafrika ein beinahe beneidenswertes. So wird bestritten, daß Mißhandlungen irgendwelcher Art vorkommen, weil in diesem Falle die Behörde den Sklaven sofort für frei erklären würde. Die Arbeitsleistung der Hausflaven soll eine ganz minimale sein, und der Gouverneur behauptet weiter, daß dem Neger die persönliche Unfreiheit keineswegs lästig sei. Trotzdem müsse man der Forderung der Humanität, die Slaverei zu beseitigen, Rechnung tragen. Die Zahl der Sklaven in Deutsch-Ostafrika schätzt der Gouverneur auf 185 000, und er behauptet im Anschluß hieran, daß schon bei der großen Zahl der Sklaven eine Beseitigung dieses Verhältnisses bis zum 1. Januar 1920 absolut unmöglich sei. Dagegen könne man versichern, daß die ganze Institution bis zum Jahre 1980 aufgehört habe zu existieren, denn alle nach dem 31. Dezember 1905 Geborenen dürften in keinem Hörigkeitsverhältnis mehr stehen. Bei der sofortigen Aufhebung der Slaverei würde dem Gouvernment die Pflicht erwachsen, diese freigelassenen unterzubringen oder für sie zu sorgen; dazu wären Summen notwendig, die in die Millionen gehen. Durch die Aufhebung der Hausflaverei würde eine große Reihe von wohlhabenden Existenzen wirtschaftlich vernichtet und der deutsche Verwaltung unfähig werden. Um das zu verhindern und um zu verhindern, daß neue Aufstände ausbrechen, schlägt der Gouverneur vor, die Beseitigung des Hörigkeitsverhältnisses auf einen bestimmten Termin überhaupt nicht zu knüpfen.

Steuerhinterziehungen der großen Patrioten.

Der Landrat in Homburg v. d. S. läßt mitteilen, die erste Durchsicht der Mehrsteuererklärungen habe ergeben, daß in diesem Jahre annähernd sechs Millionen Mark Kapitalvermögen im Oberamtsskreis mehr deklarieren wurden. Wenn im Durchschnitt in jedem preussischen Kreis nur diese Summe zu wenig deklariert worden wäre, beläuft sich das der Steuer entzogene Vermögen in Preußen schon auf rund 3000 Millionen Mark. In einzelnen Kreisen und besonders in den großen Städten kommen aber noch ganz andere Summen heraus; 20 Milliarden wird das mindeste sein, was der Generalparbon an bisher untersteuerem Vermögen zutage fördert.

Oesterreich-Ungarn.

Arbeitslosenversammlung in Budapest.

Budapest, 24. Februar. Heute vormittag fand im alten Parlamentsgebäude eine große Arbeitslosenversammlung statt, in der folgende Resolution angenommen wurde:

„Die Arbeitslosen fordern zum letztenmal die Stadt in friedlicher Weise auf, an die Regierung wegen Schaffung von Arbeitsgelegenheit heranzutreten.“

Nach der Versammlung zogen die Teilnehmer auf die Straße, wo sie demonstrierten. Die Polizei zu Pferde und zu Fuß zerstreute die Demonstranten. Mehrere Personen haben Verletzungen erlitten. Die Polizisten nahmen zahlreiche Verhaftungen vor.

Südafrika.

Weiß und schwarz.

Aus London wird uns geschrieben:

Die Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn, daß die wahre Erklärung für die Massenkämpfe in Südafrika und für das schamlose Gewaltregiment der kapitalistischen Interessen und der Regierung in den Beziehungen zwischen den weißen und den farbigen Arbeitern zu suchen ist. Solange die europäischen und die eingeborenen Arbeiter einander fremd oder feindselig gegenüberstehen, solange die eingeborene Arbeiterbevölkerung in einem Zustand des Helotentums und der Unkultur gehalten wird, bleibt die weiße Arbeiterklasse wirtschaftlich wie politisch dem Kapital gegenüber ohnmächtig. Das Kapital kann die weißen Arbeiter in Schach halten, indem es die farbigen gegen die ersteren auspielt. Das Kapital schiebt sich nun auch an, aus der gewalttätigen Niederwerfung der weißen Arbeiterklasse die Konsequenzen zu ziehen: die weißen Arbeiter sollen möglichst verdrängt, Südafrika soll ein Land werden, in dem sich weißes Kapital und farbige Arbeit gegenüberstehen. Ein führender Minenmagnat hat erklärt, daß in den Minen so weit wie möglich weiße Arbeiter durch eingeborene ersetzt werden sollen.

Einen interessanten Beitrag zu dieser Entwicklung bringt die Meldung des „Daily Telegraph“, der sich bei der ganzen südafrikanischen Affäre durch wütenden Arbeiterhaß ausgezeichnet hat. Danach hat eine Massenversammlung farbiger Arbeiter in Kapstadt die Regierung aufgefordert, alle Gruben-, Fabriks- und Arbeitsverordnungen, die die Farbigen von gewissen Arbeitsleistungen ausschließen, abzuschaffen. Dieses Blatt weiß auch folgendes mitzuteilen. Einer der farbigen Redner, Herr Dandu, habe erklärt, daß er im Juni v. J. zu einer Konferenz der weißen Arbeiterführer in Benoni berufen und dort ersucht wurde, die farbigen Arbeiter am Rand zu organisieren und für ihre Teilnahme am Generalstreik zu wirken. Er, Dandu, habe die Bedingung gestellt, daß die Farbigen in die Gewerkschaften der Weißen zugelassen werden sollten, was die Arbeiterführer als verächtlich ablehnten.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

In Saarbrücken sagte am Sonntag eine Konferenz der beiden Kreise Saarbrücken und Saarlouis-Merzig, die sich in der Hauptsache mit agitatorischen und organisatorischen Fragen des Saargebietes beschäftigte. Unter anderem wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 22. Februar in Saarbrücken stattfindende Konferenz für die Reichstagswahlkreise Saarbrücken und Saarlouis-Merzig begrüßt den Anschlag an den Bezirk Obere Rheinprovinz, weil sie der Ansicht ist, daß dadurch die Agitation für die Partei mit größerer Energie und Planmäßigkeit betrieben werden kann.“

Die Konferenz ist sich aber auch klar darüber, daß die Bezirkskommission nur dann ihre Aufgaben in dem wirtschaftlich wichtigen Saargebiet erfüllen kann, wenn ihr die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Sie ersucht deshalb den Parteivorstand, das Verstreuen der Bezirkskommission und der Genossen im Saargebiet im weitgehendsten Maße zu unterstützen und die unbedingt notwendigen Geldmittel bereitwilligst zu gewähren.

Die anwesenden Delegierten verpflichten sich, mit erneuter Kraft für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen zu sorgen und alles daran zu setzen, um der Partei auch in den dunklen Gefilden Saarbiedens zum Siege zu verhelfen.“

Ein klägliches Faß.

Bei der Stadtverordnetenwahl, die am Montag in Burg (Kreis Jerichow) stattfand, wurden die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie, die Genossen Karl Oltman und Hermann Schulze, gewählt. Auf die liberalen Gegenkandidaten entfielen vier Stimmen! Der Versuch, bei der Wiederwahl an

der Wahl auch nur einen Achtungserfolg zu erringen, ist also kläglich mißlungen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das staatsgefährliche Arbeiterlied. Die Amtshauptmannschaft Jittau i. S. hatte den Vorsitzenden der Arbeiterabfahrergesellschaft Reubnig zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil er die nicht vorhandenen Statuten der Gruppe nicht einreichen konnte. Ein Arbeiterlied, das die Arbeiterabfahrer auf einem Ausflug gesungen hatten, war der Gruppe als „politische Agitation für die Sozialdemokratie“ angekreidet worden. Das Schöffengericht und jetzt auch das Landgericht bestätigten die Strafverfügung und damit die Ansicht der Amtshauptmannschaft, daß die Gruppe „politisch“ ist.

Letzte Nachrichten.

Die deportierten Arbeiterführer.

London, 24. Februar. Die deportierten südafrikanischen Arbeiterführer haben eine umfangreiche Erklärung erlassen, in der sie einen Aufruf an das britische Volk richten, daß jeder Brite in Südafrika das Recht auf einen Prozeß vor den südafrikanischen Gerichten haben sollte. Sie erheben in der Erklärung ferner heftigen Protest dagegen, daß die südafrikanische Regierung sich gerichtliche Befugnisse anmaßt, und daß Südafrika bewaffnete Bürengesandte benutze, um britische Arbeiter zu terrorisieren.

Die südafrikanischen Ungefälligkeiten gebilligt.

Kapstadt, 24. Februar. (Telegr. der Deutschen Kabelgr.-Ges.) Nach zwölfstündiger Verhandlung ist im Unterhause die Vorlage zur Billigung der Deportierung der neun Arbeiterführer sowie aller anderen Handlungen der Regierung während des Streiks mit 94 gegen 11 Stimmen angenommen worden.

Caillaux verfehlt eine Vermögenssteuer.

Paris, 24. Februar. (W. L. B.) In der heutigen Kammer Sitzung erinnerte Finanzminister Caillaux in Erwiderung auf einige kritische Bemerkungen von André Lefevre daran, daß er bei Uebernahme des Finanzministeriums nur Vorschläge für indirekte Steuern und Anleihen vorgefunden habe. Unter dem Beifall der Majorität erklärte er: diese Politik könne er nicht machen. Es sei unmöglich, die schlechte Finanzlage mit einem Schlag zu bessern, dazu bedürfe es langer Bemühungen. Durch Anleihen würden die Budgetschwierigkeiten nicht behoben werden. Man müsse von den wohlhabenden Klassen eine der Billigkeit entsprechende Leistung verlangen. (Lebhafter Beifall.) Das angefallene Vermögen werde nicht in demselben Maße besteuert wie in Deutschland. Es müsse aber einen gerechten Anteil an die Steuerlast übernehmen, jedoch nicht auf dem Wege der indirekten Steuern. Der Minister schloß, indem er die Annahme des provisorischen Zwölftels für den März als Vertrauensbeweis verlangte. Nach kurzer Erwiderung Lefevres wurde das Budgetzwölftel mit 440 gegen 91 Stimmen angenommen und die Sitzung geschlossen.

Zur Erziehung des Engländers Denton.

New York, 24. Februar. General Villa telegraphiert: Kein Ausländer sei getötet worden mit Ausnahme von Denton. Dieser habe, nachdem das Kriegsgericht sein Urteil gefällt, gefastet, er sei mit der Wäsche gekommen, Villa zu erwidern. Tatsächlich habe Denton auch während der Unterredung nach der Hüfttasche gegriffen, wo der Revolver verwahrt war. In dessen sei Villa auf der Hut gewesen. Carranza Sekretär beachtet: Carranza erklärte Dentons Hinrichtung für vollständig legal.

Das rätselhafte Verschwinden eines Deutsch-Amerikaners.

New York, 24. Februar. Staatssekretär Bryan sucht Näheres über den Verbleib des Deutsch-Amerikaners Busch in Erfahrung zu bringen, der in Chihuahua als Spion interniert sein soll. Nach einer Meldung des Reuterischen Bureaus aus Chihuahua ist dem amerikanischen Konsul auf seine Nachfrage im Gefängnis von Chihuahua erklärt worden, daß Busch sich nie dort befunden habe, auch im Rathaus war keine Spur von ihm zu finden. Die „El Paso Times“ teilt ein Interview mit, wonach General Villa in Chihuahua erklärt hätte, er habe den Deutsch-Amerikaner Busch bereits am Donnerstag in Freiheit gesetzt.

Wiederaufnahme des New Yorker Polizeiprozesses.

Albany, 24. Februar. (W. L. B.) Der Appellationsgerichtshof des Staates New York hat auf die Berufung des ehemaligen Polizeileutnants Becker, der wegen des an dem Bordellwirt Rosenthal am 18. Juli 1912 begangenen Mordes verurteilt worden war, eine neue Untersuchung angeordnet. Die Berufung der mit ihm verurteilten vier Leute, von denen Rosenthal niedergeschossen wurde, ist verworfen worden.

Verstaatlichung der Oelländereien in Mexiko.

New York, 24. Februar. (W. L. B.) Ein Telegramm der „Associated Press“ aus Mexiko meldet, daß der Plan der Verstaatlichung aller Oelländereien in Mexiko im nächsten Kongreß, der am 1. April zusammentreten wird, entsprechend der von dem Minister für Handel und Industrie, Rohen, erteilten Zustimmung durchgedrückt werden wird. Hier geht das Gerücht, die Regierung beabsichtige, alle verstaatlichten Oelländereien dem Lord Cowdray für fünfzig Millionen Dollar in Gold zu übertragen.

Auf der Spur der Debrecziner Dynamitarden.

Gzeronawis, 24. Februar. (W. L. B.) Es verlautet, daß die Polizei festgesetzt hat, daß zwei Fremde, die am Donnerstag aus Rumänien eintrafen, am Freitag auf dem hiesigen Hauptpostamt ein Geldpaket von 100 Kronen sowie ein schweres Wertpaket nach Debreczin an die Adresse des Bischofs Miklosy aufgegeben haben. Als Absender gaben sie den Namen Anna Kovacz an. Die beiden Fremden reisten am Freitag mit dem Nachzuge wieder nach Rumänien ab.

Schmuggelwesen auf dem Rhein.

Mainz, 24. Februar. Der Warensmuggel auf dem Rhein hat in der letzten Zeit einen solchen Umfang angenommen, daß sich die Regierung veranlaßt fühlt, einen besonderen Zollwachdienst auf dem Strom einzuführen. Der Schmuggel erstreckt sich in erster Linie auf den Warenverkehr von Deutschland nach Holland und umgekehrt.

Die Tat eines Wahnsinnigen.

Bordeaux, 24. Februar. (W. L. B.) In der Nähe von Libourne tötete ein Wahnsinniger eine Nachbarin durch Gewehrschüsse und verletzte deren Gatten und einen Nachbar, die zu Hilfe eilten, schwer. Gendarmen halten mit Unterstützung der Volksmenge das Haus umschlossen, aus dessen Fenster der Wahnsinnige Schüsse abgibt.

Zum 60. Geburtstag unseres
Bezirksführers
Robert Hein
die besten Glückwünsche!
10026
H. Kreis Bez. 27. H.H. G.L. H.S.

Unserem Parteigenossen
Paul Liebraudt
nebst
Gemahlin
zur Silbernen Hochzeit die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen u. Genossinnen
des 32. Bezirks, Abt. 28.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**
Görlitzer Viertel. Bezirk 202 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Genossin
Luise Freimuth
Reichenberger Str. 115a
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Sirchhofes in
Neußölln, Hermannstraße, aus
statt. 211/15
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Nach langen Leiden verstarb
unsere Kollegin
Luise Freimuth.
Die Beerdigung findet Donners-
tag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Sirchhofes,
Neußölln, aus statt.
Die Botenfrauen
der Vorwärts-Expedition
Zancker Platz 14/15.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeiter
Paul Kase
am 22. d. Mts. im Alter von
34 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 25. Februar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Sophien-Sirchhofes,
Friedenwälder Straße, aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unsere Kollegin, die
Botenfrau
Luise Freimuth
am 23. d. Mts. im Alter von
49 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des alten Thomas-Sirch-
hofes, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
62/14 Die Bezirksverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**
Am Sonntag, den 22. Februar,
verstarb unser Genosse, der
Drochsenführer
Oswald Sauer
Waldstr. 42.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 25. Februar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, in Eichsdorf
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
223/9 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, die Ar-
beiterin
Emilie Kirchhoff,
Reinickendorf, Pechelstraße,
am 21. d. Mts., im hohen Alter
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute,
Mittwoch, den 25. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
in Reinickendorf, Humboldtstraße,
aus statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Dreher
Johann Goralski.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. Februar,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Sebastian-Sirch-
hofes in Reinickendorf, Hum-
boldtstraße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
113/8 Die Ortsverwaltung.

Hiermit erfülle ich die traurige
Pflicht, allen Freunden und Be-
kannnten mitzuteilen, daß am Son-
ntag, abends 10 1/2 Uhr, meine
innigstgeliebte unvergeßliche Frau
und herzensgute Mutter, Tochter
und Schwester
Helene Wiele
geb. Krause (Walsche)
nach kurzen schwerem Kranken-
lager sanft entschlafen ist an Herz-
schwäche.
Möge ihr die Erde leicht sein.
Im Namen der Hinterbliebenen
Hugst Wiele, Golenbeide 52/53.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilig-Streng-Sirchhofes,
Mariendorf, aus statt.

Hiermit erfülle ich die traurige
Pflicht, allen Freunden und Be-
kannnten mitzuteilen, daß am Son-
ntag, abends 10 1/2 Uhr, meine
innigstgeliebte unvergeßliche Frau
und herzensgute Mutter, Tochter
und Schwester
Helene Wiele
geb. Krause (Walsche)
nach kurzen schwerem Kranken-
lager sanft entschlafen ist an Herz-
schwäche.
Möge ihr die Erde leicht sein.
Im Namen der Hinterbliebenen
Hugst Wiele, Golenbeide 52/53.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilig-Streng-Sirchhofes,
Mariendorf, aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**
Am Sonntag, den 22. Februar,
verstarb unser Genosse, der
Drochsenführer
Oswald Sauer
Waldstr. 42.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 25. Februar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, in Eichsdorf
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
223/9 Der Vorstand.

Verband der Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Berlin I.
Am 22. d. Mts. starb unser
langjähriges Mitglied, der Stellner
Karl Schulz
Zahnstr. 17.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 25. d. Mts., vor-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Michael-Sirchhofes
in Mariendorf, Gottlieb-Dunfel-
Straße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
31/4 Der Vorstand.

**Verb. d. Schneider, Schneiderinnen
u. Wäschearbeiter Deutschlands.**
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern geben wir
hiermit bekannt, daß die Kollegin
Martha Fierke
(Damenkonfektion) im Alter von
46 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 25. Februar, mittags
1 Uhr, auf dem Allgemeinen Fried-
hof in Rahlsdorf, Köpenicker
Straße, statt.
162/16 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Mitteilung, daß
meine liebe Frau
Auguste Seiler
geb. Beck
nach kurzer bestiger Krankheit im
Alter von 25 Jahren gestorben ist.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. Februar,
nachmittags 1/2 Uhr, vom Leichen-
haus des Friedhofes in Berlin-
Königsfeld, "Berliner" Straße,
aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Marienfelde.**
Am Montag, den 23. Februar,
verstarb unsere Genossin
Auguste Seiler
im Alter von 28 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Ge-
meinde-Friedhofes aus statt.
201/13 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau sage hiermit allen besten
Dank.
119/1
Rudolf Siebert
und Kinder.

Dankfagung.
Für die Beweise liebevoller Teil-
nahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau
Emma Girnus
sagen wir allen Freunden und Ver-
wandten, dem Gesangsverein "Pro-
sima", den Mitgliedern des Wahl-
vereins, des Zentralverbandes der
Wahlsimmen und Deizer, Bezirk
Waldhof, sowie dem Genossen Jabel
für seine tröstenden Worte unseren
berzichtigten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Martin Girnus.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzsenden beim
Hinscheiden unseres lieben Bruders
Michael Nowacki
sagen allen Bekannten, Kollegen so-
wie dem Verband der Gemeinde- und
Staatsarbeiter, Gassenkalt Danziger
Straße, unseren innigsten Dank.
129/4 Familie Dziewiecki.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau sagen wir allen Be-
teiligten, den Sängern, den Kollegen
der Firma R. Auerbach unseren herz-
lichsten Dank.
112/4
W. Grau
nebst Kindern.

**Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.**
Bureau: Reichstraße 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Küsterstraße 9.
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 6708

Freitag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Die innere Gestaltung der Filiale Berlin. 2. Diskussion. 3. Abstimmung über das Vertretersystem.
Wegen der wichtigen Tagesordnung muß ein jeder Kollege erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß der Lohn am 1. März um
1 Pf. steigt, also 73 Pf. beträgt.
Die Arbeitszeit ist vom 1. März täglich 9 Stunden.
136/11* Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
**Allgemeine Branchen-Versammlung
der Schmiede, Kesselschmiede, Autogen-
schweißer und Karosseriearbeiter**
in den Ruffler-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (großer Saal).
Tagesordnung:
1. „Das Streikrecht der Arbeiter.“
Referent: Reichstagsabgeordneter **Wolfgang Heine.**
2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten.

Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
**Mitglieder-Versammlung
der Klempner**
in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Kollegen **Brandes - Nagde-
burg.** 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr:
Versammlung
der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie aller in
mechanischen Betrieben beschäft. Kolleginnen u. Kollegen
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Pinkau** über:
„Die Entwicklung der Gewerkschaften.“
2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenanliegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
**Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter**
im Lokal von Brinkmann (früher Merkowski), Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
Branchenanliegenheiten und Verschiedenes.
Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
aller in den Eisengießereien beschäftigt.
Buger und Schleifer
in den Borussia-Sälen, Katerstr. 6/7.
Tagesordnung:
1. Branchenanliegenheiten. 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Bibliothek Osten.
Vom 1. März d. J. ab findet die Ausgabe der
Bücher bei Nieß, Warschauer Str. 9, nur Dienstags
und Freitags, abends von 7-9 Uhr statt.
162/17 Die Ortsverwaltung.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands
N 4, Gartenstr. 101. Filiale Berlin. Tel. Amt Norden 4513.
Heute Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saal 1
des Gewerkschaftshauses:
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag über „Profetiarische Emanzipationsbestrebungen in
alter und neuer Zeit“. Referent Kollege **Franz Bichler-Rünchen.**
2. Diskussion. 3. Lohndiskussionen. 4. Verschiedenes.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
99/2 Der Filialvorstand.

Ehrenerklärung.
Die Unwahrheit, die ich über die
gebommene **Frau Lina Mühmer,**
Wilschm-Steige-Straße 34, ausge-
sprochen habe, nehme ich mit Be-
bauern zurück.
34892
Frau Siebert,
Deutsch-Kroner Straße 4.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12.
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schnell, dauerh. Zutaten
von 25 Mark an. **Moritz Laband,**
Neue Promenade 2, II. (South, Biers.)



Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Nur den gestern bekannt gegebenen finden noch folgende
Mitglieder-Versammlungen
statt.
Mittwoch, den 25. Februar:
Tischler.
Wedding und Moabit: abends 6 Uhr bei **Kaczarowski,** Kaveno-
straße 6. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Verbandsstag.
2. Verbands- und Branchenanliegenheiten.
Küchenmöbeltischler.
Abends 6 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c. Tages-
ordnung: 1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung.
2. Verbands- und Branchenanliegenheiten. Die Delegierten müssen
anwesend sein.
Donnerstag, den 26. Februar:
Tischler.
Süden: abends 5 1/2 Uhr im **Wärtischen Hof,** Admiralstraße 18a.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Verbandsstag und Aus-
stellung der Kandidaten. 2. Verbandsangelegenheiten.
Osten III: abends 6 1/2 Uhr in den „**Pracht Sälen des Ostend,**“ Frank-
furter Allee 151. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Verbands-
tag. 2. Verbandsangelegenheiten.
Korbmacher.
Abends 5 1/2 Uhr bei **Max Krause,** Mariannenplatz 8. Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Gau- und Verbandsstag. 2. Branch-
angelegenheiten.
Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.
(Gleich nach Feierabend.)
Osten: in den „**Gärtenberger Fehlfäden,**“ Frankfurter Allee 106.
Südosten: im **Wärtischen Hof,** Admiralstr. 18a.
Tagesordnung: Vortrag über „**Rechte und Pflichten der Kranken-
kassenmitglieder unter der neuen Reichsversicherungsgesetzgebung.**“
Norden: im **Zwinnmünder Gesellschaftshaus,** Zwinnmünder Str. 42
89/17 Die Ortsverwaltung.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder,**
an der neuen beim **Alten Freund.**
Beerstraße

BEBEL-BÜSTE
Der Bildhauer **JULIUS OBST-Berlin** hat
eine Büste von **AUGUST BEBEL** ge-
schaffen, deren Generalvertrieb die Buch-
handlung **Vorwärts Berlin** über-
nommen hat.
Die Büste ist in vier Größen vorrätig:
Größe 1, 80 cm hoch . . . Preis 20 Mark
Größe 2, 60 cm hoch . . . Preis 15 Mark
Größe 3, 40 cm hoch . . . Preis 8 Mark
Größe 4, 20 cm hoch . . . Preis 2.50 Mark
Größe 1 eignet sich zur Dekoration von
großen Sälen — Größe 2 ist für kleinere
Säle, Vereinszimmer, Partei- und Gewerk-
schaftsbureaus bestimmt
Die Größen 3 und 4 sind besonders als
Schmuck für Arbeiterwohnungen gedacht
Die Abgüsse der vom Bildhauer **Julius
Obst** modellierten Büste tragen ein Schild:
Buchhandlung Vorwärts Berlin,
worauf wir zu achten bitten.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69.

Mohrenstr. 37 1/2
Kolonnaden.
Gr. Frankfurterstr. 115
**Trauer-
Magazin**
Kleider, Mäntel etc.
Außerste Preise
**Farbige
Konfektion**
in größtem
Maßstabe
zu billigsten
Preisen
Westmann

itesser
Viel, auch die hart-
näckigsten, fettglänzen-
de Haut u. sonstige Hautunrein-
igkeiten werden am sichersten durch
meine seit fast 25 Jahren bewährten
Spezialmittel beseitigt. Garantiert
wirksam und unschädlich! 2.50 M.
Otto Reichel, Berlin 43, Eichenbahnstr. 4.
Patentanwalt Prillwitz
Berlin NW 21, Thurmstraße 34.

Bewerkschaftliches. Die Wohlfahrtskette.

Daß die sogenannten Wohlfahrtsbestrebungen der Unternehmer den Arbeitern sehr verhängnisvoll werden können, müssen die Arbeiter der Firma Schwarztopf in Wildau wieder einmal am eigenen Leibe erfahren. Die Firma hat in Wildau einige Häuser erbaut, die für Arbeiterwohnungen eingerichtet sind. Das geschah sicher nicht etwa aus selbstlosem Interesse zur Förderung der Arbeiterwohlfahrt, sondern weil in der Gegend des Werkes nicht genügend Arbeiterwohnungen vorhanden sind, und deshalb die von der Firma Schwarztopf benötigten Arbeiter sich nicht gern herbeiließen, bei der Firma Schwarztopf in Wildau in Arbeit zu treten. Doch die Uneigennützigkeit der Firma ist damit noch nicht zu Ende. Die Firma Schwarztopf hat in den Mietverträgen eine Bestimmung, wonach sie das Recht hat, den Mieter der Werkwohnung, wenn er als Arbeiter den Betrieb verläßt, in kürzester Zeit aus der Wohnung zu entfernen. Von dieser Bestimmung macht die Firma gegenwärtig Gebrauch, weil eine Anzahl der bei der Firma beschäftigten Arbeiter streiken. Es handelt sich um einen Streik zur Abwehr einer Reihe von Mißständen, die nachgerade unerträglich geworden sind. Die Bemühungen der Firma, vollwertigen Ersatz der Streikenden zu bekommen, waren bis jetzt vergeblich. Darum die Aufforderung an die Streikenden, soweit diese im Besitz von Werkwohnungen sind, diese Werkwohnungen schnellstens zu räumen. Da die Arbeiter dieser Aufforderung nicht ohne weiteres nachgekommen sind, hat die Firma die Ermittlung eingeleitet. Sie glaubt, ihre angebliche Arbeiterwohlfahrt, deren sie sich sonst so gern rühmt, zur Wahrnehmung ihrer Interessen mißbrauchen zu dürfen. Daß die Firma ihre Position bis zum äußersten ausnützt, zeigt auch folgender Vorgang: Einer der Streikenden räumte die Wohnung und stellt seine Sachen bei einem nichtstreikenden Kollegen, der ebenfalls eine Werkwohnung inne hat, unter. Das hat die Firma veranlaßt, diesen Arbeiter, der nichts als einen Akt der Menschenfreundlichkeit ausübte, ebenfalls aufzufordern, schnellstens die Werkwohnung zu räumen. Höher geht wohl kaum.

Der Gemeindevorsteher der zuständigen Gemeinde bemühte sich, die Anordnung der Firma rückgängig zu machen, jedoch ohne Erfolg. Dort, wo es gilt, die Interessen ihres Profits wahrzunehmen, kennt die Firma Schwarztopf so wenig wie andere Unternehmer irgend welche Rücksicht. Es lehrt das Ganze wiederum deutlich, wie richtig es ist, wenn die Arbeiter immer und immer wieder gewarnt werden, auf die Lockungen der Unternehmer nicht hineinzufallen, wenn diese die Arbeiter mit ihrer Wohlfahrtsplage der verschiedensten Art belästigen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kraftfahrzeugführer! Der Reichs-Elektromobil-G. m. b. H., Galenlee, Joachim-Friedrich-Straße 37, ist für organisierte Chauffeure und Wagenwäscher wegen ausgebrochener Differenzen gesperrt. Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirt Groß-Berlin.

Das wärsche Verleichen Alfred Bod, Reinickendorf, Frühlingstraße 4, erucht und um die Mitteilung, daß dieses Geschäft mit der Firma A. Bod Nachf., Inh. Jörn, nicht identisch ist.

Kleines Feuilleton.

Der schwarze Bahr. Zu der Notiz in der Sonntagnummer über Bahrs neueste Pantung wird uns geschrieben: Diese Pantung hat Bahr selber bei einem anderen einmal aufs bitterste verhöhnt, in einem Essay über Bourget, der unter dem Titel „Der Finger Gottes“ in dem „Buch der Jugend“ 1908 bei Heller erschienen ist. Es heißt da:

... ganzen Klassen scheint es nicht anders als dem einzelnen zu gehen. Auch ihnen geschieht es, wenn im grauen Herbst die Nacht kommt, daß sie die Engel hören und den Finger Gottes sehen; plötzlich erschreckt, bedroht, verschauert, werfen sie sich weg und verlieren alle Remunz ihrer Geschichte. Sie sind mit Kraft und Geist vorgebrungen, und weil es eine neue Kraft, ein neuer Geist war, den sie einzusetzen hatten, fällt ihnen die Welt zu und sie richten sich ein, sie dehnen sich aus, sie setzen sich durch; ihre Kraft, ihr Geist prägt alles Leben der Menschen um. Plötzlich aber, von Nachdrängenden erschreckt, in der Nacht wandert, der Zukunft ungewiß, scheuen sie zurück und, statt eben jetzt die ganze Kraft zu sammeln, den ganzen Geist zu halten, alles aufzuwerfen, was sie sind, vergessen, verleugnen sie sich, ihre Kraft, die sie befreite, entweicht, ihr Geist, der sie behauptete, verliert, aller Mut, die Hoffnungen, der Stolz vermessener Entwürfe, alter Haß logar, die Scham sind entflohen, der eben noch so freie Geist setzt sich mit dem Pfaffen zum Weist. Eine Formel, nach der man die ganze Geschichte seit der Revolution schreiben könnte. Der Titel wäre: „Das Bürgertum und der Finger Gottes“.

Bourget war acht Jahre alt, als Darwins Buch erschien. Er hat den ganzen Haedel erlebt. Und Tristan und den Ring, und Nietzsche, und Ibsen, und Garibaldi und das neue Italien. Und Amerika mit Walt Whitman. Und Marx und die Kämpfungen des Proletariats, das Schnauben einer neuen Menschheit in der Ferne. Von diesen ungeheuren Mächten ist sein Leben umgeben. Ueberall schreit die Zukunft. Ueberall knallt die Freude der Freiheit. Ueberall schwillt die Menschwerdung des Menschen. Er aber, der sich einen guten Europäer glaubt, vermag es, ermüdeten Damen, welche sich entziehen möchten, indem sie die Grimassen der Bergangehenheiten schneiden, Geschichten zu erzählen, in welchen der liebe Gott persönlich um das Los der Menschen bemüht, der Keger bestraft, der Promete behohnt, unsere Zeit verlunguet und alles, was wir sind, verkannt wird.

Jetzt hat Bourget über Bahr und den Finger Gottes das Wort. Kulturschmaroger. Deditusriefel, den Schuh der eleganten Welt gibt es schon seit Jahren. Sie sind das lebernte Lieberbleißel aus Reinhardts Hochglanzperiode. Die Theaterkunst konnte offene Türen ein und der Kaufmann fand den Schlüssel zum Erfolg. Er setzte Geld und Hoffnung auf einen Namen, der die Popularität Jean Gilberts genoh und alle Modedressen trunten machte.

Es gibt einen Glühkrampf, der „Zeitgeist“ heißt und sicherlich mehr Licht um sich verbreitet als die Montagbeilage des „Zageblatts“. Der Fabrik, die den „Zeitgeist“ erzeugt, dient ein Bild des klügerlichen Bestrebens als Schutzmarke. Nun ja. Die Schöpfungen des großen Toniegers sind glühende Offenbarungen einer Seele, die nach Licht ringt, und so hat auch hier wieder der Kaufmann den praktischen Zweck eines Kunstwerks erkannt. Nach Zell, dem Garten und Unbegangenen, heißt eine Schokolade, die leicht löslich ist.

Deutsches Reich.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen im Jahre 1913.

Auch der Verband der Gastwirtsgehilfen hat unter der Krise zu leiden gehabt, auch er hat einen kleinen Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Während Ende 1912 der Mitgliederbestand 16 293 betrug, war die Zahl 1913 auf 16 025 gesunken. Grund zur Beforgnis ist darum aber bei diesem Verbands ebensowenig, wie bei den übrigen freien Gewerkschaften vorhanden. Der Rückgang wird bald wieder ausgeglichen sein. Zahl und Umfang der Lohnbewegungen sind im Jahre 1913 auch geringer gewesen als im Vorjahre. Zugewonnen waren an Lohnbewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung 138 in 28 verschiedenen Orten bzw. Lohngebieten zu verzeichnen. In den von den Bewegungen betroffenen Betrieben (197) waren insgesamt 3778 Personen beschäftigt. Von der Gesamtzahl der Bewegungen führten nur 20 mit 361 Beschäftigten beziehungsweise 291 Beteiligten zu einer Arbeitseinstellung. Es wurde erreicht eine Verkürzung der Arbeitszeit für 301 Personen und 2804 Stunden pro Woche. Die Lohnerhöhung beträgt für 1384 Personen 8576 M. pro Woche. Für die Angestellten im Gastwirtsgerwebe sind aber auch „sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen“ von großer Wichtigkeit. Es handelt sich da um Befreiung von ganz erheblichen Mißständen, wie Anschaffung der gewerbenmäßigen Stellenvermittlung und Anerkennung des paritätischen oder des Verbandsnachweises, Ertrag der Naturalbezüge durch Barlohn, Abschaffung der Abgaben an den Unternehmer usw. Solche Verbesserungen wurden in 108 Fällen für 1755 Personen erreicht.

Ueber die bestehenden Tarifverträge ließ sich zum ersten Male eine lädenlose Darstellung geben: Am Anfang des Berichtjahres bestanden im ganzen 206 Tarifverträge für 1891 Betriebe mit 5801 beschäftigten Personen, von denen 4905 dem Verbands der Gastwirtsgehilfen angehörten. Im Laufe des Jahres erledigten sich durch Ablauf oder aus sonstigen Gründen 68 Verträge für 902 beschäftigte und sämtlich dem Verbands angehörige Personen in 198 Betrieben, so daß von dem alten Bestand in das neue Jahr 187 Verträge für 1188 Betriebe mit 4789 Beschäftigten und 4003 Verbandsangehörigen übernommen wurden. Im Jahre 1913 sind in Kraft getreten: 184 Verträge für 481 Betriebe mit 2386 Beschäftigten und 1939 Verbandsmitgliedern. Der größte Teil der insgesamt abgeschlossenen Tarifverträge wurde durch friedliche Lohnbewegungen erzielt; in 119 Fällen nicht weniger als 120 Verträge für 467 Betriebe mit 2277 Personen und 1833 Organisierten, so daß für die durch Streit oder Ausübung der Tarifabschlüsse nur 14 Einzelverträge für 109 Personen übrig blieben. Von den im Jahre 1913 abgeschlossenen Verträgen erledigten sich bereits vor Schluß des Berichtjahres 21 Einzelverträge, so daß sich der Gesamtbestand der aus den Vorjahren in das Jahr 1914 herübergenommenen Tarifverträge auf 250 für 1603 Betriebe beläuft. In diesen Geschäften arbeiten 6876 Personen zu tariflich geregelten Bedingungen, von denen 5844 im Verbands der Gastwirtsgehilfen organisiert sind. Hierzu kommen noch einige Tarifverträge, die in Zürich, wo der Verbands eine Verwaltungsstelle hat, abgeschlossen worden sind. Es sind dies sechs Verträge in sechs Betrieben mit 104 Personen, wovon 75 dem Verbands angehören.

Der Schneiderstreik in Gotha bei der Firma Rosenblatt ist nach vierzehntägiger Dauer beendet worden. Die Streikenden nahmen am Montag die Arbeit wieder auf, bis auf zwei, die anderwärts Arbeit angenommen hatten. Es wird auf Grund einer geänderten Arbeitsmethode gearbeitet und der früher verdiente Wochenlohn den Arbeitern auf mindestens sechs Wochen garantiert. Wegen angeblicher schwerer Geschäftschädigung strengte die Firma Klage gegen das „Gothaer Volksblatt“ an, das die Liste derjenigen Konfektionsgeschäfte veröffentlichte, die die Waren der bestreikten Firma führten.

Der christliche Keramikerverband als Unternehmerstütze.

Im Sommer 1913 reichten die im Zentralverband der Steinarbeiter (Sitz Leipzig) organisierten Arbeiter der Firma Hartmeyer in Gerderschweier (Elsah) eine Tarifvorlage ein. Die Firma

ließ sich auf einen Tarifabschluß unter keinen Umständen ein. Es kam zum Streit, der für die Arbeiter verloren ging. Die Streikführer wurden nicht wieder eingestellt, sie mußten sich außerhalb um Arbeit umsehen. Nun setzten die Schwarzgen mit der Agitation ein, und wenn man ihren Angaben Glauben schenken darf, schlossen sie mit Hartmeyer einen Tarif ab. Der christliche Sekretär Richard Schwartz beschaft nun der Firma Hartmeyer Arbeiter. Er erläßt Zirkulare, in denen es heißt:

Die Firma Hartmeyer hat vor längerer Zeit die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter entlassen und beschäftigt zurzeit nur christlich organisierte Arbeiter. Die Steinarbeiter verbieten im Winter 6-7 und im Sommer 10-12 M. pro Tag. Unser Verbands übernimmt also die Garantie, daß die von uns empfohlenen Arbeiter auch den vereinbarten Lohn erhalten.

Es ist interessant, daß der christliche Agent selber zugibt, daß die Firma die freigeorganierten Arbeiter entlassen hat; doch darüber machen sich diese sonderbaren Arbeitervertreter keine Gewissensbisse. Die Einheimischen werden entlassen, weil sie sich dem Unternehmer ohne weiteres fügen, und mit Hilfe der christlichen Führer werden unter unwahren Versprechungen der bedrängten Firma Leute beschafft.

Ausland.

Der Bergarbeiterstreik in Frankreich.

Ende Januar beschloß der „neue“ französische Bergarbeiterverband, zum 1. März den Generalstreik zu erklären, wenn das Altersversicherungsgezet und einige andere Forderungen bis dahin nicht in einem ihnen genehmen Sinne erledigt seien. Vor allen Dingen fordern sie eine Altersrente von täglich 2 Frank nach 25 Dienstjahren und zwar soll die Rente vom 50. Lebensjahre ab, statt, wie es das Gesetz vorseht, vom 55. Lebensjahre an, gezahlt werden; ferner Einbeziehung der Schieferbrucharbeiter unter das Gesetz, Minimallohn usw. Am 20. Februar behandelte der Senat das Gesetz erneut, kam aber auch diesmal diesen Forderungen der Bergarbeiter nicht nach. Darauf beschloß das Organisationskomitee den Streik schon jetzt zu erklären. Etwa 40 000 Bergarbeiter sollen schon die Arbeit eingestellt haben. Doch dürfte es fraglich sein, ob der Streik ein allgemeiner werden wird, weil die stärkste und am besten organisierte Bergarbeitergruppe, der „alte Verbands“, der im nördlichen Revier vorherrscht, sich ausdrücklich gegen diesen Streik erklärt hat. Andererseits wird der Streik vom Gewerkschaftsbund, besonders von den ihm kartellierten Organisationen des Transportgewerbes, lebhaft unterstützt. Der alte Verbands, an dessen Spitze der sozialistische Deputierter Baskin steht, hat sich wiederholt für die von der Kammer angenommene Vorlage festgelegt. Auch der letzte sozialistische Parteitag sollte sich aus diesem Anlaß mit Anklagen gegen Baskin befassen, lehnte dies jedoch ab, unter Hinweis darauf, daß es sich um eine nur die Gewerkschaften betreffende Angelegenheit handele. — Der hällische Bruderzwist wird zweifellos auch auf den gegenwärtigen Kampf den schlimmsten Einfluß ausüben, nachdem er schon eine lange Zeit hindurch in Preßscheiden und Versammlungen sich äußerte.

Geht nicht als Streikbrecher nach Rußland!

In der Farbenfabrik Kassel in Wiga wird gestreikt. Die Verwaltung hat beschloßen, Streikbrecher in Deutschland, besonders in Frankfurt a. M., zu werben. Die letzteren Arbeiter appellieren an das Solidaritätsgefühl ihrer deutschen Brüder und ersuchen Arbeitsangebote der bestreikten Firma zurückzuweisen.

Die Arbeitslosigkeit.

Scharfmacherche gegen die Arbeitslosenversicherung.

Die Treibereten der reaktionären und scharfmacherischen Elemente gegen die Reichsarbeitslosenversicherung nehmen geradezu gemeingefährliche Formen an. Naturgemäß entsprechen die gegneri-

Rückstend wird man lesen (wenn die Zell-Schokolade den Arbeitern mundgerecht werden soll): Sie schmilzt auf der Zunge, wie einst alle Roti in der Bitterfrühlingsdionne schmelzen wird.

Aber an dem Tag, der die Welt durch Liebe erlösen wird, werden die Posaunen der Klame rufen: Trinkt Reichardts Graf-Kakao.

Die neue Königreichszug. Am Fuße eines Vorgebirges, an dessen Hängen die Ruinen alter Mauern emporleuchten, liegen am Meer ein paar Häuser, vom Felsen aus sieht man über den Meer: das ist Durazzo, Albanien neue Hauptstadt, kaum mehr als ein großes Dorf. So schildert ein gegenwärtig in Albanien weilender Mitarbeiter des „Gaulois“ seinen ersten Eindruck der lüftigen Residenz des Prinzen Wied. Eine einzige Straße, auf die kleine Läden münden, ein Platz, der aber schon außerhalb der Stadt liegt, ein paar verstreute Häuser, die in die Landschaft hinausstreben, das ist alles. 6000 Menschen lebten hier früher, heute, da die Flüchtlinge vor den Serben dazu gekommen sind, mögen es ihrer 8000 sein. Kein eigentlicher Hafen, kein Docks, kein Sandbänke und die halbversunkenen Ueberreste einer alten Mole und in der Nähe verankert ein paar Segelschiffe, die nach Ablauf des Winters wieder ihre Fahrten aufnehmen. Der Dampfer aus Triest ist gerade beschäftigt, Möbel zu landen, die für das Schloß des Fürsten bestimmt sind; hochgewachsene, buntgekleidete Albanier schleppen die Kisten zum Lande empor. Untereinander wir einen Spaziergang zum „Schloße“. Ueber dem Strande, dicht neben dem Jachboot, liegen zwei Häuser, die die Stadt gleichsam maskieren. Das größere, vor dem ein bis zu dem Meer hinabreichender Garten liegt, ist der alte Konak, an dem die Arbeiter am Werke sind. Man kommt nur langsam vorwärts, die albanischen Arbeiter sind gar indolent und träge. Was man aber auch vollbringen mag: das Aussehen dieses Hauses wird man schwer verdrängen. Ein mittleres Hotel. Die Fassade wendet ihre zwei Stockwerke von neun kleinen Fenstern dem Meere zu. Drei Fenster in der ersten Etage und eins in der zweiten münden auf beschobene Eisenbalkone. Darüber ein kleiner Aufbau mit drei Fenstern und Balkon.

Je länger man durch Durazzo wandelt, desto häufiger fragt man sich, wo in dieser Stadt die Geandten, die Beamten usw. unterkommen sollen. Denn größere Häuser sind eine Seltenheit. Die Hausbesitzer aber lachen und schon haben sie die Mietpreise verdoppelt und verdreifacht, ja sie zögern nicht, für ein Häuschen von vier oder fünf Zimmern 5000-6000 Fr. Miete zu fordern. Die Spekulation ist eifrig am Werke, so eifrig, daß die Kontrollkommission ihr mit Sondersteuern bereits Jügel anlegen muß. Die Kontrollkommission hat mangels Unterkunft darauf verzichtet, in Durazzo zu bleiben; die Delegierten denken daran, in Pirana zu wohnen. Die 40 Kilometer bis Durazzo wären im Automobil ja keine Schwierigkeit, wenn nur die Straße gut wäre.

Die Jagd mit dem „Morphiumgewehr“. Augen, die nicht töten, sondern nur betäuben, wollen die Teilnehmer eines amerikanischen Jagdjuges verwenden, der die Panamaausstellung mit seltenen lebenden Tieren versehen soll. Diese „Morphiumgewehr“, wie der Erfinder sie nennt, stammen von einem New Yorker Wässhemacher. Das Bild, dem man damit zu Leibe gehen will, sind die gewaltigen Mastabären. Die Jäger, die diese seltsame Waffe zum erstenmal anwenden werden, sind bereits vor kurzem nach der Insel Kodiak an der Dillküste von Alaska aufgedrungen, wo sie die riesigen Bären zu erbeuten hoffen. Nach der Ansicht des Erfinders genügt die geringste Verletzung, um den stärksten Bären, dem ein gewöhnliches Geschos nicht viel anhaben kann, niederzuwerfen; er

soll zwar noch wenige Sekunden nach dem Empfang der Kugel sich verteidigen können, dann aber beginnt das Karbonium (ein neues Morphiumpräparat) zu wirken, der Wär fällt sofort in Karkose, und wenn er wieder zu sich kommt, ist er gefesselt und sitzt im Käfig. Den Jägern ist zu wünschen, daß die Morphiumgeschosse wirklich so wirken, wie der Erfinder annimmt, denn mit einem Mastabären ist noch weniger zu spohen, als mit dem gefährlichsten grauen Bären des Felsengebirges. (Die Sache klingt so abenteuerlich, wie die östere erfolgte Meldung von den Schlafmitteln und Eisenbomben, die ganze Heere in Schlaf oder Flucht versetzen sollten.)

Humor und Satire.

Jerichow!

Nun 'raus, wer noch im Trümmerteil!
Der Kampf wird klar! Es tun uns not
Auf der politischen Balette
Nur reine Farben: Schwarz, blau, rot.

Es pfeift der Wind am dünnen Zaune.
Was sich noch heut' nennt „liberal“!
Nicht die mächtigste Posaune
Zu Kampf und Sieg und Schicksalswahl.

Hofft Ihr noch jezt, im ro'gen Säimner,
Ein „liberales“ Vaterland?
Da liegen Eure Mehrheitsstimmer!
Nun freßt den Mäuen aus der Hand.

Die Zeit zu mädeln und zu dämpfen
Sie ist vorbei, sie ist vorbei!
Ihr seht zu satt und feig, zu kämpfen —
So quetsche man Euch denn entzwei!

Es wird kein freier Euch bedauern,
Euch Schwäyer, die des Selbstmords froh,
Und so begrabt Euch unter Mauern,
Den Rauern dieses Jerichow!

Notizen.

— Repertoireänderungen. Im Schiller-Theater O. wird am Freitag statt „Herodes und Mariamne“ das Drama „Andreas Hofer“ von Walter Lutz gegeben. — Im Deutschen Opernhause ist für Sonnabend statt „Martha“ „Die Jüdin“ angesetzt.

— Das Blühner-Orchester wählte als Nachfolger für den ausweichenden Hofkapellmeister v. Strauß den Musikdirektor Paul Scheinpflug aus Königsberg i. Pr. als ersten ständigen Dirigenten.

— Die neue Universität in Frankfurt soll im Oktober eröffnet werden.

— Rettigsaft gegen Gallensteine. Alle volkstümliche Heilmittel scheinen bisweilen das zu halten, was man sich von ihnen verspricht. Denn sie tauchen von Zeit zu Zeit immer wieder in der wissenschaftlichen Medizin auf. So geht es auch dem Saft aus schwarzem Rettig, der schon lange gegen Gallensteine angewandt wurde. Neuerdings benutzten ihn mehrere Ärzte, wie aus dem Berichte von Dr. Hermann Engels in der „Medizinischen Klinik“ hervorgeht, mit gutem Erfolge. Durch den dauernden Genuß des Rettigsafts sollen die Patienten stündlich beschwerdefrei bleiben.

schon Argumente dem Charakter und der Bestimmung ihrer Urheber. In der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ gibt der bekannte Öbinger Großindustrielle G. Ziese in einem Artikel eine aufreizende Zusammenfassung jener arbeitserfindlichen Bestrebungen.

Von vornherein betrachtet Ziese die Verwirklichung der Reichs-arbeitslosenversicherung als den Untergang der deutschen Volkswirtschaft. „Wie ein Damoklesschwert schwebt über der deutschen Volkswirtschaft das Wort Arbeitslosenversicherung.“ Und dann schüttet Ziese die gefüllte Schale seines scharfmacherischen Jorns über das verrückte Wort: „Arbeitslosenversicherung! Unerbörtes Wort, geprägt vom Beschrei einzelner; denn wie die Technik, so hat auch die Amateur-Sozialpolitik ihre Erfinderschlöpfe. Nun hält es wieder, nachgebildet von einer arbeitslosen Menge. Was soll es das Betreiben der Sozialdemokraten und weltfremden Katheder- und Salonsozialisten, sentimental und nach äußeren Erregungen schielender Köpfe versichert werden? Es ist doch nicht von der Hand zu weisen, daß als eine Folge des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auch arbeitscheues Gesindel, faule Vagabunden, Leute, die sich zum Arbeiten für zu gut halten, Dürren, Zuhälter in ganz unbeschäftigter und unter Umständen völlig unkontrollierbarer Weise sich die Vorteile einer Arbeitslosenversicherung zunutze machen könnten.“

Indessen ist diese brutale Verhöhnung der Arbeitslosen noch nicht das Schlimmste. Ziese versteigt sich zu der Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Arbeitslosigkeit verschulde, um daraus Kapital für ihre Bewegung zu schlagen. Die sozialdemokratische Presse treibe die Arbeitslosen der Provinz nach den großstädtischen Arbeitsnachweisen, damit die gewünschten Elendsbilder entstehen. „Die Großstädte werden geradezu zu Zentren der Arbeitslosigkeit, zu Brutstätten der Sozialdemokratie, zu den Plätzen, an denen sich die Kapitalverbrechen abspielen. Die Arbeitslosenversicherung ist nur der Deckmantel zur Verwirklichung kommunistischer und sozialistischer Ideen.“ Mit sicherem Instinkt wittert der rasende Scharfmacher, daß durch die kommende Reichsarbeitlosenversicherung schließlich die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter gegenüber ihren Ausbeutern wachse. „Die Organisationen und ihre Mitglieder sollen durch die Arbeitslosenunterstützung mit noch stärkeren Waffen in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum versehen werden.“ Ein Scharfmacher, der solchermaßen den ursächlichen sozialen Zweck der Arbeitslosenversicherung verkennt, schreut natürlich auch nicht davor zurück, die tausendmal widerlegten Behauptungen des Reichsverbandes über die Arbeiterführer mit innigem Behagen darzutragen. Obgleich das reaktionäre Märchen von der Millionen-hinterlassenschaft des Genossen Bebel längst ausdrücklich richtiggestellt ist, bleiben die Arbeiterfeinde bei ihren Verdächtigungen.

Das Nachwort des Ziese gibt sich in einer Aufforderung an die Staatsregierung, nicht nur die geforderte Arbeitslosenversicherung mit allen Mitteln zu verhindern, sondern auch die jetzigen Rechte und Freiheiten der Arbeiter möglichst einzuschränken. „Die Quintessenz aller Staatsfuge muß es sein, ein festgefüßtes, gegen innere und äußere Feinde widerstandsfähiges Staatsgebäude zu schaffen, und es ist die vornehmste Pflicht des Staates, die Sozialdemokratie nach Kräften zu bekämpfen und in erster Linie hierin die Industriellen, die Handel- und Gewerbetreibenden sowie die Landwirtschaft zu unterstützen; jedoch nicht durch verkehrte, sich einst bitter rühmende Maßnahmen die Sozialdemokratie noch zu hässlichen und nach Kräften zu fördern.“

Die Freizügigkeit der Arbeiter will Ziese eingeschränkt wissen durch Verteuerung der Eisenbahnfahrten vierter Klasse: „Schon die billigen Eisenbahnfahrten vierter Klasse beeinflussen in ungünstiger Weise die Heimatliebe der Arbeiter; denn Leute, die in ihrer Heimat in gutem Lohn und Brot stehen, werden durch die billigen Eisenbahnfahrten veranlaßt, ihre sicheren Heimstätten zu verlassen, nach Belieben im Lande umherzufahren, bis sie den Umhürzeln, die zu ihnen die letzten Großen noch herauspressen, in die Hände fallen und im Elend verkrüppeln. ... Am Hinblick auf alle diese Erschwerungen und Lasten wirkt eine Reichsarbeitlosenversicherung nach jeder Richtung hin nicht anders als demoralisierend. Die ganze Einrichtung würde nur die Bestrebungen der Umhürzler fördern.“

Die Verständnislosigkeit und unrichtige Darstellung der Tatsachen dieses Scharfmachers kann wohl nicht übertrieben werden. Dabei hat er nur offen ausgesprochen, wie die Kapitalistenklasse fast in ihrer Gesamtheit denkt und fühlt. Die Arbeiterschaft kann ihm insofern für diese Offenherzigkeit nur dankbar sein. Sie wird sein Pamphlet als Legationsmaterial für die rote Woche unter den Unorganisierten zu benutzen wissen.

Arbeitslosenfürsorge.

Am heftigsten Landtage hatten unsere Genossen den Antrag gestellt, in das Budget für 1914 den Betrag von 50 000 M. einzustellen und an solche Gemeinden Zuschüsse zu leisten, die Arbeitslosenunterstützung gewähren. Die Regierung verhielt sich ablehnend und verwies auf das Reich. Der Finanzausschuß der Zweiten Kammer ersuchte nun die Regierung, im Bundesrat auf Einstellung von Geldern für Arbeitslosenfürsorge hinzuwirken. Die Regierung will eine Denkschrift über die Arbeitslosigkeit in Hessen ausarbeiten.

In Kärth i. B. hatte der Stadtmagistrat beschlossen, noch einmal 10 000 M., wie dies schon vor Weihnachten geschehen, zu bewilligen und an Arbeitslose verteilen zu lassen. Das Gemeindefolkium lehnte nun aber diesen Beschluß ab, dafür richtete es an den Magistrat das Ersuchen, einen Aufruf um freiwillige Spenden zur Linderung der Arbeitslosennot zu erlassen. Also auch hier die Bettelstuppenpolitik, die nach Kober zu werden scheint, um die öffentlichen Körperschaften von der Verpflichtung, den Opfern unserer herrlichen Wirtschaftsordnung ein Recht auf das Leben zu gewähren, zu entbinden.

Berichtszeitung.

Der Fall v. Versen.

Die Erbstreitigkeiten zwischen den Erben des verstorbenen Generals v. Versen haben im Laufe des vergangenen Jahres infolge der gewaltigen Internierung des Oberleutnants a. D. Max v. Versen, der die Auflassung des Familiengutes Burglaff auf Grund einer letztwilligen Verfügung seiner verstorbenen Mutter im Prozeßwege beansprucht hatte, berechtigtes Aufsehen erregt. — Am 27. Juni v. J. wurden die Brüder Max und William v. Versen während eines Spazierganges von mehreren Kriminalbeamten verhaftet und mittels Drohke nach dem Polizeirevier gebracht. Max v. Versen wurde von dort nach der Irrenanstalt Wittenau transportiert, sein Bruder William wurde wieder freigelassen. Noch am Tage der Internierung erhob Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried für Max v. Versen vor dem Berliner Bezirksauschuß die Klage auf Aufhebung der die Internierung anordnenden polizeilichen Verfügung. Vor Anderräumung des Verhandlungstermins gelang es jedoch, nachdem sich die Oeffentlichkeit der Sache angenommen hatte, und nachdem das Landgericht auf Grund einer sofortigen Beschwerde die von den Riterben beantragte vorläufige Formnub-

schaft aufgehoben hatte, die Befreiung des gewaltsam internierten Max v. Versen nach 42tägiger Internierungsdauer herbeizuführen. Hierdurch war die Klage gegen den Polizeipräsidenten v. Jagow in der Hauptsache erledigt. Der Rechtsstreit wurde jedoch wegen der Kosten fortgesetzt, um hierdurch eine gerichtliche Nachprüfung der Internierung zu ermöglichen. In dem kürzlich stattgefundenen Termin beantragte der Vertreter des Klägers, dem beklagten Polizeipräsidenten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen, da die Internierung zu Unrecht erfolgt sei. Die Verwaltungsbehörde habe selbstverständlich die Verantwortung für eine polizeiliche Verfügung zu tragen und dürfe sich nicht auf ärztliche Attestierungen, deren tatsächliche und rechtliche Grundlage unzutreffend seien, stützen. Der durch einen Regierungsrat vertretenen Polizeipräsident beantragte dagegen, die Kosten dem Kläger aufzuerlegen, da er auf Grund der Attestierungen von Psychiatern zur Anordnung der Internierung berechtigt gewesen sei. Das Gericht verkündete nach kurzer Beratung das Urteil dahin, daß die Kosten dem Polizeipräsidenten aufzuerlegen seien.

Diese Entscheidung ergibt, daß die Internierung zu Unrecht erfolgt war und widerlegt abermals die oft mit mehr Lebhaftigkeit als Kenntnis der Dinge aufgestellte Behauptung, daß es unbedingte Internierungen nicht gebe. Wie lange hätte die Polizei zu sitzen, wenn sie für die zu Unrecht Inhaftierten die Irrenanstalt beziehen müßte?

Der betrogene Zahnarzt.

Als einen recht raffinierten Betrug bezeichnete gestern der Vorsitzende der 6. Strafkammer des Landgerichts I, Landgerichtsrat Dr. Remes, die Handlungsweise des Kaufmanns Moris Ruß. Der Angeklagte war eines Tages in der Sprechstunde des Zahnarztes Dr. Rosenstrauch erschienen und hatte angegeben, daß er auf Empfehlung seines Arztes, der mit Dr. R. bekannt war, zu ihm komme. Da er sehr sicher auftrat und sofort seinen Namen und seine Wohnung angab, ließ sich Dr. R. verleiten, ohne den üblichen Honorarvorschuß zu verlangen, die zahnärztliche Behandlung einzuleiten, die sich ziemlich kostspielig gestaltete, da u. a. eine sogenannte goldene Brücke hergestellt werden mußte. Nachdem die Behandlung beendet war, ließ sich der Patient nicht mehr sehen. Die Honorarrechnung, die Dr. R. nach der von dem Angeklagten angegebenen Adresse sandte, kam als „unbestellbar“ zurück. Erst jetzt erfuhr Dr. R., daß der angegebene Name „Ruß“ und die Adresse falsch war. — Nach etwa zwei Jahren traf Dr. R. eines Tages den angeblichen Ruß auf der Rennbahn wieder. Er sprach ihn an und war nicht wenig überrascht, als dieser höchst empört tat und erklärte, ihn überhaupt nicht zu kennen. Kummern veranlaßte Dr. R. die Sistierung des Angeklagten und erstattete gleichzeitig Strafanzeige wegen Betruges.

Das Schöffengericht verurteilte Ruß nur zu 200 M. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legte R. auch noch Berufung ein. Diese wurde von der Strafkammer kostenpflichtig mit der Begründung zurückgewiesen, daß es bedauerlich sei, daß nicht auch der Amtsanwalt Berufung eingelegt habe, da dann das Gericht in die Lage gekommen wäre, einen derartig raffinierten Betrug mit einer empfindlichen Gefängnisstrafe angemessen zu sühnen.

Is eine Zeitschrift ein Lernmittel?

„Wir sind Deutschlands Jugend“ — so nennt sich eine zweimal im Monat erscheinende von Hempriß mit andern herausgegebene Zeitschrift. Sie macht in der sattem bekannten Weise in „Erziehung“ der Jugend, indem sie unter anderem gegen die Sozialdemokratie scharfmacht und sie herabsetzt. Mit Genehmigung der Regierungspräsidenten zu Merseburg war diese Zeitschrift zu einem Lernmittel für die Gewerliche Fortbildungsschule in Schleuditz bestimmt worden. Und zwar an Stelle eines Buchs. Sie sollte dem Unterrichtsgegenstand „Vaterland“ dienen.

Vier junge Leute, die pflichtmäßig die Fortbildungsschule in Schleuditz besuchten, Müller, Lauer, Hartung und Fehrl, weigerten sich, die Zeitschrift, die ihnen als zum Unterricht nötiges Lernmittel bezeichnet worden war, zu beschaffen und in den Unterricht mitzubringen. Weiter weigerten sie sich, die von der Schulleitung beschafften Exemplare anzunehmen.

Sie erhielten darauf Strafverfügungen und das Schöffengericht in Schleuditz verurteilte sie ebenfalls zu einer Geldstrafe, weil sie das Ordinat über die Fortbildungsschule in Schleuditz in Verbindung mit § 120 und § 150 Ziffer 4 der Gewerbeordnung übertreten hätten.

Das Landgericht in Halle a. S. sprach dann jedoch die Angeklagten frei. Es führte unter anderem aus:

Die Vorschrift des § 6 Ziffer 2 des Ordinatats, daß die Fortbildungsschüler die ihnen als nötig bezeichneten Lernmittel beschaffen und zum Unterricht mitbringen müßten, sei allerdings rechtmäßig als eine ordinstatutarische Vorschrift gemäß § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung, und eine Bestrafung wegen Zuwiderhandelns gegen diese Vorschrift auf Grund des § 150 Ziffer 4 der Gewerbeordnung sei an sich sehr wohl möglich. Eine Bestrafung könnte aber nur eintreten, wenn es sich bei der Zeitschrift wirklich um ein Lernmittel handelte. Die Strafkammer verneinte das. Sie sei den eingehenden Ausführungen des unparteiischen Sachverständigen Barth gefolgt, eines Leipziger Universitätsprofessors, der Mitglied mehrerer Lehrprüfungs-Kommissionen sei und den Lehrauftrag für Pädagogie habe. Danach sei regelmäßige Voraussetzung eines Lernmittels, daß der Lehrer von seinem Inhalte Kenntnis erhalte, bevor es in die Hand des Schülers gelange. Er müsse also in der Lage sein, seinen Inhalt vorher zu prüfen. Diese Voraussetzung liege bei einer periodisch erscheinenden Zeitschrift nicht vor. Ausnahmsweise könnte man rein sachliche Zeitschriften, zum Beispiel eine mathematische oder naturwissenschaftliche Zeitschrift, als Lernmittel ansehen. Denn bei solchen Fachzeitschriften könne der Lehrer mit einiger Gewißheit auf den Inhalt der spätern Nummer schließen. — Anders sei es bei Zeitschriften, die einen moralischen Einfluß ausüben wollten, und besonders bei solchen, welche das politische Gebiet streifen. Da könne nie der Lehrer die künftige Haltung mit genügender Bestimmtheit vermuten. Er könne z. B. überhaupt nicht wissen, ob die nächste Nummer überhaupt etwas Pädagogisches enthalte. Die Zeitschrift „Wir sind Deutschlands Jugend“ solle nur einen vorwiegend erzieherischen Charakterbildenden Einfluß ausüben. Sie enthalte auch Aufsätze politischen Inhalts. Sie sei daher nicht als Lernmittel anzusehen. Somit könne eine Beurteilung der Angeklagten wegen Übertretung der fraglichen Vorschrift des Ordinatats nicht eintreten.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Rechtsanwalt Wolfgang Reine als Vertreter der Angeklagten trat dem Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft entgegen. Der Vorderrichter habe ohne Rechtsirrtum, fufend auf dem Gutachten eines Pädagogen, festgestellt, daß die fragliche Zeitschrift kein Lernmittel sei.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts, unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Lindenberg, hob am Montag die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt:

Allerdings stelle sich der Senat nicht auf den Standpunkt der Staatsanwaltschaft, daß es genüge, daß etwas als Lernmittel „eingeführt“ werde. Es müsse auch ein solches sein. Ob es dies sei, habe das Gericht zu prüfen. Es sei dies keine bloße Tatfrage, sondern eine Rechtsfrage. — Ein Lernmittel sei ein Gegenstand, woran etwas gelernt werden solle. — Durch das Gutachten eines Sachverständigen könne nicht bindend festgelegt werden, daß etwas ein Lernmittel sei. Das Gericht habe dies nach eigenem Ermessen zu prüfen. — Nach Annahme des Senats sei es nicht

unbedingt notwendig, daß der Lehrer vorher den Inhalt des Lernmittels kenne. Das sei auch bei den eingeführten Schulbüchern oft nicht der Fall, zum Beispiel bei der Herausgabe neuer Auflagen von Büchern, die erweitert oder umgearbeitet seien. Dergleichen bei periodischen Zeitschriften, die dem Unterricht in Sprachen dienen. Ebenso wären ja auch in Schülerbibliotheken Zeitschriften, deren neue Nummern der Lehrer nicht kenne. Das Landgericht sei also fehlergegangen. — Die Sache müsse deshalb an das Landgericht zurückverwiesen werden, damit dieses bei einer nochmaligen Nachprüfung, ob die hier in Betracht kommende Zeitschrift ein Lernmittel sei, davon absehe, daß der Lehrer den Inhalt der einzelnen Nummern nicht vorher kenne. Es sei vom Landgericht zu prüfen, ob nicht andere Gründe gegen die Annahme des Lernmittelscharakters der Zeitschrift sprächen, beziehungsweise, ob sie ein Lernmittel sei.

Mit „Lernmittel“ ein Rechtsbegriff, so hätte das Kammergericht aussprechen sollen, daß eine beleidigende Zeitschrift kein Lernmittel sei und daß deshalb die Freisprechung sich rechtfertige.

Aus aller Welt.

Ein neuer Sittensandal.

Der Oberlehrer Dr. Ulrich Priole vom staatlichen Marienstädtgymnasium zu Stettin ist seit Donnerstag voriger Woche flüchtig, weil er sich schwere sittliche Verfehlungen an den ihm anvertrauten Schülern zu schulden kommen ließ. Nur durch einen Zufall sind die Schamereien dieses somosen Jugenderziehers ans Licht gekommen. Während ein anderer Lehrer in der Klasse des Knabenhanders Unterricht erteilte, bemerkte er, daß ein Schüler einem anderen einen Zettel zuflachte und ließ sich diesen aushändigen. Der Zettel enthielt die schriftliche Mitteilung der Dinge, die kurz zuvor Dr. Priole mit dem Schüler getrieben hatte. Die Angelegenheit wurde dem Direktor der Schule vortragen, der den Schamigen sofort vom Amt suspendierte, worauf Dr. Priole flüchtete. Er hat sich nach Bernrode am Harz abgemeldet, ist dort aber nicht eingetroffen.

Entsprechend der allgemeinen Schulpolitik des preussischen Staates wird an diesem Gymnasium natürlich nur Lehrer mit vollständigem „nationalen“ Empfinden und dorschristmäßigem Christentum. Aber, wie Figura zeigt, schützt beides nicht vor den Anfechtungen des Teufels.

Grubenunglück im Ruhrrevier.

Auf der Zeche Viktoria bei Kupferdreh ereignete sich Dienstagmorgen bei Beginn der Schicht ein schwerer Unglücksfall. Durch verbotswidrige Benutzung eines Förderhahpels zum Einfahren in einen blinden Schacht wurden acht Bergleute, die sich auf dem Fördergestell befanden, schwer verletzt. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der Arbeiter, der die Maschine bediente, diese nicht in der Gewalt hatte. Sieben der Verletzten wurden dem Krankenhaus Bergmannsheil zugeführt. Einer von ihnen erlag bereits seinen Verletzungen. Ein anderer, der weniger schwer verletzt ist, konnte sich in seine Wohnung begeben.

Untergang eines dänischen Dampfers.

Bei der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa in Bremen ist vom Kapitän des Dampfers „Wildenfels“ folgendes drahtlose Telegramm eingetroffen: Dampfer „Elliptica“ aus Kopenhagen im Sturm auf 47 Grad Nord und 6 Grad West gesunken. Gerettet ein Passagier, zweiter Maschinist, ein Heizraum-Voh, fünf Matrosen, drei Heizer, Kapitän tot. Unterschrift Priole. — Die bisherigen Meldungen über den deutschen Dampfer „Wildenfels“, daß er auf der Reise nach Kalkutta im Meerbusen von Vidaha von einem Sturm überrascht sei und sich in Seerot befände, beruhigen danach auf einem Irrtum; es scheint sich vielmehr um den dänischen Dampfer „Elliptica“ zu handeln, dem der Dampfer „Wildenfels“ zu Hilfe eilte.

Eine ganze Familie vergiftet.

Von einem tragischen Gescheh ist die Familie des Milchhändlers Lüdders in Hamburg betroffen worden. Als Dienstagmorgen Kunden erschienen, fanden sie den Milchladen geschlossen. Man schöpfe Verdacht und ließ die Tür öffnen. In der Wohnung wurde die aus sechs Personen bestehende Familie bejinnungslos aufgefunden. Eine Tochter war bereits tot. Mann und Frau sowie die zweite Tochter wurden in bejinnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Der Zustand der anderen Kinder ist weniger bedenklich. Wahrscheinlich liegt Vergiftung durch verdorbene Speisen vor.

Eine typhuskrante Stadt.

Eine schwere Typhusepidemie rückt unter der Bevölkerung von Torre Nueva in der spanischen Provinz Granada große Verheerungen an. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sind erkrankt und auf drei Erkrankungen kommen zwei Todesfälle. Der Archdiok kann die Zahl der Verstorbenen nicht mehr aufnehmen und die Leichen der erst vor kurzer Zeit verstorbenen Einwohner müssen wieder ausgegraben werden, um den Opfern des Typhus Platz zu machen. Zahlreiche Häuser sind durch die Seuche gänzlich entvölkert worden. Schlechtes Trinkwasser soll die Ursache der furchtbaren Epidemie sein.

Kleine Notizen.

Selbstmord eines Fahnenjünfers. In der Nacht zum Dienstag hat sich der Fahnenjunker Hamacher vom Infanterieregiment Nr. 19 zu Gdrlich von einem von Lauban kommenden Personenzug überfahren lassen. Hamacher war sofort tot. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Der Herr Bankdirektor. Der erste Direktor der Breslauer Innungsbank Hugo Woodman ist Montagabend wegen dringenden Verdachts, sich des Betruges, der Unterschlagung und der Urkundenfälschung schuldig gemacht zu haben, verhaftet worden.

Gräßlicher Selbstmord. Nach einem vorausgegangenen Ehezwist begoß die Frau des Bergmanns Mader aus Hamburg ihre Kleider mit Petroleum und zündete sie an. Ehe der Ehemann auf das Hilffedehrei seiner Frau herbeieilte, hatte die Frau derartig schwere Brandwunden erlitten, daß sie kurze Zeit darauf starb.

Pockenkrankungen in Würzburg. Vor etwa 14 Tagen ist in Würzburg ein aus Spanien zugereister Arbeiter am Pocken erkrankt und wurde in die Isolierbaracke des Julius-Spitals aufgenommen. Am Montag ist nun bei zwei weiteren Personen und zwar bei einem Dienstmädchen und einem Mann Pockenkrankung festgestellt worden. Auch im Julius-Spital liegt eine Wärterin an der Krankheit danieder. Anfassende Vorsichtsmaßregeln sind getroffen.

Schiffsunlück an der Westküste Frankreichs. Aus Arcachon wird gemeldet, daß dort in der Nacht zum Dienstag die Schaluppe „Maria Magdalena“ von einer anderen Schaluppe überrennt worden ist. Dabei sind vier Mann von der Besatzung der „Maria Magdalena“ ertrunken.



Amol Hausmittel

Allgemein-Verchiedenes

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Arbeiter-Berufskleidung

Auto-Fahrerhülle

Bade-Anlagen

Bad Arn-Modell 104

Bad Central

Bad Hufeland

Bad Kaiser-Friedrich

Bad Lindenbad

Bad National

Bad Ostend

Passage-Bad

Reform-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Bandagen, Gummiwaren

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bäcker- u. Konditoreien

Bezugsquellen-Verzeichnis.

- List of various businesses including Bakeries, Breweries, Groceries, and more.

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

- List of businesses categorized by product type such as Kolonialwaren, Fleisch- u. Würstwaren, etc.

Vertical text on the far right edge of the page.

Kinderschutzkommission

der

Arbeiterschaft Berlins und Umgegend.

Die Zentralkommission für Kinderschutzangelegenheiten befindet sich Berlin SW 68, Lindenstr. 2, vorn 1 Treppe; Telefon: Amt Moritzplatz 14 629.

Meldestellen über Verhöfe gegen die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes, sowie über Mißhandlungen und Verwahrlosungen sind folgende:

Erster Kreis.

- Frau Emilie Richter, Berlin NW 6, Karstr. 11 II.
Frau A. Kohn-Dart, Berlin, Am Kupfergraben 6a I.

Zweiter Kreis.

- Frau Elise Schjarth, Berlin SW 47, Bartenburgstr. 3, Hof IV.
Frau Emma Jakob, Berlin S 59, Graefestr. 88, v. II.
Frau Margarete Wojnowski, Berlin S, Kottbusser Damm 18/19.

Dritter Kreis.

- Frau Schröder, Berlin SW 68, Ritterstr. 58.

Vierter Kreis.

- Frau Emma Döhl, Berlin SO 36, Poststr. 44, Hof IV.
Frau Elise Pomary, Berlin O 17, Seymestr. 29, Hof II.
Frau Johanna Kullsch, Berlin, Göttestr. 4, Hof II.
Frau Dora Schmidt, Berlin O 34, Königsberger Str. 36, vorn III.
Frau Margarete Göge, Berlin, Rotherstr. 2, Hof IV.
Frau Anna Müller, Berlin, Pettenloferstr. 14.
Frau Elisabeth Brodel, Berlin, Pettenloferstr. 14.
Frau Berta Wolfgram, Berlin O 34, Strahmannstr. 8, vorn IV.
Frau Elise Draber, Berlin, Hufelandstr. 42, Hof parterre.
Frau Helene Pantray, Berlin, Lübbener Str. 23, Luerg. III.
Frau Maczmarck, Berlin SO, Mariannenstr. 37, vorn IV.

Fünfter Kreis.

- Frau Rosa Wolfstein, Berlin NO 43, Plegmannstr. 5, v. III.
Frau Anna Remig, Berlin NO 55, Jablonskistr. 27.
Frau Walter, Berlin NO 55, Raugarberstr. 38.

Sechster Kreis.

- Frau Minna Lohse, Berlin N 58, Oberberger Str. 20, v. IV.
Frau Seelbach, Berlin N 4, Invalidenstr. 138, v. IV.
Frau Emilie Schramm, Berlin N 58, Lygnerer Str. 25, Luerg. IV.
Herr Rudolf Guhn, Berlin N 58, Lygnerer Str. 29, Luerg. III.
Herr Fritz Wehle, Berlin, Korförster Str. 23, v. IV.
Frau Minna Weide, Berlin N, Ramlersstr. 5, v. III.
Frau Gertrud Neuwendorf, Berlin N, Stralunder Str. 67, v. IV.
Frau Marquardt, Berlin, Scheringstr. 9, Luerg. II.
Frau Hedwig Borait, Berlin, Pflügerstr. 1, v. IV.
Frau Helene Lorenz, Berlin, Gandelstr. 9, v. IV.
Frau Martha Joseph, Berlin, Gogolowskistr. 2, v. I.
Frau Kowalski, Berlin, Veusselstr. 48, Seitens. II.
Frau Dorothea, Berlin, Wilhelmshafenstr. 48, Seitens. IV.
Frau Spangenberg, Berlin, Müllerstr. 178, Gf. IV.
Frau Anna Schaubert, Berlin, Soldiner Str. 13, v. IV.
Frau Marie Majow, Berlin N, Koloniestr. 25, I.
Frau Alara Waldhauer, Berlin N, Nischenwalder Str. 6, v. IV.
Herr Wilhelm Oeder, Berlin, Antwerpener Str. 43, Luerg. I.
Frau Helene Kollita, Berlin N, Müllerstr. 139a, Hof part.
Frau Hinte, Berlin, Fehrbelliner Str. 3, v. III.
Frau Scholz, Berlin, Wiesenstr. 6.

Teltow-Deeslow-Charlottenburg.

Vorsitzende: Frau Elfriede Rymed, Baumshulenkweg, Kieffholzstr. 190.

Kontrollurinnen resp. Kontrollenre:

- Mörsdorf, Herr Ernst Rünberg, Waldstr. 56 I.
Alt-Glienitz, Frau Dörce, Köpenicker Str. 6.
Baumshulenkweg, Frau Vina Dieking, Schraderstr. 15 II.
Bris, Frau Anna Schüge, Kochowstr. 2 III.
Charlottenburg, Frau D. Wade, Kaiserin-Augusta-Allee 52.
Köpenick, Frau Emma Kalsche, Freiheit 11.
Friedenau, Frau Marie Grüneberg, Albestr. 26.
Johannisthal, Frau Gonschur, Parkstr. 6.
Grünau, Frau Lantow, Jägerstr. 20.
Königs-Wusterhausen, Frau Haug, Lindenwalder Str. 4.
Groß-Lichterfelde-West, Frau Jähle, Chausseestr. 75a.
Lantow, Frau Rosa Rodrad, Charlottenstr. 47.
Mariendorf, Frau Weib, Chausseestr. 280.
Mariensfelde, Frau Greulich, Kirchstr. 68.
Nowawes, Frau Anna Reipert, Trumstr. 31.
Nieder-Schöneweide, Frau Anna Scheiblich, Sedanstr. 3 III.
Neukölln, Frau Lehmann, Donaustr. 52/53.
Frau Stange, Rindener Str. 54.
Frau Martha Hoerling, Plettenstr. 33 III.
Frau Lewett, Thomadstr. 28.
Frau Pöschel, Wildenbruchstr. 85 III.
Schöneberg, Frau Rosa Maurer, Goltzstr. 2.
Steglitz, Frau Arnold, Steinstr. 10.
Tempelhof, Frau Martha Huf, Berliner Str. 127, St. III.
Tropitz, Frau Vina Cohn, Boudoirstr. 15 IV.
Wilmerdorf, Frau Elise Vahr, Duisburger Str. 2.
Zehlendorf, Frau Simon, Heidestr. 21.

Niederbarnim.

- Kreiszentralmeldestelle: Frä. Johanna Schulze, Alt-Bozhausen 1a.
Bernaau, Frau Auguste Vogbahn, Weinbergstr. 57a.
Bozhausen, Frau Anna Bergemann, Rauhstr. 35.
Buchholz, Martha Risch, Banstr. 6.
Friedrichsfelde, Anna Gebhardt, Waldseeferstr. 43.
Friedrichshagen, Frau Selma Schwarz, Seefstr. 88.
Hohen-Schönhausen, Frau Marie Wolgast, Briegeener Str. 19.
Karlshorst, Frau Alara Weib, Junker-Jörg-Str. 8.
Kaulsdorf, Hulda Töpfer, Viehdorf, Dorfstr. 53a.
Lichtenberg, Frau Anna Grönemwald, O 112, Kroffener Str. 18.
Frau Auguste Schüge, O 112, Döfestr. 22.
Frau Elise Scheidenhuber, O 112, Neue Bahnhofstr. 1, v. V.
Nieder-Schönhausen, Frau Margarete Borchert, Wlanenburger Str. 63.
Ober-Schöneweide, Frau Berta Ruche, Wilhelmminenhofstr. 13.
Oranienburg, Frau Elise Born, Munde, 17.
Pankow, Frau Binzmann, Breitestr. 46.
Reinickendorf-NÖ, Frau Margarete Chemnitz, Probinzstr. 102.
Reinickendorf-West, Frau Martha Ehler, Berliner Str. 108.
Rosenthal, Frau Alma Dellwig, Nieder-Schönhausen, Sachsenstr. 8.
Schöneiche, Frau Reiz, Richtenau bei Friedrichshagen, Rolkestr. 18.
Tegel, Frau Berta Domaschke, Am Bahnhofplatz 1.
Waldmannsluf, Frau Frieda Jorß, Hermsdorf, Wilhelmstraße.
Weißensee, Frä. Luise Schler, Langhansstr. 136.

Aus allen übrigen Teilen des Kreises sind sämtliche Meldungen direkt an die Zentralkommission: Frä. Johanna Schulze, Berlin O 112, Alt-Bozhausen 1a, zu richten. In dringenden Fällen: Telefon Rgt. 3912.

Parteiangelegenheiten.

Neukölln. Heute abend findet bei Partisch, Hermannstr. 49, die Versammlung der Jugendaktion statt. Genosse Richard Seidel hält den ersten Vortrag über: „Weltverderbung und Abstammung.“ Dieser Vortrag ist auf zwei Abende berechnet; wir bitten alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, die Versammlung zu besuchen.

Steglitz. Heute abend von allen Bezirkslokale aus Handzettelverbreitung.

Köpenick. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, beginnt im Kleinen Saale des Stadttheaters der Vortragskursus über die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung. Teilnehmertarten für alle vier Abende sind zum Preise von 30 Pf., an der Kasse zu haben. Nächster Vortragsabend am 4. März.

Berliner Nachrichten.

Rummel.

Sie machen eine eigenartige Umwandlung durch. Ehemals nur im Osten, Norden und Süden, jetzt im Zentrum der Stadt, ja sogar im Westen.

Als sich der Handel entwickelte, bildeten sich Plätze, besonders in der Nähe der Burgen, wo die Kaufleute die Waren gegenseitig austauschen konnten. Dieser Austausch vollzog sich immer an bestimmten Tagen oder Wochen im Jahre und es entstanden die Märkte und Messen. Nach dem Geschäft wollte man auch etwas Zerstreuung haben. Allerhand Spazmacher und Künstler schlugen nun dort ihre Zelte auf und der Rummelplatz war fertig. So ist es heute noch. Die Jahrmärkte und Messen bestehen, wenn auch in anderer Form, bis auf den heutigen Tag. Die fahrenden Künstler sind auch noch dabei. Nebenher verstanden es auch die Schützengesellschaften, sich die Beliebtheit dieser fahrenden Leute nützlich zu machen, indem sie ihnen auf den Schützenplätzen Unterkunft gewährten und die Schützenfeste so zu wahren Volksfesten gestalteten.

In der Provinz führen die Jahrmärkte- und Vogelschießrummel ein besseres Dasein als in der Großstadt. Im Jahre ein- oder zweimal zur Stelle, bieten sie eine angenehme Abwechslung in dem Einerlei der Kleinstadt. Man spart dort schon lange vorher, um sich dann nach Herzenslust zu amüsieren. Die naive Soldatenpielerei der Schützen belächelt man. Den ganzen Klambim beachtet man nicht, sondern man geht mit Kind und Regel auf die Vogelwiese und freut sich des bunten Lebens und Treibens. Man läßt die Kinder Karussell fahren, an der Schießbude zeigt man seiner Ehehälfte, daß man auch noch treffen kann — oder nicht, und zum Schluß geht man in die Würstelbude. Aus Stadt und Land strömt jung und alt zusammen. Besonders die Landbewohner lassen die Festtage nicht so vorüber gehen. Sie stellen das Hauptkontingent derer, die in die Buden strömen, wo exotische Menschen, exzentrische Kunst und Experimente aus der vierten Dimension gezeigt werden. Das ist was für die Kleinstädter und Landleute; so was bekommen sie nicht alle Tage zu sehen. Ein bißchen „froh“ geht es halt auch zu, das heißt: man ist eben ausgelassen und weniger steif als sonst.

Der händige Rummel in der Großstadt entbehrt dieser kleinstädtischen Urvüglichkeit. Die glänzenden amerikanischen Vergnügungsparks sind ein ganz modernes Genießes, und in den noch existierenden Rummels alten Stils grinsen einem der Hunger und die Not an. Die vielen Buden gehören meist einem Besitzer. Die Angestellten werden mit Bettelstimmchen abgepeist. Die Besucher bilden hier meist junge Leute. Der Erwachsene kennt den Schwindel. Er weiß, daß hinter den hochtönenden Reden des Impresario nichts steckt, daß der Neger auf dem Podium kein Menschenstesser, sondern ein ganz gewöhnlicher Europäer ist — ehemals Portier in einem Kino. Den jungen Mann locken die blutrünstigen Wiber, die gruseligen Töne und schauerlichen Anpreisungen. Es ist auch ein Stück Schund, was allgemein geboten wird auf diesem Gebiete.

Wohltätigkeit.

Vor etwa einer Woche stand im „Berliner Lokal-Anzeiger“ eine Annonce:

Helferin für Kinderhort gesucht. Nachmittags 3—7 Uhr. Gehalt 30 Mark monatlich. Meldungen 10—11 Uhr vormittags im Vereinsbureau, Schaperstr. 34, 1 Treppe.

Von einer jungen Frau, die sich dort meldete, da sie wegen längerer Arbeitslosigkeit ihres Mannes gern selbst etwas verdienen möchte, erhalten wir folgende Darstellung:

„Ich fuhr mit der Straßenbahn bis zur Schaperstraße. Als ich das Haus betrat, sah ich, daß bereits die ganze Treppe bis zur ersten Etage hinauf voller Frauen und Mädchen stand. Diese schienen in ziemlicher Aufregung zu sein. „Hörst, was hier verlangt wird, hohe Schulbildung, Examen usw. alles für 25 Pfennige in der Stunde! So scholl es mir entgegen. Als ich das hörte, wollte ich schon wieder umkehren; ich entschloß mich aber doch zu bleiben und wurde auch bald durch ein junges Mädchen ins Bureau eingelassen. Drinnen empfing mich eine ältere Dame, die sich mir als die Vertreterin eines Privat-Wohltätigkeits-Vereins vorstellte, der in Berlin etwa 30 Kinderhorte unterhalte. Dann fragte sie mich: „Haben Sie eine höhere Schule besucht?“ Ich bejahte dies. „Na, das ist ja sehr schön. Haben Sie auch für die zum Unterricht und zur Anleitung der Kinder in Betracht kommenden Fächer, wie Handarbeiten und dergleichen ein Examen abgelegt? Wieleicht in einem Fröbelschen Institut oder sonstwo?“ Ich antwortete, daß dies nicht der Fall sei, und ich damit natürlich auch gar nicht gerechnet habe, daß so etwas verlangt werde, da ich mich sonst gar nicht erst gemeldet hätte. Im übrigen aber setzte ich hinzu, daß ich trotzdem in allen Handarbeiten sehr geübt wäre und darauf auch schon in der Schule eine Prämie erhalten habe. „Wenn die Sache so liegt,“ erwiderte mir die Wohltätigkeitsdame, „dann kann ja leider eine Anstellung nicht erfolgen, jedoch bietet ich Ihnen an, bei uns als Hospitantin einzutreten. Sie hätten nur drei Monate unentgeltlich Dienst zu tun, und später könnte ja noch einmal über die weitere Beschäftigung gesprochen werden. Sie könnten dann gleich in den nächsten Tagen mit Ihrer Tätigkeit in einem Kinderhort im Norden Berlins beginnen.“ Ich bedeutete der Dame, daß ich leider nicht so gestellt sei, von ihrem Anerbieten Gebrauch zu machen, da meine Verhältnisse es bedingten, daß ich wenigstens etwas zum Lebensunterhalt verdienen müsse, und damit war unsere Unterredung zu Ende. — Wäre es

aber nicht wenigstens ein Gebot des Anstandes, daß die Bedingungen zur Anstellung oder Beschäftigung gleich in der Annonce mitgeteilt worden wären? Ich habe, abgesehen von der veräumten Zeit, 20 Pf. Fahrgehalt ausgehen müssen, die rechnen jetzt bei uns sehr, und das wird, wie ich glaube, bei allen den anderen Frauen und Mädchen, die sich gleich mir um die Stellung als „Helferin“ bemüht haben, auch der Fall sein.“

Daß auf jede mögliche Weise versucht wird, „Helferinnen“ für wenig oder gar keinen Lohn zu erhalten, geht daraus hervor, daß vor etwa 14 Tagen eine ähnliche Annonce in derselben Zeitung stand:

Helferin für Wohltätigkeitsverein. Nachmittags 3—7 Uhr. Gehalt 30 Mark monatlich. . .

Offerten wurden unter einer Chiffre nach einem Postamt des Westens erbeten. Die Damen, die sich in der vornehmen Gesellschaft durch ihre Veranstaltungen ein Ansehen auf Kosten anderer armer Leute verschaffen wollen, mögen auch ihre Arbeiten selbst verrichten, wenn sie nicht geneigt sind, für ein ehrlich erworbenes — wohl gar ergründetes — Können auch einen dementsprechenden ehrlichen Lohn zu zahlen.

Fürsorge für Lungenkranke.

Ein anschauliches Bild von der Tätigkeit des Zentralkomitees der Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke, Alkohol- und Krebskranke in Berlin gibt der soeben erschienene Jahresbericht des Geh. Rat Pütter, Direktor der Igl. Charité für 1913. Besonderen Wert legt dieser auf die Wohnungspflege. Die Tuberkulose, unstreitig eine der weitverbreitetsten und gefährlichsten Krankheiten, ist eine Wohnungskrankheit, mit anderen Worten, die Übertragung der Tuberkulose findet fast ausschließlich in den Wohnungen, Familien oder Arbeitsstätten statt. Schon die kleinsten Kinder sind ihr ausgelegt. War doch die Gefährdung der Säuglinge durch die Tuberkulose in den Wohnungen der Ausgangspunkt dieser sozialen Tuberkulosebekämpfung durch Pütter in Halle a. S. Die ungeheure Säuglingssterblichkeit in Deutschland beruht zum großen Teil auf der geringen Wohnungspflege und der dadurch beförderten Übertragung von Krankheiten. Die Wohnungspflege ist ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, der Tuberkulose und des Alkoholismus. In der Fürsorge des Zentralkomitees befanden sich 1913 aus lungenkranken Familien 27 184 Personen und zwar 12 177 Kinder, 9 569 Frauen usw., die in 13 000 Wohnungen lebten. Diese Zahlen sprechen mehr als Worte es vermögen. Alkoholiker wurden 1913 rund 15 000 behandelt. Anfang dieses Jahres waren noch 1303 in der Fürsorge des Verbandes. Die Fürsorgestellen des Verbandes wurden außerdem von 285 Krebskranken besucht. — Die Einnahmen des Zentralverbandes betrugen 1913: 156 346 M., darunter 50 000 M. von der Stadt Berlin. Die Ausgaben beliefen sich auf rund 131 000 M., darunter 13 000 M. für Hauptpflege, Desinfektion usw. von Wohnungen und 57 000 M. für Bewe der Kranken, 20 650 M. für Honorar der Ärzte, 41 156 M. für Befolgung der Fürsorgeschwestern usw. Die Fürsorgestellen des Verbandes befinden sich in der Charité, Schumannstr. 21, Waterloo-Über 7, Palfadenstr. 25 und Jonskirchstraße 9, und stehen allen Lungen-, Alkohol- und Krebskranken offen.

So nützlich die Tätigkeit des Zentralkomitees ist, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß vorzuziehende Maßnahmen die besten sind zur Bekämpfung der Tuberkulose. Hierzu gehören aber in erster Linie die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft auf Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, bessere Löhne und längere Arbeitszeit und der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Lebensmittelvertreuer.

Aus der Praxis der Berliner Armenverwaltung.

Wir waren schon öfter gezwungen, die Rücksichtslosigkeit der Berliner Armenverwaltung bei der Geltendmachung von Erbschaftsansprüchen gegenüber von erbschaftlichen Verwandten zu rügen, eine Rücksichtslosigkeit, die sich nicht einmal durch die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen rechtfertigen läßt.

Ein für das Vorgehen der Armenverwaltung typischer Fall mag hier kurz geschildert werden: Ein mehr als 80jähriger Mann erhält eine Armenunterstützung von 15 M. monatlich. Durch keine Hilfeleistungen beim Zigarrenmachen verdient er etwa 5 M. monatlich. Wohnen tut der alte Mann bei seinem 52 Jahre alten verheirateten Sohn, der ihm nicht nur freie Wohnung gibt, sondern auch des zum Lebensunterhalt fehlende beisteuert. Dieser Sohn hat ein Einkommen von 175 M. monatlich, wovon er an Versicherungsbeiträgen monatlich 15 M., an Arztkosten für seine an einer chronischen Krankheit leidende Frau monatlich 13 M. vorweg zahlen muß. Zieht man alsdann noch Miete und Steuern ab, so verbleiben zum Unterhalt der Familie rund 100 M. für den Monat. Nun hat der Sohn sich noch bereit erklärt, an die Armenverwaltung monatlich 7,50 M. abzugeben, er hat mit der Abzahlung auch bereits begonnen.

Trotz alledem verlangt die Armenverwaltung von ihm Bezahlung des gesamten Betrages, der bisher an den Vater als Armenunterstützung geleistet ist, in Höhe von etwa 500 M. Da der Sohn das Geld natürlich nicht bezahlen konnte, ist gegen ihn Klage erhoben worden. Diese Klage wird ja abgewiesen werden müssen. Ist es aber einer Stadt wie Berlin würdig, in derartiger Weise die Bürger zu diskantieren und den Stadtsäckel mit unnötigen Prozeßkosten zu belasten?

Daß die Klage nicht durchdringen kann, ergibt sich aus § 1003 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Dort heißt es: „Unterhaltspflichtig — also auch erstattungspflichtig — ist nicht, wer bei Verdächtigung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung seines standesmäßigen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren.“

Man sollte endlich in Berlin davon abgehen, geschwundene Forderungen zu erheben. — Dem ganzen Vorgehen wird noch dadurch die Krone aufgesetzt, daß die Armenverwaltung in solchen Fällen formularmäßige Schreiben verschießt, in denen den Adressaten mit Unterdrückung in das Arbeitsbureau gedroht wird. Uns schweben da Gerichtsentscheidungen vor, die gegen Arbeiter aus dem Erpressungs- und Nötigungsparagrafen ergangen sind. Die Anwendung dieser Bestimmungen halten wir ja für ausgeschlossen, ebenso wie wir sie in den Fällen gegenüber im Lohnkampf stehenden Arbeitern für ungerechtfertigt gehalten haben.

Mindestens liegt aber in der Androhung eine grobe Beleidigung rechtschaffener Bürger. Will die Verwaltung nicht endlich mit diesem Verfahren brechen?

Wer will die Milch verteuern?

Gegen unsere Betrachtungen über den neuen Milchrieg (in Nr. 51) wendet sich die Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten in einer uns überlieferten Zuschrift. Sie möchte uns überzeugen, daß wir in unserer Darstellung der Gründe und Absichten dieses Streites von falschen Voraussetzungen ausgegangen

feien. Es sei nicht wahr, daß die Landwirte die Milch verteuern wollen, vielmehr hätten sie sich seit vier Jahren den Verteuerungsplänen der organisierten Milchhändler und der sie führenden Firma Solle energisch widersetzt.

Wir geben der Interessengemeinschaft ohne weiteres zu, daß auch Milchpächter und Milchhändler einen möglichst hohen Profit herauszubringen suchen. Auch sie sind zur Preissteigerung bereit, wenn sie ihnen vorteilhaft und durchführbar scheint. Die Interessengemeinschaft hätte nicht nötig gehabt, uns in ihrer Zuschrift zu erzählen, welche diesbezüglichen Pläne die Händler in den letzten Jahren gehabt haben. In dem gegenwärtigen Milchkrieg aber sind wieder mal die Produzenten diejenigen, die zum Zweck der Vertreibung einer Schmälerung ihres eigenen Profits den Streit begonnen haben. Der an die Milchproduzenten der Mark Brandenburg gerichtete Aufruf der Interessengemeinschaft, den wir in in jenem Artikel erwähnten, sagte es ja mit dürren Worten, daß auf dem Berliner Milchmarkt dem angeblich drohenden allgemeinen Preissturz vorgebeugt werden soll. Die Interessengemeinschaft rief den Landwirten zur Einschränkung der Milchproduktion, indem sie warrend darauf hinwies, daß wenn der Ueberflutungsdruck des Berliner Marktes mit Milch nicht Einhalt geboten wird, wir bei der nächsten Winterperiode einen sehr viel niedrigeren Milchpreis in Berlin haben werden. Zeigt das nicht deutlich genug, worauf dieser neueste Milchkrieg wieder hinaus will?

Aber vielleicht wird die Interessengemeinschaft uns belehren, daß die Milchproduzenten nicht eine Verteuerung herbeiführen wollen, sondern nur die ihnen drohende Verbilligung abwehren möchten. Ach so! Diese Unterscheidung wird nur auf die Konsumenten wenig Eindruck machen. Wer wird glauben wollen, daß die Milchproduzenten, wenn sie die Verbilligung abgewehrt haben, nicht auch den weiteren Schritt zu einer Verteuerung tun werden? Hat erst die Interessengemeinschaft durch das jetzt von ihr probierte Mittel der Preisunterbietung die Pächter und Händler auf die Knie gezwungen, dann ist die Bahn frei für alle Verteuerungsgelüste der Produzenten.

Die neue Berliner Stadtbibliothek.

In der gestrigen Sitzung des Kuratoriums der Stadtbibliothek unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reiche, zu der auch Geh. Baurat Hoffmann zugezogen war, legte dieser die von ihm ausgearbeiteten Pläne des Neubaus der Stadtbibliothek vor. Gegenüber inzwischen aufgetauchten Projekten über eine anderweitige Verwendung des Bauplatzes beschloß das Kuratorium einstimmig, daß an dem Bau des Bibliotheksgebäudes auf diesem Grundstücke unter allen Umständen festgehalten werden soll. Im übrigen wurde eine Subkommission damit betraut, in Gemeinschaft mit dem Baurat Hoffmann für die Anordnung des Baues in seinen inneren Teilen Vorschläge zu machen.

Darlehen an Arbeitslose.

Zu unserer Notiz vom Sonnabend können wir noch Informationen aus dem Bureau der Armenverwaltung noch mitteilen, daß die Besuche um Darlehen schriftlich an die Armenverwaltung, Prüfungsstelle für Darlehen, Mühlendamm 1, zu richten sind. Die Besuche können ganz kurz sein, vielmehr in der Form: Unterzeichnete ersucht um ein Darlehen in Höhe von ... M., legt Namen, Beruf, Wohnung, Geburtstag, Jahr und Ort darunter. Die Bescheinigung der Organisation über die Dauer der Arbeitslosigkeit usw. kann beigelegt werden. — Die Armenverwaltung ist nach Angaben von dort bemüht, die Besuche, die nach Sichtung und Prüfung in der Prüfungsstelle den Armenkommissionsvorsitzenden zur Begutachtung zugefandt werden, so schnell wie möglich zu erledigen.

Getvölbeeinsturz im Neubau des Pergamon-Museums.

Auf dem Neubau des Pergamon-Museums an der Kleinen Museumstraße hat sich gestern vormittag kurz nach 9 Uhr ein schwerer Unfall ereignet. Aus bisher nicht ermittelter Ursache stürzte dort plötzlich ein Deckengewölbe, das sich etwa in der Höhe eines Stockwerks befand, mit großem Getöse ein. Ein Arbeiter namens Schibolsky wurde von den Steinmassen verschüttet und schwer verletzt. Er erlitt einen Oberschenkelbruch, schwere innere Verletzungen und erhebliche Kontusionen an den Armen. Ein zweiter Arbeiter, der sich in der Nähe von Schibolsky aufgehalten hatte, kam mit leichten Hautabschürfungen davon und konnte auf der Arbeitsstelle bleiben. Schibolsky wurde mit einem Krankenwagen in die Charité gebracht; sein Befinden ist ernst. Der Unfall hatte auch eine Alarmierung der Feuerwehre zur Folge. Es rückte der vierte Lösckzug an, doch konnte sich die Wehre auf die Aufräumungsarbeiten beschränken, da der schwerverletzte Arbeiter bereits von seinen Kollegen aus seiner gefährlichen Lage befreit worden war. Das eingestürzte Deckengewölbe hatte einen Umfang von 24 Quadratmetern. Zur Feststellung der Ursache des Einsturzes traf noch in den Vormittagsstunden eine Kommission ein.

Drei mutmaßliche Kindesmorde beschäftigen die Kriminalpolizei Unter Dachpappen verdeckt aufgefunden wurde von Bewohnern des Hauses Brunnenstraße 40 die Leiche eines Kindes, die schon stark in Verwesung übergegangen war. Die Polizei ermittelte die Mutter bald in einem 20 Jahre alten Dienstmädchen Helene W. und verhaftete es unter dem dringenden Verdacht des Kindesmordes. — Ein Radfahrer stieß in der Montagnacht gegen 12 Uhr in der Teltowstraße vor dem Hause Nr. 22 auf dem Fahrband gegen einen braunen, verführten Vopplarton. Als er ihn öffnete, fand er darin zu seiner Ueberraschung die Leiche eines neugeborenen Knaben. — Sobann fanden noch abends gegen 10 Uhr Bewohner des Hauses Scheringstraße 11 in einer Ecke des Hausflures ein Paket, das ebenfalls die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. In den beiden letzten Fällen gelang es der Polizei noch nicht, die Mütter festzustellen. Alle drei Leichen wurden beschlagnahmt und zur Bestimmung der Todesursache nach dem Schaubause gebracht.

Die Ausschusssitzung der Deutscher Arbeiter-Sängerbund (Gau Berlin und Umgegend). Der Ausschuss beschäftigte sich in seiner Sitzung am 22. d. Mts. mit der Wahl von vier Delegierten zur Generalversammlung des Bundes in Leipzig. Als Revisoren fungieren die Sangesbrüder Schmidt, Rädebusch und Buxty. Ein Antrag des Vereins „Solidarität“, den gedruckten Jahresbericht an alle aktiven Mitglieder zu liefern, wird abgelehnt. Der Vorsitzende machte Mitteilung von einem Schreiben des Bildungsausschusses, in welchem um die Mitwirkung einiger freigewordenen Chöre von Robert Schumann zum Vortrag kommen sollen. Ferner gab er bekannt, daß sich aus den maßgebenden, künstlerischen Ziele verfolgenden Organisationen und dem Bildungsausschuss eine Kommission gebildet hat zur umfassenden Regelung aller in Betracht kommenden Verhältnisse und beantragt die Beteiligung des Gauvorstandes an derselben. Dem wird noch eingehender Debatte ausgetauscht; die Vereine sind verpflichtet, dem Vorstande bis zum 28. d. M. eine Aufstellung ihrer geplanten Veranstaltungen einzufenden.

Vorortnachrichten.

An die westlichen Vororte!

Am Sonntag, den 1. März, mittags 12 Uhr, findet im „Albrechtshof“ in Steglitz, Albrechtstr. 1a, eine vom Steglitzer Wahlverein einberufene Volksversammlung mit dem Thema „Militarismus, Krieg und Wir“ statt. Referenten sind Genossin Dr. Rosa Eugenburg und Genosse Dr. Kurt Rosenfeld. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der westlichen Vororte werden ersucht, die Versammlung zu einer kraftvollen Demonstration gegenüber dem unerhörten Tendenzurteil der Frankfurter Strafkammer zu machen. Es gilt dem Kampfe für den Völkerrfrieden gegen Militarismus und Kriegshetze. Dem Volle allein muß das Recht zufließen, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin fehle deshalb, um seine Stimme für dieses wichtige Volksrecht zu erheben.

Charlottenburg.

Nachbewilligungen im Armenetat in Höhe von 100 000 M. beantragt der Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung. Die Nachbewilligungen sind erforderlich geworden, weil, wie es in der Begründung der Vorlage heißt, einmal die Lebensmittelsteuer, die sich gerade bei der minderbemittelten Bevölkerung ganz besonders fühlbar macht, nicht zurückgegangen ist, zweitens weil der Mangel an kleinen Wohnungen eine weitere Preissteigerung zur notwendigen Folge gehabt hat und drittens wegen der großen Arbeitslosigkeit, die nicht nur im Baugewerbe, sondern in fast allen für Charlottenburg in Betracht kommenden Industriezweigen herrscht; und die zurzeit noch andauert. Infolge dieser Umstände sind die Anforderungen an die Armenverwaltung erheblich gesteigert, und so erklärt es sich, daß bei zahlreichen Etatsnummern ein Mehrverbrauch eingetreten ist. Der Gesamtmehrbetrag wird voraussichtlich 183 400 M. betragen. Hierzu kommt noch ein bereits bewilligter Betrag von 40 000 M. Andererseits sind bei einigen Positionen Minderausgaben von zusammen 70 000 M. zu verzeichnen. Nachbewilligungen im Armenetat sind seit Jahren auf der Tagesordnung, weil der Etat der Armenverwaltung regelmäßig zu gering dotiert wird. Um so unbegreiflicher ist es, daß der Etatsauschuss von der für 1914 vorgesehenen Summe nicht weniger als 100 000 M. gestrichen hat. Man hofft diese 100 000 M. dadurch ersetzen zu können, daß man auf die Armenkommissionsvorsitzende dahin einwirkt, daß die zu gewährenden Vorunterstützungen nicht über das Maß dessen hinausgehen, was zur Hebung einer bringenden Postlage erforderlich ist. Als ob die Armenkommissionsvorsitzende nicht heute schon nur das Alternativenliste gewährten! Die Höhe der Ausgaben der Armenverwaltung hängt von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab, und auf diese haben die Armenkommissionsvorsitzende keinen Einfluß. Bessern sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht, dann wird die Streichung der 100 000 M. auf dem Papier stehen bleiben, in nicht zu ferne Zeit wird der Magistrat gezwungen sein, mit neuen Forderungen in beträchtlicher Höhe an die Stadtverordneten heranzutreten. Anstatt eine derartige Sparfahigkeit an falschen Orte zu treiben, sollten die städtischen Körperschaften sich bemühen, soweit es in ihren Kräften steht, zur Beseitigung der Ursachen der Inanspruchnahme der Armenverwaltung beizutragen. Eine richtige Wohnungspolitik, die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung, Maßnahmen gegen die Lebensmittelsteuer werden weit mehr zur Entlastung des Armenetats beitragen als eine Einwirkung auf die Armenkommissionsvorsitzende in dem Sinne, daß sie die Unterstühtungen noch geringer bemessen.

Neußölln.

Einen heitern Abend veranstaltet am kommenden Sonntag der Jugendauschuss in „Wartschs Feldchen“. Mitwirkende sind: Musik: Jugendorchester „Garten“, Regitation: Walter Kroeger, Gesang: Jugendheimchor. Außerdem gelangt zur Aufführung: Sommertag in der Försterei „Fragendebel“, Szene aus dem Wanderleben mit volkstümlichen Tänzen und Chorgesängen zur Laute. Beginn 5 1/2 Uhr. Billetts zum Preise von 20 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Jugendliche sind in den Jugendheimen und im Vorderrestaurant von Wartsch zu haben. Die Arbeiterkassette wird um zahlreichem Zutritt gebeten.

Vollstümliche Konzerte. Der nächste der von der Stadt Neußölln veranstalteten Kammermusikabende, ausgeführt von der Berliner Trio-Vereinigung, findet am Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Realschule, Bodinstr. 34-41, statt. Eintrittskarten: Saal nummeriert 50 Pf., Balkon nummeriert 30 Pf. sind zu haben in den Vorwärts-Expeditionen Redarstr. 2 und Siegfriedstr. 28/29 und an der Abendkasse. Es ist dies der letzte Kammermusikabend unter den für dieses Winterhalbjahr getroffenen Veranstaltungen.

Steglitz.

Die geheime Wahl scheint die Hausbesitzerpartei bei den diesmaligen Gemeindevahlen anzuwenden zu wollen — geheim insofern, als sie die Namen ihrer Kandidaten verheimlicht. Trotzdem und nur noch vier Tage von der Wahl trennen, ist die auf dem Rathaus herrschende Partei mit ihren Kandidaten noch nicht an die Öffentlichkeit getreten. Nachdem sich der früher so rührige „Mieterverein“ in seinem Kampf gegen die Sozialdemokratie manjetot „gesiegt“ hat, bleibt als einziger Gegner die Hausbesitzerpartei übrig, und aus ihrem Jaubern könnte man beinahe schließen, daß auch ihr schon das Herz bedeutend tiefer gerührt ist. Die Kandidatenfrage soll denn auch für die Herren recht schwierig sein, weil niemand den Mut zum Durchfall hat. Die ausscheidenden „Mietervertreter“ würden zwar gern für die Hausbesitzer (ihre „erbittertsten Gegner“ hieß es vor sechs Jahren) kandidieren, aber — nicht in der dritten Klasse. In der zweiten Klasse sich einfach „ernennen“ zu lassen, ist auf alle Fälle sicherer. So haben denn bis jetzt im ersten Wahlbezirk unsere Kandidaten Krug und Leimbach noch keine Gegner, mit denen sie sich messen könnten. Im zweiten Wahlbezirk, in dem wir mangels eines geeigneten Hausbesitzers keinen Kandidaten aufstellen konnten, hat die demokratische Vereinigung Herrn Oberst Wädke aufgestellt. Da die Sozialdemokratie das größte Interesse daran hat, die alles beherrschende Hausbesitzerpartei möglichst zu schwächen, hat der Sozialdemokratische Wahlverein beschlossen, im zweiten Bezirk für den Demokraten Wädke zu stimmen. Von der gewohnten Disziplin unserer Parteigenossen erwarten wir, daß sie diesem Beschluß einmütig nachkommen. Die paar Tage bis zur Wahl müssen unsere Genossen noch kräftig zur Agitation ausnützen, hauptsächlich aber für starken Besuch der am Freitagabend im „Albrechtshof“ stattfindenden Wählerversammlung sorgen. Tut jeder seine Pflicht, dann müssen bei den Wahlen am Sonntag, den 2. und Dienstag, den 3. März, unsere Kandidaten mit noch größerer Stimmenmehrheit als vor zwei Jahren gewählt werden und auch das Mandat des zweiten Bezirkes muß der Mehrheit entrisen werden.

Maricnsfeld.

Von einem traurigen Geschehnis ist der Vorsitzende unseres Wahlvereins, Genosse Karl Seiler, betroffen worden. Längere Arbeitslosigkeit zwang ihn, fern von der Heimat, in Bremen, seine Beschäftigung zu suchen. Am Montag mußte er von seinen Angehörigen telegraphisch zurückgerufen werden, weil eine Lungenerkrankung ihn plötzlich seine Frau im blühenden Alter von 28 Jahren hinweggerafft hatte. Vier unmündige Kinder trauern mit ihm um die so früh verlorene Gattin und Mutter. Die Beerdigung findet voraussichtlich am Donnerstag statt; näheres wird durch Inserat bekannt gegeben werden.

Rüdersdorf.

In einer von etwa 200 Personen besuchten Kommunalwähler-versammlung sprach Genosse Brühl über die bevorstehenden Gemeindevahlen. Der Referent kennzeichnete in seinem Vortrage die segensreiche Arbeit der sozialdemokratischen Vertreter. Leider sei es in hiesigen Orten mit seiner zahlreichen Vergewaltigung noch nicht möglich gewesen, sozialdemokratische Vertreter zu wählen. Das liege daran, daß die öffentliche Stimmabgabe die Wählerkassette in ihrem Handeln stark beeinträchtigt. Es sei indessen Pflicht der Arbeiterschaft, durch geschlossenes Vorgehen am Tage der Wahl den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Nur diesen sei es möglich, die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen.

Wahlfeldorf.

Wegen Ablauf ihrer Wahlperiode sowie durch Auslösung (Scheiden am 31. März d. J. drei event. vier Gemeindevereiter in der dritten Abteilung aus. Es sind dies der Genosse Grunow, Winkelmann, Schwarzburger und wahrscheinlich der Genosse Ruth.

Für die dritte Abteilung finden die Wahlen am Sonntag, den 3. März, von 11 1/2 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags statt.

Die dritte Abteilung ist in zwei Bezirke eingeteilt. Gebildet wird der erste Bezirk aus allen westlich der Schillerpromenade und Triniusstraße gelegenen Straßen, also der Watt-, Zabbert-, Kallepa-, Siemens-, Deul-, Helmholz-, Westend-, Edison-, Antoniuskirch-, Just-, Waldstraße bis zur Triniusstraße, Vorseealstraße, Juppelin- und Rathausstraße bis zur Triniusstraße, Goethe- und Bismarckstraße bis zur Schillerpromenade, Robelshof, Admignit-Elisabeth-Hospital sowie die westliche Seite der Schillerpromenade und der Triniusstraße. Der zweite Bezirk umfaßt alle östlich der Schillerpromenade und Triniusstraße gelegenen Straßen, also der östlichen Seite dieser beiden Grenzstraßen: der Groh-, Frischen-, Klara-, Rathäiden-, Rathenow-, Luitzen-, Laufener, Juppelinstraße von der Triniusstraße bis Frischenstraße, Goethestraße von der Schillerpromenade bis Luitzenstraße, ebenso die Bismarckstraße, die Rathausstraße von Schillerpromenade bis zur Frischenstraße, Waldstraße von Triniusstraße bis zur Ortsgrenze, Kessler-, Elah-, Kottmeier-, Hallenleben-, die ganze Wilhelminenhofstraße sowie den Ortsteil Ostend. Jeder Wähler übt das Wahlrecht in dem Bezirk aus, in dem er am 1. Dezember 1913 gewohnt hat. Für diese Wahlen gelten auch die im Januar d. J. zugestellten Wählerberechtigungskarten. Dieselben sind unbedingt aufzuheben und am Tage der Wahl als Legitimation mitzubringen. Der erste Bezirk wählt in der Turnhalle in der Wattstraße. Der zweite Bezirk in der Turnhalle der Frischenstraße. Bezirk 1 wählt vorläufig einen Richtungsweisen. Bezirk 2 wählt zwei Gemeindevereiter, davon muß einer ein Hausbesitzer sein.

Die Wahlen für die erste und zweite Abteilung finden am Montag, den 9. März 1914 in der Turnhalle in der Frischenstraße statt.

Leider ist es der Arbeiterschaft noch nicht möglich, wenigstens in die zweite Klasse eindringen zu können. Durch die am Ort anläufige Großindustrie findet eine recht trasse Klasseneinteilung statt, und zwar gehören der ersten Abteilung zwei Wähler, der zweiten ungefähr 300 Wähler, der dritten Abteilung dagegen 5500 Wähler an.

Hohen-Schönhausen.

Ueber die bevorstehenden Gemeindevahlen referierte in einer gut besuchten Wählerversammlung im Lokal von Meyer Genosse Beremuth. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag unterzog der Vorsitzende, Genosse Beremuth, die örtlichen Verhältnisse einer besonderen Kritik. Pflicht der Wähler sei es, alles daran zu setzen, um den sozialdemokratischen Kandidaten der dritten Abteilung Karl Drews und Max Siebenwirth zum Siege zu verhelfen.

Wildau-Hohelchme.

Aus der Gemeindevvertretung. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1914 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 488 000 M. gegen 480 000 M. im Vorjahre. Die einzelnen Titel sehen sich u. a. zusammen:

Einnahme: Aus gewerblichen Unternehmen 30 800 (27 200) M., davon Gaderkauf 30 200 (26 500) M., Badeanstalt 600 (700) M., Gemeindesteuern: a) direkte: 181 860 (120 976) M., und zwar Einkommensteuer der Rentner 26 000 M., Einkommensteuer der Rentner 37 500 M., Grundwertsteuer 41 000 M., Gewerbesteuer 27 185 M., Betriebssteuer 175 M., b) indirekte Steuern: Luftfahrts-, Umlag-, Hundesteuer 1275 (750) M., Schulverwaltung 6835 (6700) M., Volkshaus 4985 (4920) M., Fortbildungsschule 4850 (4170) M., Armenverwaltung 220 M., Einmalige außerordentliche Einnahmen 253 000 M., Entschädigung des Kreises für Uebernahme der Chaussee Reuthen-Königs-Wusterhausen 50 500 M., Darlehen für Straßenbauten 204 300 M., Bestand aus dem Vorjahre 7000 (8000) M.

Ausgaben: Gemeindevverwaltung 15 175 (13 502,50) M., Kosten der Amts- und Standesamtsverwaltung 8 185 (8 300) M., Unterhaltung, Reinigung und Beleuchtung der Straßen und Plätze 8 250 (4 870) M., Feuerlöschwesen 980 (830) M., Schulverwaltung a) Volksschule 56 971,18 (55 013,28) M., b) Fortbildungsschule 7 665 (6 335) M., Verzinsung und Tilgung der Gemeindefschulden 10 218,96 (10 216,82) M., Armenverwaltung 3 690 (2 890) M.

Für Gemeindevetriebe 31 001,35 (26 447,44) M., darunter Gasankauf von Königs-Wusterhausen 28 551 M., einmalige außerordentliche Ausgaben für Straßenbauten 255 000 M.

Insgesamt und zur Abrechnung 10 868,50 (9 957,50) M.

An Steuern werden erhoben wie im Vorjahre Zuschlag zur Einkommensteuer 100 Proz., Grundwertsteuer 2 1/2, Bromide, Gewerbesteuer I, II Klasse 235 Proz., III, IV Klasse 200 Proz., Betriebssteuer 100 Proz. In den Straßenbaukosten werden die Anlieger auf Beschluß der Sitzung vom 17. d. M. mit 82 Proz. herangezogen. Soweit es sich um bebauten Grundstücke handelt oder auf ungebauten Grundstücken Gebäude errichtet werden.

Hermsdorf bei Berlin.

Sonntag, den 1. März, von vormittags 11 bis nachmittags 3 Uhr, findet die Wahl der dritten Klasse zur Gemeindevvertretung statt. Für unsere Partei kandidiert Genosse Karl Kunzig. Da augenblicklich die Würgerlichen in zwei Lager getrennt sind, stehen uns zwei Kandidaten gegenüber. Es gilt diesmal den Gegnern ein Mandat abzunehmen, um dann mit vier Vertretern die dritte Klasse ganz zu besetzen. Verächtlichigt man die Zusammenfügung der Bevölkerung, so wird es der äußersten Anstrengung bedürfen, das Mandat zu erobern. Schon vor zwei Jahren hatte unser damaliger Kandidat nur einen geringen Vorsprung; hinzukommt, daß der Bevölkerungszuwachs sich noch weiter zu unseren Ungunsten verhalten hat. Unter den Bürgerlichen ist zurzeit ein bestiger Streit über den Ausbau der höheren Schule entbrannt. Die Forderungen hierfür geben unter Berücksichtigung unserer Verhältnisse ins Maßlose. Der Zuschuß für die höhere Schule, der gegenwärtig 98 000 M. beträgt, steht in keinem Verhältnis zur Steuerkraft. Der Ertrag der Einkommensteuer im laufenden Jahre weist nur 78 000 M. auf. Eine Verwirklichung dieser Pläne muß daher an der schlechten Finanzlage der Gemeinde scheitern. Das Einkommen-, Umlag- und Grundwertsteuer wird in diesem Jahre nach Mitteilungen des Gemeindevorstandes eine Mindereinnahme von rund 41 000 M. aufzuweisen haben. Der Interessent der „Hermsdorfer Boden-Aktiengesellschaft“ gegen die Gemeinde hat zu einer Verleumdungsklage geführt. Auf Erlauchen des Landrats strengte der Amts- und Gemeindevorstand gegen den Regierungsbaumeister Wehl, Direktor der „Hermsdorfer Boden-Aktiengesellschaft“, eine Verleumdungsklage an, die aber mit einem Vergleich endete. Mit welchen Mitteln und mit welcher Heftigkeit der Kampf von dieser Verleumdungsklage gegen den Gemeindevorstand geführt wird, erkennt man aus den schweren Vorwürfen. Da wird betont, der Gemeindevorstand habe in der Gemeindevvertretung wissenschaftlich die Unwahrheit gesagt, er habe Beschlüsse der Gemeindevvertretung gefälscht, dienstlich falsche Berichte erstattet, er habe vor zwei Jahren zur Gemeindevvertretung die sozialdemokratische Beisitzer in den Wahlvorstand gewählt wurden.

Strebsame Eheleute suchen in einem lebhaften Parteilort ein
Versammlungs-Lokal
 der Partei und Gewerkschaften
 zu pachten oder unter günstigen Bedingungen käuflich zu übernehmen. Verfügbares Kapital 4000.— Mark.
 Off. unt. P. 2. an die Exped. d. „Vorw.“ Berlin erbeten.

Möbel-Angebot.
 Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Anfragen: Postkarte 806. Postamt 27.
 Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Die reellsten und solidesten
MÖBEL
 liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger Straße 5, seit 33 Jahren die mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenspreisen und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen von 240 bis 10 000 M. am Lager.

Raucht
August Bebel-Cigaretten Ges. gesch.
 Nur Qualität
 Preis 2, 2½, 3 und 5 Pfg.
 Ueberall zu haben.
 General-Vertrieb für Deutschland Hagen i. W., Königstr. 15. Tel. 2767.
 Tüchtige eingef. Vertreter gesucht.

Garbáty
Cigaretten
Qualität

Spezialarzt
 Dr. med. Wockenfuß,
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise.
 Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.
 2 Zimmer und Küche sofort preisw. Lüneburger Str. 5.

Für Erwachsene ist Kufeke
 in Milch, Kakao, Suppen oder Gemüsen die bestgeeignete, leicht verdauliche u. nahrhafte Krankenkost.
Reuters Werke **Heines Werke**
 3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts

Stoffe
 für eleg. Massanzüge, Paletots
 Meter 4.—, 6.—, 8.— M.
 Damen-Kostümstoffe
 Meter 3.—, 5.—, 7.— M.
 Original englische Stoffe
 Meter 8.—, 10.—, 12.— M.
 Loden für Pelerinen, Anzüge
 Meter 2.—, 3.—, 5.— M.
 Reste günstigste Kaufgelegenheit.
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
 Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der Petrikirche.

Möbel-Ausstellung
 Ausstellung von neuzeitlichen Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen i. schlechter gediegener Geschmacksrichtung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kommission für vorbildl. Arbeiterwohnungen in Höfners Möbel-Engroshaus
 Berlin N. 201.
 Veteranenstr. 11, 12, 13.
 Besichtigung frei.
 Abgabe der kompl. Einrichtungen sowie einzelner Stücke zu ganz mäßigen Preisen.
 Ohne jede Anzahlung!!
 Keine Kassierer, keine Raten! Bettwäsche, Teppiche, Portieren, Bilder, Gardinen, Stores, Stepp- u. and. Decken.
MATZNER
 Aufelandstraße Nr. 41.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 25. Februar 1914.
 Anfang 8 Uhr.
Neues Operntheater (Kroß).
 Vaterland.
 Refe. Wilhelm Tell.
 Anfang 7½ Uhr.
Deutsches Künstler-Theater.
 Peterschens Mondfahrt.
 Anfang 4 Uhr.
Urania. Mit dem „Imperator“ nach New York.
 Anfang 8 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varieté-Lichtspiele.
 Anfang 8½ Uhr.
Eines Nollendorf-Theater. Varieté-Lichtspiele.
 Anfang 7 Uhr.
Hgl. Oberhaus. Siegfried.
Deutsches Oberhaus. Parfüf.
 Anfang 7½ Uhr.
Hgl. Schauspielhaus. Peer Gynt.
 2. Abend.
Deutsches König Heinrich IV. (2. Teil.)
Deutsches Künstler-Theater.
 Galard.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
 Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Winter in der Schweiz.
 Hofsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Der Verfall und Untergang des menschlichen Individuums.
 Refe. Galard.
Neues Operntheater (Kroß).
 Vaterland.
Kammermusik. Der Enob.
Königgräzer Straße. Scand.
Komödienhaus. Kammermusik.
Theater an der Weidendammer Brücke. Der zuletzt lacht.
Theater am Nollendorfplatz.
 König Gretl.
Kunstprielhaus. Die spanische Flöge.
Schiller O. „Woh dem, der lügt.“
Schiller Charlottenburg. Das Glück im Winkel.
Theater des Westens. Polenblut.
Montis Cyperntheater. Jung-England.
Berliner. Die einst im Mai.
Kleinere. Leichten Gehert.
Trionon. Anatoles Hochzeit.
Thalia. Die Langweiligen.
Residenz. Hohheit — der Franz.
Friedrich-Wilhelmsdänisches.
 Tränlein Tränlein.
Waldhalla. Die alte Weibern.
Herrnsfeld. Die von oben und unten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Hartstein, der Stolz der 3. Kompagnie.
 Anfang 8½ Uhr.
Neues Volkstheater. Einakter-Abend.
 Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Die lustige Puppe.
Berliner Gipspalast. Eisport.
Eines Nollendorf-Theater. Varieté-Lichtspiele.

Schiller-Theater O.
 (Wallner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Woh dem, der lügt.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Andreas Hofer.
Schiller-Theater
 Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Theater in der Königgräzer Straße
 7½ Uhr:
Brand.
Komödienhaus.
 8 Uhr: „Kammermusik“. 8 Uhr.
Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**
 Sonnt. Am. 3½, U.: Der liebe Augustin.
Theater a. d. Weidendammerbrücke
 8 Uhr: **Der zuletzt lacht...**
Fried. Wilhelmst. Theater
 Fel. Trullala — Gilbert.
 Raffenerstraße 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
 Sonntag, den 1. März, nachm. 3 Uhr:
Die Kino-Königin.
Deutsches Künstlertheater
 Sozietät.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasse: Nollendorf 1383.
 Mittwoch, 3½, Uhr:
Peterschens Mondfahrt.
 Mittwoch, 8 Uhr: **Cafard.**
 Donnerstag, 8 Uhr: **Cafard.**
Theater am Nollendorfplatz 5.
 8 Uhr: **Prinzeß Gretl.**
Residenz-Theater
 8 Uhr: **Hohheit — der Franz!**
 Musikalische Großfeste in 3 Akten von Arthur Landberger und Willi Wolf.
 Musik von Robert Winterberg.
 Morgen u. f. Tage: **Hohheit — der Franz!**
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 192.
 Radum. 3 Uhr, keine Preise!
Wilhelm Tell.
 Abends 8 Uhr:
Kinder der Großstadt.
 Donnerstag:
Die Maschinenbauer von Berlin.
Metropol-Theater.
 Abends präzis 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

URANIA Taubenstr. 48/49.
 4 Uhr:
 Mit d. „Imperator“ nach New York.
 8 Uhr:
Winter in der Schweiz.
 Hofsaal: Dr. W. Berndt:
 Der Verfall und Untergang des menschlichen Individuums.
Trionon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.
Reichshallen-Theater
 Stettiner Sänger
 Zimmer No. 13.
 Urkomische Burleske.
 Anfang 8 Uhr.
 Nächsten Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen:
„Bosco“.

Voigt-Theater
 Badstraße 58.
 Mittwoch, den 25. Februar:
Romeo und Julia.
 Trauersp. in 3 Akten v. W. Shakespeare.
 Raffenerstraße 7 Uhr. Anf. 8½, Uhr.
 Montag, 2. März, Benefiz für Lissy Peters: Er u. seine Schwester.
Passage-Panoptikum.
 Die wilden Feuerfresser
 in ihren fanatischen Martern.
Mister Rappo, der Ausbrecherkönig.
Unfesselbar!
Lebend!
 Ohne Extra-Entree.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
 Täglich 8½, Uhr:
Das erste Ehejahr.
 Hofsaal in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt.
Walhalla-Theater.
 8½, Uhr: **Tangosieber.**
 Gr. Hofe m. Gel. u. Tanz in 3 Akten von G. Urban. Musik u. Duzo Hertz.
Brauerei Friedrichshain
 Sonntag, den 1. März 1914
 Anfang 5 Uhr:
Jubiläumssfeier des bel. Festwirts Schorch Ehrngruber.
Das gr. bayr. Bockbierfest
 4 Kapellen — Jubiläumsgeschenke etc. etc.
Ausscheiden! Vorzeiger dieses Inserats hat nur 30 Pf. statt 50 Pf. Entree zu zahlen.

„Clou“ :: Berliner ::
 Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91
Konzerthaus
Großes Doppel-Konzert!
 Musikkorps d. Garde-Füsiliers-Regiments Dirig. Oberm. Dippel und Tegerenseer und Zillerthaler Musikanten, Dirig. Hans Starp.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
 An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

Neue Welt.
 Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
 Heute Mittwoch, den 25. Februar:
Elitetag. Prämierung der ähnlichsten Herren-Zwillinge.
 Drei bare Geldpreise: 30, 20, 10 Mk.
 Legitimation ist mitzubringen.
 Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
 Anfang 7 Uhr. 6 Kapellen. Entree 30 Pf.
Im neuen Saale: Großer Ball.
 Voranzeige! Morgen Donnerstag, 26. Februar:
Große Schweinebraterei.

Zirkus Alb. Schumann.
 Heute Mittwoch, d. 25. Februar, abends 7½, Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
 U. a.:
Tabletardo,
 österr. Vollbluthengst, in der hohen Schule geritten von Dir. Alb. Schumann.
Original Little Freds
 Akrobat u. kunstreit. Hunde.
Therese Renz, dreierste Elefant und Pony.
Ku-Ka-Di — Goldmephisto
 und die übrigen Attraktionen.
 Um 9½, Uhr:
 Das gr. Ausstattungst. i. 7 Bildern
„Tipp“
 der Derby-Favorit 1914.

Zirkus Busch.
 Heute Mittwoch, den 25. Febr., abends 7½, Uhr:
Nur noch 4 Tage
 Ed. Waiffs
Terrier am Trapez.
 Ferner **Die Uessens** in ihrem akrobatischen Gleich „Artistenkinder“.
 Zum Schluss:
„Pompeji“.
 Orig. Ausstattung-Pantomime des Zirkus Busch in 5 glänz. Akten.

WINTERGARTEN
 Letzte Woche!
Madge Lessing
 und **Fred Wright**
Grock u. Lole Perceotti-Truppe
 Jongleurszene
 Komisches „Un souper“
 Musik-Duo „ches Maxim“
 und die von Publikum und Presse glänzend beurteilten Februar-Attraktionen!
 — Rauchen gestattet! —

Nur kurze Zeit!
Zirkus Barum-Schau.
Eröffnung
 der diesjährigen Frühjahrs-Saison
 in den Gastspielorten
Weißensee Pankow Neukölln Wilmersdorf
 etc.
 demnächst.

Apollo-Theater.
 Tel.: Lützow 2757.
 8 Uhr. Zum 65. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
 mit **Hartstein.**
 Sagen ohne Panie! Rauchen gestattet!
Admiralpalast.
 Eis-Arena.
 Täglich:
Die lustige Puppe.
 Großes Ballett auf dem Eis.
 Bis 6 Uhr und von 10½, Uhr ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Germania-Prachtsäle
 N. Chausseestr. 110. K. Richter.
 Jeden Mittwoch:
 Paul Mantheys
lustige Sänger.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Nachdem **Freitanz.**
 — Vorzugskarten gelten. —
 Jeden Donnerstag:
 Großes Militär-Strich-Konzert
 Muschl. Familienfräulehen.
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Der Kampf um den Arbeitsnachweis.

In Gewerkschaftskreisen ist der Frage der Arbeitsvermittlung nicht immer die gleiche Beachtung geschenkt worden, die ihr von Unternehmerverbänden und den Gegnern der Arbeiterbewegung entgegengebracht wird. Die Arbeiter haben zwar erbitterte Kämpfe um den Arbeitsnachweis geführt, aber im Unternehmerlager ist eine viel größere Einseitigkeit der Anschauungen über diese Frage vorhanden, auch eine viel größere Kampfeslust zur Eroberung oder Verteidigung des einseitigen Unternehmernachweises. Diese geschlossene Kampffront der Unternehmer hat auf die Gestaltung des Arbeitsnachweises in Deutschland einen starken und zwar recht unheilvollen Einfluß ausgeübt; sie beherrschen in der Groß- und Schwerindustrie den Arbeitsnachweis fast völlig und sind unablässig bemüht, diesen Einfluß auch in allen anderen Industrien durchzusetzen.

Doch die Häden der Scharfmacherpolitik werden nicht allein in diesen Bureaus der Unternehmerverbände und in den Redaktionen der Unternehmerpresse gesponnen, auch mancherlei sonstige Stellen, die nicht zu diesem Zweck geschaffen wurden, werden auf Umwegen dem Einfluß der Scharfmacher dienstbar gemacht. Besonders auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung zeigen sich in längerer Zeit Vorgänge, die auf gut organisierte Kulissenarbeit schließen lassen. Es hat sich herausgestellt, daß innerhalb der Reichsregierung eifrige Vorarbeiten getrieben werden für eine „Verbesserung der Arbeitsnachweisorganisation“.

Im November 1913 hat das Kaiserliche Statistische Amt dem Staatssekretär des Innern einen Bericht erstattet nebst einem Gutachten über diese beiden Fragen. In dem Bericht heißt es, daß es noch „eine Menge unnötiger Arbeitslosigkeit“ gibt, die durch besseres Zusammenarbeiten der bestehenden Arbeitsnachweisinrichtungen und durch ihren planmäßigen Ausbau beseitigt werden könnte.

Die Verbesserung der Arbeitsnachweisorganisation soll nach den Vorschlägen des Statistischen Amtes darin bestehen, allen nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen die gesetzliche Pflicht aufzuerlegen, über ihre Tätigkeit allmonatlich an das Amt zu berichten. Um diese Berichterstattung allen Arbeitsnachweisen zur Pflicht zu machen, soll auch eine Meldepflicht eingeführt werden, d. h. jede Errichtung, Verlegung oder Auflösung eines Arbeitsnachweises soll bei der Ortspolizeibehörde angemeldet werden.

Zur Reform der Vermittlungstätigkeit wird in dem Bericht der Vorschlag gemacht, „das gesamte Arbeitsnachweises nach einheitlichen Gesichtspunkten für das ganze Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reiches zurechtzulegen, zu organisieren“. Es soll zunächst drücker auf eine größere Zentralisierung der Arbeitsvermittlung, insbesondere auf eine engere Verbindung zwischen den verschiedenen Arten von Arbeitsnachweisen hingewirkt werden, mit dem Ziel, örtliche Arbeitsnachweisverbände und deren Zusammenschluß zu Landes- bzw. Provinzialarbeitsnachweisverbänden zu erstreben. Diese Verbände sollen die Aufgabe haben, „durch regelmäßigen Austausch von Kataloglisten und lädenlosen Ausbau des Arbeitsnachweises einen besseren und schnelleren Ausgleich zwischen Stadt und Land bzw. zwischen den verschiedenen Gebietsteilen und Erwerbszweigen innerhalb des bestehenden Wirtschaftsgebietes herbeizuführen“.

Es soll nicht bestritten werden, daß solche Vorschläge an sich ihre Berechtigung haben mögen, in der Organisation des Arbeitsnachweises ist noch manches verbesserungsbedürftig. Aber für wirkliche Reformen auf diesem Gebiet wird überhaupt für jegliche Garantie einer wahrhaft unparteiischen Arbeitsvermittlung muß die Forderung erhoben werden, daß den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung des Nachweises gesichert wird. Es muß weiter gefordert werden, daß der Ausgleich zwischen Stadt und Land nicht in einer zwanngewise Verschickung der städtischen Arbeitslosen nach den Landbetrieben usw. erblickt wird. Es läme dabei nicht nur die Freizügigkeit der Arbeiter in Gefahr, sondern auch der Einfluß der Arbeiter bzw. deren Organisationen auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ein Arbeitsnachweis ist nicht die Stelle, wo über die Freizügigkeit entschieden werden kann. Ebensovienig dürfen Zwangsmittel bei der Befolgung von Arbeitsplänen mit rückständigen Löhnen usw. zur Anwendung kommen. Mit solchen Mitteln kann die Arbeitslosenfrage und die Beseitigung der „unnötigen Arbeitslosigkeit“ nicht gelöst werden. Wenn man sich jedoch die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom Januar und Februar 1913 vergegenwärtigt, erscheinen solche Ziele keineswegs als ausgeschlossen, wie ja auch ein Ministerialerlaß vom 18. Dezember 1912 die deutsche Arbeiterzentrale (früher Feldarbeiterzentrale) auf die gleiche Stufe mit den gemeinnützigen Arbeitsnachweisen gestellt hat, der von den Behörden jede mögliche Förderung zu erteilen sei. Demnach geht das Interesse der preussischen Regierung an der „Verbesserung des Arbeitsnachweises“ ohne Zweifel dahin, durch die systematische Abschickung der städtischen Arbeitslosen der Leutenot der ostelbischen Junker abzuwehren. Die Regierung unterstützt auch die Landwirtschaftskammern bei der Errichtung von Arbeitsnachweisen und Arbeitsnachweisverbänden, und sie schenkt ihre Gunst vornehmlich dem preussischen Arbeitsnachweisverband, weil dieser nicht die paritätische Verwaltung, sondern die von ihm selbst zu bestimmende — „unparteiliche“ der Arbeitsnachweise in den Vordergrund stellt. Wer ist so naiv, daß er hier den Pferdeschuh nicht merkt?

Aber nicht allein von dieser Seite wird der paritätischen Verwaltung der Arbeitsvermittlung der Krieg erklärt. Die Parität allein verbürgt den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht; sie muß daher als das einzige Mittel angesehen werden, den Mißbrauch des Arbeitsnachweises im einseitigen Unternehmerinteresse zu verhindern. Das wissen diese sehr gut, daher richtet sich ihre Hege in gleich bestiger Weise auch gegen die auf Grund von Tarifverträgen oder sonstiger Vereinbarung von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam errichteten paritätischen Arbeitsnachweise. Selbst im Verband Deutscher Arbeitsnachweise, der unter der Leitung des bekannten Dr. Freund steht, macht sich eine immer dreifache Gegnerschaft gegen solche vertragliche Regelung der Arbeitsvermittlung bemerkbar, was wohl darin seinen Grund hat, daß für diesen Verband eine ausgiebige „Subventionierung“ durch das Reich empfohlen wird. Einer der Wortführer dieser Richtung der Hamburger Oberlandesgerichtsrat Dr. Kaumann schrieb in der „Sozialen Praxis“ vom 20. Februar 1913:

„Es ist auch gar nicht wünschenswert, daß Scharfmacherarbeit auf Grund von Tarifverträgen weitere Verbreitung finden. Ein ruhiger Einberuf für die umfassende Organisation des

Arbeitsmarktes, die nur durch öffentlich-rechtliche Körperschaften bewirkt werden kann.“

In Wirklichkeit bedeutet dieser Standpunkt die Ausschaltung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter bei der Arbeitsvermittlung, was übrigens der genannte Jurist in der Praxis mit vollster Deutlichkeit bei gewissen Anlässen vertreten hat. Im Verband Deutscher Arbeitsnachweise gewinnt die gewerkschaftsfeindliche Richtung immer mehr Oberhand, erklärte doch selbst der liberale Stadtrat Dr. Fleisch in der bereits erwähnten Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses die Parität nur als eine Form, die niemals zur Hauptsache gemacht werden dürfe. Auf solche Weise wird natürlich die „Reform der Arbeitsnachweisorganisation“ nichts weiter sein als die Zurückdrängung der Arbeiterinteressen bei der Arbeitsvermittlung, und wenn das erst völlig durchgeführt ist, wird der Einfluß der Scharfmacher schon das übrige besorgen.

Der Bericht des Statistischen Amtes liefert den tatsächlichen Beweis dafür, daß es nicht bloß gegen die rein gewerkschaftlichen, sondern auch gegen die paritätischen Arbeitsnachweise geht. Es wird nämlich darin gesagt, daß sich wohl auf die öffentlichen Arbeitsnachweise eine behärdliche Einwirkung umföher ausüben lasse, aber „den Scharfmacherarbeiten gegenüber über vertragen solche Mittel, weil sie meist auf eigenen Fühen stehen, von den betreffenden Berufsverbänden oder Tarifgemeinschaften unterhalten werden, ihre völlige Unabhängigkeit aufrichtig wahren und häufig einseitige Interessen oder Nebenzwecke verfolgen, die sich mit der grundsätzlichen Unparteilichkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise und dem Interesse der Gesamtheit nicht decken. Der Bericht spricht in diesem Zusammenhang ferner von volkswirtschaftlich unnötigen oder gar schädlichen Arbeitsnachweisen, gegen deren Neuerichtung es zurzeit keine Handhabe gäbe....“

Und das nennt sich selbst „unparteilichkeit!“ Sowohl den bisher von den Arbeitern allein verwalteten gewerkschaftlichen als auch den von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam verwalteten paritätischen Arbeitsnachweisen wird einseitige Interessenvertretung oder die Verfolgung von Nebenzwecken nachgesagt, während die Mahregelungsbureaus der Unternehmer auch nicht mit einem Wort der Kritik bedacht werden. Wir wissen also, welcher Art die angelegte „Reform“ sein wird.

Das Statistische Amt verspricht sich von der Einführung einer Genehmigungspflicht für alle paritätischen, also nicht gemeinlichen oder staatlichen Arbeitsnachweise eine Besserung der jetzigen Verhältnisse. Das wäre natürlich eine bequeme Art, der Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften, sowie den so lädel angeordneten paritätischen Nachweisen das Lebenslicht auszublauen. Oder sollte uns etwa der Glaube zugemutet werden, daß von einer solchen Mahregel auch die Unternehmernachweise betroffen werden könnten! Daran glaubt ja selbst der Staatssekretär nicht; auch weiß er ganz genau, daß sich die Unternehmer eine „Genehmigungspflicht“ einfach nicht gefallen lassen. Darum hat er den Eifer des Statistischen Amtes sofort etwas gedämpft mit der lakonischen Bemerkung, daß es wohl mit einer Genehmigungspflicht für die paritätischen Arbeitsnachweise nichts sein dürfte. Aber die vorgeschlagene Meldepflicht findet der Staatssekretär akzeptabel und auch die Vorschläge zur besseren Organisation des Arbeitsmarktes erscheinen ihm „zum Teil ebenfalls zweckmäßig.“

So kann also die Kulissenarbeit ihren Fortgang nehmen. Wenn überhaupt etwas dabei herauskommt, ist es sicher ein weiterer Anebelungsversuch für die Arbeiter, eine Erschöpfung deren Interessenvertretung auf dem für sie so wichtigen Gebiete der Arbeitsvermittlung. Doch die Gewerkschaften werden auf der Wacht sein. So leicht, wie es sich manche Leute denken, ist es heutzutage denn doch nicht mehr, mit den Arbeitern nach Scharfmacherbelieben umzuspringen.

Aus Industrie und Handel.

Gegen das Einfuhrscheinsystem.

Das Einfuhrscheinsystem, das die Getreideaufuhr begünstigt und es den Getreideproduzenten ermöglicht, die Getreidepreise in voller Höhe auf die Preise zu schlagen, schädigt nicht nur die Konsumenten. Auch die deutsche Mühlenindustrie klagt über die Wirkungen dieses Systems; denn durch die Einfuhrscheine kann das Getreide billiger ins Ausland geliefert werden, dort wird es vermahlen und kommt zum Teil in Mehlform wieder nach Deutschland zurück. Dies Einfuhrscheinsystem begünstigt also die ausländische Mühlenindustrie auf Kosten der einheimischen. Besonders in den Grenzgebieten leiden die Mühlenunternehmungen unter diesen Umständen. So berichtet eine der größten ostpreussischen Gesellschaften, die Königsberger Walzmühle:

Das Jahr 1913 war wiederum für die ostpreussische Roggenmüllerei wenig günstig. Der anbauende Export des Roggens über die trodene, russische Grenze hält den hiesigen Marktpreis über dem Niveau des Verkaufspreises nach dem Westen und reduziert das dem hiesigen Markt zur Verfügung stehende Material von Jahr zu Jahr mehr. Trotz der (nach Statistik des Deutschen Landwirtschaftsraats) im Jahre 1913 erzielten Rekorderte in Roggen beliefen sich die Zufuhren an den Königsberger Markt vom 1. August bis 31. Dezember nur auf 35 339 Tonnen Roggen gegen 81 268 Tonnen Roggen im gleichen Zeitraum 1912, 100 890 Tonnen Roggen im gleichen Zeitraum 1911. Dieser Rückgang ist eine treffliche Illustration der Wirkung unseres Einfuhrscheinsystems. Es ist zu hoffen, daß die Einführung des geplanten Roggenzölles in Russland, wo ein Mehlzoll schon besteht, das Aufhören des Roggenexports über die trodene Grenze herbeiführt. Die sich immer mehr geltend machende Entblöhung des hiesigen Roggenmarktes hat auch weitere Kreise des hiesigen Getreidehandels von der Schädlichkeit des Einfuhrscheinsystems überzeugt, die früher Anhänger von ihm waren. Man beginnt einzusehen, daß nicht nur der russische Roggen ausbleibt, sondern auch ein erheblicher Teil der ostpreussischen Ernte dem Königsberger Markt entzogen wird.

Der Hinweis auf die früheren Anhänger des Systems trifft zugleich die Königsberger Handelskammer, die in ihrer Verantwortung des Einfuhrscheinsystems unter den übrigen Handelskammern fast allein steht.

Die Handelsbeziehungen zwischen Nord- und Südamerika.

Durch den Bau des Panamakanals beabsichtigen die Vereinigten Staaten neben anderem die Hebung ihres Außenhandels mit Mittel- und Südamerika. Zurzeit ist nämlich der Anteil der Vereinigten Staaten an der Aus- und Einfuhr Mittel- und Südamerikas geringer, als man für gewöhnlich annimmt. Europäische Länder sind mit weit größeren Ziffern am südamerikanischen Außenhandel beteiligt als die Vereinigten Staaten. In dessen hat sich in den letzten Jahren der Ausfuhrhandel der Union ausgesprochen amerikanischen Ländern zugewand. Das ergibt sich daraus, daß die Ausfuhr nach Lateinamerika (das ist Süd- und Zentralamerika mit Ausnahme der dortigen europäischen

Besitzungen, Mexiko, Kuba, Haiti und die Dominikanische Republik) von 1908 bis 1913 um 183 Proz. zugenommen hat gegen eine Ausfuhrsteigerung von nur 64 Proz. nach anderen Teilen der Welt. Diese außerordentliche Zunahme ist indessen mehr das Ergebnis vergrößerter Kaufnahmefähigkeit der lateinisch-amerikanischen Länder, als das des Steigens des Anteils der Vereinigten Staaten an ihrer Einfuhr. Der prozentuale Anteil der Union ist nämlich seit 15 Jahren auf 28 stehen geblieben; er hat also mit dem Wachstum der Einfuhr dieses Landes gerade Schritt gehalten. Von dem Wert der lateinisch-amerikanischen Gesamteinfuhr, die nicht aus den Vereinigten Staaten stammt, entfällt ein sehr großer Teil auf europäische Länder, unter denen Großbritannien an erster, Deutschland an zweiter und Frankreich an dritter Stelle steht.

Glücklicherweise man nun den Anteil der Union nach einzelnen Staaten Südamerikas, so ergibt sich folgendes: Die Vereinigten Staaten beherrschen schon vor zwei bis drei Jahren die Einfuhr nach Haiti und Honduras durch Lieferung von mehr als drei Vierteln vom Gesamtwert, desgleichen die Einfuhr nach Panama, Kuba, Mexiko, Nicaragua und nach der Dominikanischen Republik durch Lieferung von 51—59 Prozent des Gesamtimports. Ferner entfielen vom Import auf Herkunft der Ver. Staaten von Amerika: 41 und 46 Proz. in Guatemala und in Costa Rica; 28—36 Proz. in Ecuador, Kolumbien, Venezuela und Salvador. Bezeichnenderweise sind diese 13 lateinisch-amerikanischen Republiken, mit Ausnahme des der Union benachbarten Mexiko, fast sämtlich kleine und finanziell mehr oder weniger schwache Glieder der Panamerikanischen Union. Indessen bezogen auch Brasilien, Chile, Uruguay, Argentinien, Bolivien und Peru schon 1911: 11—19 Proz. der Gesamteinfuhr aus den Vereinigten Staaten, und da die Ausfuhr der Union nach Lateinamerika 1913 gegenüber 1911 um rund 70 Millionen Dollar gestiegen ist, hat sich das Bild unweifelhaft inzwischen weiterhin zugunsten der Vereinigten Staaten verschoben.

Während die zur Panamerikanischen Union gehörenden 20 lateinisch-amerikanischen Republiken insgesamt für 265 Millionen Dollar = 23 Prozent des Wertes ihrer Gesamteinfuhr aus den Vereinigten Staaten bezogen, nahm ihnen die Union für 452 Millionen Dollar = 35 Prozent des Wertes ihrer Gesamteinfuhr ab. Der Gesamtwert des Handels der Vereinigten Staaten mit den bezeichneten 20 lateinisch-amerikanischen Republiken stellte sich für 1913 wie folgt: Einfuhr 441, Ausfuhr 393 Millionen Dollar, d. h. die Vereinigten Staaten haben im letzten Rechnungsjahre von den 20 anderen Mitgliedern der Panamerikanischen Union für 118 Millionen Dollar mehr einge-führt als dorthin ausgeführt. Dabei ist indessen zu berücksichtigen, daß diese Einfuhr der Vereinigten Staaten zum sehr großen Teil aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln (wie Kaffee, Gummi, Zucker usw.) besteht, während bei der Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Lateinisch-Amerika Fabrikate sehr stark überwiegen.

Soziales.

Ein verspätetes Nachspiel zum letzten Bergarbeiterstreik.

Vor der zweiten Dortmunder Strafkammer hatte sich vor acht Tagen der Bergmann Anton Schlappert aus Böbbinghausen wegen Streikvergehens zu verantworten. Die strafbare Handlung sollte der Angeklagte am 25. März 1912, während des letzten großen Bergarbeiterstreiks, begangen haben. Nach der Anklage wurde Schlappert zur Last gelegt, mehreren Arbeitswilligen zugerufen zu haben: „Guten Morgen, meine Herren, wir sehen uns wieder, aber auf dem Budel!“ Gegen den Angeklagten war schon im Jahre 1912 Termin anberaumt. Nach dem Streik war Schlappert jedoch mit seiner Familie nach Holland gezogen, wo er lohnendere Beschäftigung gefunden hatte. Da er zu dem angeetzten Termin nicht erschien, wurde gegen ihn ein Steckbrief erlassen. Ende des vergangenen Jahres kehrte der Angeklagte nach Deutschland zurück und fand auch auf Heide „Graf Schwerin“ bei Castrup wieder feste Stellung. Am 20. Dezember des vergangenen Jahres wurde der Angeklagte dann auf Grund des damals gegen ihn erlassenen Steckbriefes in Haft genommen. Eine gegen die Verhaftung erhobene Beschwerde wurde als unbegründet abgewiesen.

In der Verhandlung bestritt der Angeklagte entschieden, sich strafbar gemacht zu haben. Er behauptete lediglich „Guten Morgen, meine Herren!“ gesagt zu haben. Drei Zeugen bestätigten diese Angaben, wohingegen ein vierter Zeuge auch den Satz gehört haben wollte: „Wir sehen uns wieder, aber auf dem Budel.“ Dem Staatsanwalt genügte die Bekundung des einen Zeugen, um gegen den Angeklagten die Verurteilung aus § 186 des Strafgesetzbuchs und § 153 der Gewerbeordnung zu beantragen. Der Antrag des Vertreters der Anklage lautete auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat und zwei Wochen. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte die Freisprechung des Angeklagten sowie die Gewährung einer Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft. Es sei geradezu unverständlich, wie man einen unbescholtene, verheirateten Arbeiter, der in fester Stellung sei, wegen einer solchen Lappalie fast volle zwei Monate in Untersuchungshaft halten könne. Auch vor der Verhandlung hätte es unbedingt klar sein müssen, daß, selbst wenn der Angeklagte sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht habe, ihn nimmermehr eine Strafe treffen könne, die in irgendeinem Vergleich zu der erlittenen Untersuchungshaft siehe. Der Angeklagte habe mehr als 8½ Wochen in Untersuchungshaft gesessen und seine Familie habe in der Zeit geradezu hungern müssen. Die Strafkammer verurteilte Schlappert wegen Verleumdung zu dreißig Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß das Gericht die Verleumdung als geringfügig angesehen habe. Von einer Drohung oder Nötigung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung könne keine Rede sein.

Der gegenwärtige Prozeß dürfte der letzte Streikprozeß aus dem Bergarbeiterstreik des Jahres 1912 sein. Er bildet eine würdige Krönung der Streikjustiz im Ruhrgebiet. 8½ Wochen Untersuchungshaft — Urteil 30 M. Geldstrafe!

Dem Minister zur Kenntnis.

Auf Heide „Teutoburgia“ in Herne geriet ein achtzehnjähriger Schlepper zwischen Förderlosh und Schachtzimmerung und wurde getötet. Auf der Grube „Mont Cenis“ kam ein Steiger unter nachstürzende Kohlenmassen und erstickte.

Das sind zwei Vorfälle, die sich tagtäglich ereignen und bei der größten Vorsicht als Zufallsglück mit den Gefahren des Bergmannsberufs hingenommen werden müssen. In beiden Fällen sind aber die Umstände der Unfälle äußerst kennzeichnend. Der verunglückte Schlepper war erst vor vier Wochen von der Provinz Posen eingewandert und wurde mit der gefährlichen Beschäftigung eines Wuchmers an einem Ausfuhrschicht beschäftigt, wo er allein, ohne jede Aufsicht, arbeitete.

Wie kam der Steiger dazu; er mußte doch, daß die Gefahr so außerordentlich groß war? Nun, der Betriebsführer war am Tage vorher angefahren und hatte den Steiger angefangen: Sie und Ihre ganze Revier schläft wohl?! Wenn Sie morgen nicht mehr Kohlen liefern, sage ich Sie aus dem Loch raus!

Das wäre geschehen! Schon einmal war dem Steiger das Revier abgenommen; das zweite Mal war die Kündigung — der Verlust der Existenz — zu erwarten. Er ging deshalb eher in den Tod, als daß er als Familienvater seine Arbeit verlor. — Das sind die Ursachen so vieler Unfälle im Bergbau.

Der verunglückte Steiger war in einem Kollapsen gestiegen. Das ist ein leichtfertigiges Aufbauen, indem die Kohlen oben hineingestürzt und unten ausgeladen werden. Es kommt nun vor, daß sich die Kohlen festsetzen. Um sie nun loszulösen, werden sie mit einem langen Holz von oben losgetrieben, oder es werden von unten Sprengpatronen eingelegt und zur Entzündung gebracht. Welche Gefahren das mit sich bringt, läßt sich ahnen. Es genügt oft schon das leiseste Berühren und die Kohlenmassen begraben den Tollkühnen unter sich. So war es auch hier. Der Steiger hatte bereits einzelne Arbeiter aufgefordert, aber diese lehnten das Ansuchen ab. Da hing er selbst hinein und wollte die Patronen anbringen; aber kaum hatte er die Kohlenmasse berührt, als sie nachstürzte und den Steiger unter sich begrub.

Aber wie sagte doch der Minister im Landtage bei der Interpellation des Unglücks auf „Minister Achenbach“? Meinte er nicht, es würde kein fremder Arbeiter sofort ohne Aufsicht an gefährlichen Betriebspunkten beschäftigt, und erklärte er nicht, die Unfälle händen mit der Antriebserei in keinem Zusammenhang?

Aus dem Junungschiedsgericht.

Ein Hausdiener klagte gestern gegen den Hotelier Saege, früher Lehrereinschuss, auf Zahlung von 183,50 M. Der Kläger hatte von den im Hotel wohnenden Gästen die Logisgelder zu kassieren, mußte aber täglich den vollen Betrag abliefern. Ein

Jungeur G. blieb längere Zeit im Rückstand. Auf Verreiben des Klägers nahm dieser Gast Rücksprache mit dem Besitzer. Da auf diese nichts weiter erfolgte, der Beklagte insbesondere seinem Angestellten nicht sagte, er dürfe dem säumigen Zahler nicht länger kreditieren, nahm er an, letzterer dürfe auch ohne Zahlung vorläufig noch wohnen bleiben. Täglich führte er den entsprechenden Betrag aus seiner Tasche ab, bis dann der Gast eines Tages verschwand, ohne seine Schuld in obiger Höhe zu begleichen.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Kläger dem Gast Kredit gewährt habe, weil er täglich den schuldigen Betrag an die Hotellasse abführte. Er mußte demnach gegen den Gast klagbar vorgehen. Aus diesem Grunde erfolgte Klagenabweisung.

Daß der Kläger Logisgelder, die nicht an ihn abgeführt waren, aus eigener Tasche zahlte, ist eine verwunderliche Tatsache, die die Klagenabweisung erklärlich macht.

Versammlungen.

Der Verband der Feiseurgeschilfen (Zweigverein Berlin und Vororte), hielt dieser Tage seine Jahresversammlung ab. Der gedruckt vorliegende Jahresbericht wurde durch durch S u m d l a t t und V i e r e erläutert. Die an und für sich ungünstigen Berufsverhältnisse sind durch die herrschende Wirtschaftskrise noch verschärft worden. Infolgedessen ist auch die Entwicklung des Zweigvereins nicht zufriedenstellend. Die Zahl der Vollzahler ist von 62,5 auf 87 Proz. gestiegen. Die im Berichtsjahre eingeleitete Bezirkseinteilung muß noch ausgebaut werden. Die Vermittlungstätigkeit stieg von 11 713 auf 11 802 Fälle. Allein 11 515 der vermittelten Stellen waren Ausstellstellen. Arbeitslos waren am Anfang des Jahres 127 Mitglieder, im Laufe des Jahres traten dazu 564, mithin wurden insgesamt 691 arbeitslose Mitglieder gezählt. Im Vorjahre waren es 896. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 5 Monate. Die Erwerbslosenunterstützung betrug 2378,90 M. Die Tariffommission hatte 22 Beschwerden und 21 Verstöße gegen den Tarifvertrag zu erledigen. 102 abgeschlossene Verträge sind durch Aufgabe des Geschäfts oder Verzug nach anderen Orten erledigt, so daß zurzeit

800 Tarifabkommen bestehen. Die Zwangsinnung Tempelhof nahm ihre in Baumschulenweg wohnenden Mitglieder wegen der Veröffentlichung in der Bewilligungsliste in Strafe. Dagegen ist Einspruch erhoben worden. Das Ergebnis steht noch aus. Lohnindifferenzen kamen 32 vor, die in 30 Fällen durch Verhandlung beigelegt werden konnten. Wegen Maßregelung kam es bei der Firma Krudt, Bergmannstraße 112, zu einem mehrwöchigen aber resultatlosen Streik. Mit sieben Vereinen ist ein Kartell gebildet worden, in dem durch Abhaltung regelmäßiger Sitzungen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Berufsangehörigen beraten und vertreten werden sollen. Auch die Errichtung des Achtuhr-Ladenschlusses gehört zu den Aufgaben des Kartells. Die eingerichtete Nachschule erfreut sich eines regen Besuchs. Die Einnahme der Lotterielasse betrug einschließlich des Restbestandes am Anfang des Jahres 8010,94 M., die Ausgabe 3501,46 M., so daß ein Restbestand von 4509,48 M. verbleibt. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 9231,85 M., welche sämtlich abgeführt werden konnten. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres 586, neu aufgenommen wurden 214, zugereift sind 78, insgesamt sind das 878. Abgemeldet haben sich 65, ausgetreten sind 7, ausgeschlossen 299. Mithin verblieben am Jahresabschluss 507 Mitglieder. In den Vorstand wurden Bösch, Kuchmann, Matuschke, Schulze, Schmidt und Peters gewählt.

Witterungsübericht vom 24. Februar 1914.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C		
Eminende	748	SE	4	Rebel	3	Saparanda	763	SE	1	Rebel	-10
Hamburg	747	N	2	Negen	5	Petersburg	768	O	1	Dunst	-12
Berlin	747	D	3	bedeckt	3	Sichu	743	W	3	halb bb	6
Frankf. a. M.	747	SE	1	Dunst	3	Aberdeen	744	S	1	beiter	6
München	748	SE	1	wolkig	1	Paris	744	SE	1	bedeckt	4
Wien	747	SE	2	Rebel	4						

Wetterprognose für Mittwoch, den 25. Februar 1914.

Etwas kühler, vorwiegend neblig oder wolkig bei ziemlich frischen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Zur Einsegnung



Schwarze und blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn-Cheviot, Tuch-Kammgarn, Corkscrew, Melton-Cheviot, je nach Qualität
M. 11.- 15.- 17.- 20.- 30.- 36.- 40.- 45.-

Prüfungs-Anzüge

moderne Stoffe, große Farben- u. Musterauswahl
M. 10.- 14.- 18.- 21.- 26.- 31.- 35.- 38.- 40.-

Schr preiswert Oberhemden, Kragen, Serviettens Monchellen, Handschuhe, Hüte, Krawatten, Hosenträger u. s. w.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben

Ball- u. Gesellschafts-Kleidung für Herren

Cufaway u. Westen 27.- 33.- 40.- 50.-
Smoking-Anzüge 40.- 50.- 60.- 80.-
Gehrock-Anzüge 40.- 55.- 65.- 85.-
Frack-Anzüge 40.- 60.- 70.- 90.-

Boer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- u. Knaben-Kleidung

Berlin — Ogerndorf 1801
Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 11 Schöneberg, Hauptstr. 10
Hauptkatalog Nr. 43 (Neueste Moden) kostenfrei

Sonntag nur von 12-2 geöffnet

So. tags nur von 12-2 geöffnet

Trustfrei



Nach Feierabend immer nur
PROBLEM
Moslem & Esquüre

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pf.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt 4. 3014.

Oranienstraße 166
Telephon: Moritzplatz 13268

H. Wetken & Co.

Oranienstraße 166
Nahe dem Oranienplatz

Modernes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garderobe

Einsegnungs-Anzüge

in den modernsten Formen, 1- und 2-reihig, schwarz, blau und marengo
in größter Auswahl am Lager

Prima Qualitäten in Melton und Kammgarn, Cheviot zu folgenden Preisen
m. 14.- 16.- 18.- 20.- 22.- 24.- 26.- 28.- 30.- 32.- 34.- usw.

Farbige Jünglings-Anzüge (Prüfungs-Anzüge)

in den modernsten Formen u. neuesten Dessins, gute haltbare Qualitäten, in größter Auswahl vorrätig
m. 13.- 15.- 17.- 19.- 21.- 23.- 25.- 27.- 29.- 31.- 33.- usw.

Schul-Anzüge aus praktischen und dauerhaften Stoffen

in ganz neuen Mustern und Formen, für jedes Alter, in allen Preislagen am Lager

Für prima Verarbeitung und tadellosen Sitz übernehmen wir jede Garantie.

Katalog gratis!